

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltenen Kolonnen
jede ober deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag, den 28. Dezember 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Der Klügel der Hofbanken.

Die Affaire der „Hofbanken“ zieht weitere Kreise und
fordert neue Opfer. Die Verantwortlichkeit der Wirtschaft
wird mit Recht auf die Aufsichtsratsmitglieder der Gesell-
schaften ausgedehnt, denen die gewissenlosen Transaktionen
zur Last gelegt werden. Zu diesen verantwortlichen Personen
gehört auch der Abg. Justizrat Mündel, nicht nur in seiner
Eigenschaft als Syndikus der Preussischen Hypotheken-
Aktienbank, sondern namentlich als Aufsichtsratsmitglied der
Aktiengesellschaft für Grundbesitz- und Hypothekenverkehr, also
gerade der Gesellschaft, durch deren Vorhandensein die un-
lauteren geschäftlichen Manipulationen verdeckelt werden sollten
oder doch konnten. Ob die Angriffe, die anlässlich dieses Ver-
hältnisses zu den Spielhagen-Banken gegen Justizrat Mündel
gerichtet werden, in ihrer vollen Schärfe berechtigt sind, bleibt
der weiteren Aufklärung vorbehalten. Unverständlich bleibt
jedemfalls die leichte Art, mit der die „Freisinnige Zeitung“
über sie zur Tagesordnung übergehen zu können glaubt. Sie
schreibt nämlich in ihrer Nummer vom Dienstag auf die An-
griffe des „Kleinen Journals“:

„Justizrat Mündel wird im „Kleinen Journal“ vorgehalten,
dass er als Syndikus der Preussischen Hypotheken-Aktienbank und
Mitunterzeichner ihrer Pfandbriefe doppelt und dreifach verpflichtet
gewesen wäre, nach dem Rechte zu sehen. — Die Funktion des
Herrn Mündel bei der Preussischen Hypotheken-Aktienbank bestand
einzig und allein darin, dass er auf die an ihn gerichteten
Rechtsfragen zu antworten hatte. Was aber die Mit-
unterzeichnung der Pfandbriefe der Hypothekenbank anbelangt,
so hat diese Notifizierung der Richtigkeit und Sicherheit der
ausgegebenen Pfandbriefe schon vor einigen Jahren aufgehört.
Daher gegen die Sicherheit, so lange Herr Mündel sie
kontrollierte, nichts zu erinnern gefunden ist, ist dadurch festgestellt,
dass der Treuhänder sie anfangs dieses Jahres anstandslos über-
nommen hat. Sollten die Pfandbriefe in der letzten Zeit kompro-
mittiert sein, so trifft Herrn Mündel keine Schuld daran.“

Das ist eine Verteidigung, die dem Angegriffenen
mehr schaden als nützen kann. Einmal hat Justizrat Mündel
noch bis in das letzte Jahr hinein Pfandbriefe der Preussischen
Hypotheken-Aktienbank notifiziert. Aber das wäre schließlich
das Nebensächlichere. Viel wichtiger ist der Umstand, dass
Mündel Aufsichtsrat genannter Aktiengesellschaft war; Ueber
diesen Punkt schweigt sich die „Freisinnige Ztg.“ aus. Wenn
für die Aufsichtsratsmitglieder dieser Gesellschaft eine subjektive
Verpflichtung an den Vorkommnissen nachgewiesen werden
kann, so wäre allerdings Justizrat Mündel weitläufig die be-
lastetste Person, da er als Aufsichtsratsmitglied bei Aktien-
gesellschaften kein Neuling ist und außerdem als gewiegter Jurist
seine Pflichten doppelt und dreifach gewissenhaft zu wahren
hat. Wir geben zu, dass die Frage, ob die Unzulässigkeit
der geschäftlichen Transaktionen, die zwischen den Spielhagen-
banken spielten, von den Aufsichtsrats-Mitgliedern der Aktien-
gesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr ohne
weiteres erkannt werden konnte, noch nicht so unzweideutig
beantwortet ist, dass man daraufhin schon eine subjektive
Verantwortlichkeit Mündels statuieren könnte. Aber
der Eindruck lässt sich nicht verwischen, dass die Verteidigung
durch die „Freisinnige Zeitung“ die Angriffe gegen Mündel
geradezu weiter herausfordern musste. Denn über die Haupt-
sache schweigt sie sich aus und über immerhin noch wichtige
Nebensachen berichtet sie Unwahrhaftig.

Zu der Angelegenheit des Krachs der Hypothekenbanken
wird uns noch geschrieben:

Vor einem Vierteljahrhundert waren es der „Kreuz-
Zeitungs“-Wagner und andre konservative Pommern, die
zuerst als Opfer des Krachs fielen; heute ist es die aller-
christlichste Finanz, die den Keigen eröffnet. Herr General-
konsul und Kommerzienrat Schmidt, der Chef der nun
bankrotten alten Firma Anhalt u. Wagner, die auch im
Aufsichtsrat der Reichsbank vertreten war, bekleidete
neben der „Würde“ eines Hofbankiers der Kaiserin
noch Aufsichtsratsstellen bei der Pommerschen Hypotheken-
bank, der vor einigen Monaten der Titel einer
Hofbank der Kaiserin verliehen wurde, und der
kleineren Hypothekenbank für Mecklenburg-Strelitz, die für
den Strelitzer Hof die Bankgeschäfte erledigt. Mit
diesen Hoftiteln wurde weidlich Klammerei gemacht, besonders
als die Geldverhältnisse und der Abgang der Pfandbriefe
schwieriger wurden. So entstand ein lebhafter Gegensatz
zwischen dem Hofbank-Hypothekenklügel und
den übrigen Hypothekenbanken, in dem sich besonders
die Pommersche Hypothekenbank hervorthat, die be-
kannlich ihre Pfandbriefe auch nicht mehr „herein-
nimmt“. Die Pommersche Hypothekenbank war nicht ein-
geladen worden, als Ende Oktober die Hypothekenbanken,
die in Berlin Niederlassungen haben, eine Erklärung ver-
öffentlichen wollten, und man hatte die Nichtberücksichtigung
der Hofbank in die Presse gebracht. Darob eine gereizte
Kundgebung der Hofbank, die behauptete, dass auch die
übrigen Banken die Kurse ihrer Pfandbriefe nicht würden
halten können, und dass die Erklärung nicht zu stande ge-
kommen sei, weil nicht alle eingeladenen Banken in
der Lage gewesen seien, die geforderte Versicherung abzu-
geben. Nun rächte sich die andre Gruppe mit der Versicherung,
dass man aus kollegialischen Rücksichten gegen die Pommersche
Hofbank die Erklärung unterlassen habe. Was von dieser

tugendhaften Versicherung zu halten war, ergab sich ein paar
Tage danach, als nämlich die gemeinsame Erklärung jener
Banken erschien, aber in sehr abgeschwächter Form.
Auch hat inzwischen die Preussische Bodenkredit-Aktienbank,
die mit den Spielhagen-Banken, dem Hofbankklügel, nichts
zu thun hat, die Prophezeiung der Pommerschen wahr
gemacht, indem sie die Vereinnahmung ihrer Pfandbriefe nur
zu herabgesetzten Kursen bewilligt; ebenso verfährt ein
Hamburger Institut.

Trotzdem wäre es eine Thorheit, wenn die Pfandbrief-
besitzer auch die Papiere der nicht zum Hofbankklügel ge-
hörenden Institute auf den Markt zu werfen fortfahren
wollten. Dadurch würde eine Krise hervorgerufen werden, die
fürchterlich wirken müsste, und vor allem: es liegt kein Anlaß
zu schlimmen Besorgnissen vor.

Der Krach der Hofbankklügel ist allerdings vollkommen
und schlimm. Denn die Liquidation wird sich lange hinziehen,
weil Zivilprozesse und große Konkurse und Grundstü-
ckverwertungen erforderlich sind. Zunächst müssen die Ableger
der Clique Sanden-Schmidt, die Firma Anhalt u. Wagner,
die Aktiengesellschaft für Grundbesitz, die Neue Vaugesell-
schaft zc. zc. liquidieren oder ihren Konkurs erlebigen, und
die Dinge liegen so, dass die Gläubiger jeder einzelnen dieser
Firmen gegen irgend eine andre des Klügels oder gegen
Direktoren und Aufsichtsräte Regressansprüche erheben
können, so daß ein wahrer Wirrwarr von Prozessen voraus-
zusehen ist, von Prozessen, in denen das Urteil nicht so schnell
zu erwarten sein wird. Die Aufsichtsräte, zu denen auch der
vor einigen Monaten verstorbene Dessauer Bankier Baron Cohn
gehört hat, werden nachweisen müssen, dass sie die Sorgfalt
eines ordentlichen Hausvaters bewiesen haben, was ihnen schwer
fallen dürfte. Für Verschleierungen in der Bilanz sind sie unter allen
Umständen auch strafrechtlich haftbar, selbst wenn sie nichts
von den Dingen gewußt und verstanden haben.

Es ist wiederholt, auch im „Vorwärts“, betont worden,
dass sich an diesen Vorgängen gezeigt hat, wie ungenügend
das erste, das Anfang des Jahres in Kraft getretene Hypotheken-
bank-Gesetz ist, wie rein formell insbesondere die Befugnisse des
„Treuhänders“ ausgefallen sind. Aber es dürfte an der Zeit sein,
in Erwägung zu ziehen, ob nicht über die ganze private
Organisation des Pfandbriefwesens zur
Tagesordnung überzugehen ist. Bei jedem
Krach erweist sich diese Organisation als mangelhaft; immer
lassen sich große Hypothekeninstitute von den lockenden Ge-
winnen der fieberhaften Grundstückspekulation verleiten —
es sei nur an den Zusammenbruch des Gothaer Instituts
vor Jahrzehnten erinnert, der ähnliche Ursachen
hatte, wie der jetzige. Gerade die Begünstigung der
Preissteigerungen der städtischen Grundstücke durch die
Teilnahme der Hypothekenbanken an der Spekulation er-
weist sich als eine verhängnisvolle Beihilfe zur Vorbereitung
eines Krachs; die ungeheure Uebertreibung des Kredits durch
jene Beteiligung bewirkt es, daß der Sturz nachher so viel
heftiger und von so viel höherer Schwindelerappe
her erfolgt, und das Mißtrauen die Bauhätigkeit schwer
lähmt.

Der Reichstag wird sich demnächst mit einer
Vorlage gegen den Hauswindel zu be-
schäftigen haben, die seit einigen Monaten fertig gestellt ist.
Diese Vorlage wird ohne Zweifel auch den Krach des
Hofbankklügels in ihre Kreise ziehen und den Parteien
Gelegenheit geben, sich über die Frage der Organisation des
Pfandbriefwesens überhaupt zu äußern. Wie unzureichend
diese Organisation ist, geht auch aus den Dresdener
Verhältnissen hervor. Dort ist der Mangel an Kapital
so groß, daß selbst die feinsten ersten Hypotheken nicht zu beschaffen
sind, worauf sich eine neue Art Wucher etabliert hat: das
Hypotheken-Dammo. Die Grundstücke gehen in zahlreichen
Subhaftationen für die halbe Lage fort, und die kleinen
Unternehmer, wie die Bauhandwerker werden ruiniert. Die
Hypothekenbanken beleihen keine Dresdener Grundstücke mehr,
wodurch natürlich der Krach heillos wird. Man erwartet in
Dresden nach den Fekten zahlreiche neue Konkurse auch von
Geschäftsleuten anderer Branchen.

Die Hypothekenbanken erweisen sich also unfähig, gerade
in kritischen Zeiten helfend und stützend zu wirken, ja sie sind,
wie zuvor die Treiber der Ueberspekulation, hernach die
Geher des Krachs. Offenbar ist die Gelegenheit günstig, die
Kommission zur Organisation des Grundkredits und
damit indirekt des Bau- und Wohnungswesens anzuhaltend,
indem man durch Gesetz die bestehenden Privatanstalten in
Gemeindeverwaltung überleitet. So lange wir unter den
bestehenden Befehlen und Wirtschaftseinrichtungen leben, wird
auch nach der Kommunalisierung des Hypothekarkredits der
Zustand noch mangelhaft genug sein und insbesondere
die Begünstigung Einzelner und von Finanzgruppen nicht
ausschließen. Aber ein solcher Klügel, wie ihn die Hofbank-
gruppe zu stande gebracht hat, wird dann ausgeschossen sein.

Singewiesen haben wir schon auf das doppelte Interesse der
Arbeiter an diesen Fragen: Die Arbeiter in den größeren Städten
sind zu einem großen Teile als Produzenten, als Bau-
arbeiter, alle aber als Konsumenten, als Mieter interessiert.
Die städtischen Baukrise vermindert nächst den beiden großen
Industriegruppen Kohle und Eisen die schlimmsten Beiträge
zur Arbeitslosigkeit.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Dezember.

Politische Weihnachtstimmungen.

Charakteristisch für die Stimmungen in gewissen bürgerlichen
Kreisen sind wieder einige Ausführungen der „Rein-Beit.“
Dieses Blatt, das eine Weltpolitik im Gegensatz zu England wünscht,
ist fortbauender Empört gegen die jetzige Regierungs-Weltpolitik im
englischen Schlepptau. Diese Empörung treibt das Blatt nicht nur
zu überaus festigen Urteilen über die jetzige Reichspolitik, sondern
es erklärt ausdrücklich, angezogen durch die Verleihung des
Schwarzen Adlerordens an den Grafen Bülow von neuem deut-
lich belandeten Uebereinstimmung des Kaisers mit allen Einzel-
heiten der Reichspolitik sei es nicht wunderbar, wenn der
Streit der Meinungen auch vor dem Throne nicht
halt macht.

Die „Rein-Beit.“ macht folgende Ausführungen, die
wir natürlich weit entfernt sind, in jeder Hinsicht zu billigen:
„Das deutsche Volk ist von den Freiheitskriegen bis zu den
Erfolgen Bismarcks ein vorwiegend republikanisch fühlendes
Volk gewesen. Die Lenker des Deutschen Reichs
arbeiten seit 40 Jahren dahin, die festen monarchischen
Grundformen des Reichs zu erschüttern und den alten
Zweispalt zwischen Volk und Thron wieder herbeizuführen. Man
mag uns neuliche Bemerkung angehen, daß seit 10 Jahren
die Anhänglichkeit an die Monarchie zurück geht,
daß das Volk die nur theoretisch mögliche Trennung von Kaiser
und Kaiserthron auf die Dauer nicht begreift, es bleibt doch eine
Thatsache, die niemand leugnen kann.“

Wenn das an dem Golze geschieht, das im reichsdeutschen
Walde steht, wie wird der Sturm der Enttäuschung mit dem deutschen
Golze aufräumen, das jenseits der Grenze wächst. Wir bringen
statt eigener Ausführungen einige Zeilen aus einem Briefe eines
Freundes in Kapstadt, der zu den hervorragenden
Führern der unerschütterlich Deutschen in Kap-
stadt gehört. Der Brief sagt zuerst über die Unfähigkeit der
dortigen deutschen Juden und reichen Deutschen überhaupt, die
mit den Engländern halten, und weist auf die schwere Last hin,
die auf die Minderbemittelten gefallen ist, welche die vertriebenen
Deutschen stützen und unterhalten müssen. Er fährt dann fort:

„Wir pfeifen hier auf die europäische Intervention,
wir werden uns selbst helfen. Aber wenn dem teuren
England zu Liebe dann eine Berliner Inter-
vention gegen die Revolution in Afrika
kommen sollte, dann mögen die Lenker im Reich auf einen
elementaren Sturm der Entrüstung seitens der
Deutschen sich gefaßt machen. Ich spreche nur aus,
was mein ganzer großer Bekanntenkreis
fühlt, und in viel flammenderen Worten auch zu
äußern pflegt: Es ist eine Schmach, wie unser
ehriges und opferstarres Empfinden hier mit Füßen getreten
wird. Auf den Konsulaten ermet man, wenn man sich
wirklich ab und zu noch zu Protesten herabläßt, nur „über-
legenes“ Lächeln diplomatischer Weisheit.
Nun, gut! Deutsch bleiben wir, aber daneben sind wir hoffentlich
in Jahresfrist Bürger der freien Republik.“

Daneben setzen wir eine Stelle aus einem „Weihnachtsbrief“,
den wir aus den Vereinigten Staaten erhalten haben
und zwar aus einer Gegend, in der die Deutschen nach Hundert-
tausenden zählen.
„Noch nie wurde den Deutschen so nahe gelegt von den
Jantzen, wie frei, sicher und unabhängig wir in ihrer
großen Republik leben. Noch nie haben wir selbst
so empfunden, was es heißt, Bürger eines
stolzen Staats zu sein, als in diesen Tagen, in
welchen unsre alte Heimat so schwächlich einhergeht, weil
nicht der richtige Wille des ganzen Volks
herrscht, sondern nur einer. Mit der Kritik des
Kaisers in unsern deutschen Wäldern, wozon ich
ein paar Proben beilege, verbreitet sich überall
bei den hiesigen Deutschen das wohlige Gefühl, in
einer großen Republik zu wohnen. Amerika ist zwar
nichts für die Wozen; aber nicht etwa weil es nicht darf,
sondern weil es nicht will, und der bloße Gedanke, ein
Fremder dürfe hier nicht empfangen werden aus Rücksicht auf
eine fremde Macht, würde förmliche Köpfe vom Staatssekretär
bis zum Zeitungsvorläufer erhitzen und jeden Präsidenten
fürzen. So werden heute die Deutschen erzogen, stolz
darauf zu sein, daß sie Republikaner sind und das
Bild unsrer alten trauten Heimat ver-
schwimmt in immer feineren Linien.“

Die socialistische Auffassung bekämpft die Monarchie als
Institution und ist ebenso weit davon entfernt, die jetzt vom
Reiche betriebene Weltpolitik auf das alleinige Konto des Monarchen
zu legen, wie sie die byzantinische Zurückführung alles etwaigen
politischen Aufschwungs auf den Monarchen zurückweist. Dagegen ist
es überaus interessant, an den obigen Ausführungen des Unternehm-
ers zu sehen, wie die „überzeugten“ Monarchisten das Bild, zu
dem sie soeben noch inbrünstig beteten, verbrennen, sobald es nicht
die von ihnen verlangten Wunder verrichtet. —

Der Kampf gegen die Socialdemokratie.

Aus dem Großerzogtum Sachsen-Weimar, dessen Landtag am
20. Januar zusammentritt, wird uns geschrieben:
„Mittels einer „ganz vertraulich“ bezeichneten Instruktion ist den
Behörden Ende Juli 1899 u. a. zur Pflicht gemacht, halbjährlich,
Ende Juli und Dezember, Bericht über die Haltung und
Thätigkeit der Socialdemokratie“ zu geben, ferner
zu berichten, wie viel Versammlungen socialdemokratischer
Natur abgehalten und wieviel verboten oder aufgelöst
worden sind.“ Da nun gerade die letzten Monate an
Versammlungsverboten reich sind, ist es von Interesse, wie in
Sachsen-Weimar ein gegen die anarchische Propaganda ge-
richtetes Schreiben gegen die Socialdemokratie zur Anwendung
gelangte. Das betreffende Schreiben wurde durch Ministerialbescheid
vom 18. August d. J. in Abschrift den Bezirksdirektoren zur Nach-
achtung empfohlen und lautet:

Die neuesten anarchistischen Frevelthaten haben dem Herrn Minister des Innern Veranlassung gegeben, die Regierungs-Präsidenten an die genaueste Befolgung der zur Ueberwachung der anarchistischen Bewegung ergangenen Bestimmungen zu erinnern und sie insbesondere anzuweisen, den in Betracht kommenden Polizeibehörden ihres Bezirks die gewissenhafteste Beobachtung der bestehenden, vielfach noch nicht mit hinreichender Sorgfalt erfüllten Vorschriften auf das Nachdrücklichste einzuschärfen.

Bei der Wichtigkeit, die dem Umstand beizumessen ist, daß die beim Berliner Polizei-Präsidium eingereichte Sammelstelle möglichst schnell mit genauen Nachrichten versorgt wird, hat der Herr Minister des Innern es gleichzeitig als erwünscht bezeichnet, wenn auch die auf Grund der Vereinbarung vom Jahre 1898 bezeichneten außerpreussischen Polizeistellen nochmals über ihre Obliegenheiten unterrichtet würden.

Indem ich dieser Anregung folge, darf ich der dortigen Regierung die weitere Veranlassung, mit dem Bemerken anheim stellen, daß ich ein gleichlautendes Schreiben an die übrigen Bundesregierungen und den kaiserlichen Herrn Statthalter in Elsaß-Lothringen gerichtet habe.

Der königlich preussische Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Daß der weimarische Minister Hans Luge v. Wurmb nach Eintreffen diesen Schreibens, der Socialdemokratie um so energischer entgegen trat, ist mir leicht begreiflich.

Die Weihnachtsbescherung für den Grafen Wilow dünkt auch der Köln. Volkszeitung selbst für ein so artiges Schölein etwas reichlich. Sie sagt:

Der Reichskanzler Graf Wilow ist am Sonntagmorgen mit Orden reich beladen von seiner Reise an die deutschen Höfe nach Berlin zurückgekehrt. Kurz nach seiner Reise erhielt er den Besuch des Kaisers. Der Kaiser überreichte ihm bei dieser Gelegenheit persönlich den Schwarzen Adlerorden. Erst Verleihung des Grafentitels, dann des Schwarzen Adlerordens — was wird schließlich als Belohnung übrig bleiben, wenn der Reichskanzler einmal etwas leistet, wofür er eine hohe Auszeichnung verdient? —

Die Einberufung des preussischen Landtags zum 8. Januar — dem Tage des Wiederbeginns der Reichstagsverhandlungen — wird vom „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht.

Symmetrie im Wilde. Die „Mhein.-Westf. Zeitung“ teilt mit:

Die unsre Kulturträger in China Menschenvorrede zur Geltung bringen, lehrt auch recht anschaulich eine Photographie (Gruppenbild), das der in China stehende Sohn eines Kaufmanns in einem unter Nachbarn seinem Vater gefandt hat. Dasselbe gewährt folgenden „amütigen“ Anblick: In der Mitte ein Chinese — auf den Knien liegend, den Oberkörper mit den Händen stützend — dient als Tisch! Um ihn herum sitzen deutsche „Kache“-Männer (darunter auch der Sohn des Vaters), gemächlich Karten spielend, auf je einem zusammengelauerten Chinesen, die also den „Siegern“ als Sigmöbel dienen müssen! —

Daß die Krieger sich in solcher Situation noch photographieren lassen, ist zugleich ein Beweis ihres Uebermuths wie ein Maßstab für die Tiefe menschlicher Gefühlslosigkeit, auf der sie angelangt sind.

Der heilige Michael und das Bismarck-Denkmal. In Godesberg bei Bonn planen die Nationalliberalen die Errichtung eines Bismarck-Denkmal, was den dortigen Ultramontanen großen Verdruß bereitet. Diesem Verdruß gab in der Gemeinderatssitzung ein zum Centrum gehörendes Mitglied folgendermaßen Ausdruck:

Ich gebe unserem verehrten Bürgermeister zu bedenken, daß wir Katholiken Godesberg mit unserem bewährten Schuttpatron da oben, unserm St. Michael, vollends zufrieden sind, daß dieser aber auch einen solchen Michael neben sich dort auf der Höhe nicht so ohne weiteres dulden würde. Und da nun St. Michael bekanntlich ein gar herrlicher Held ist, könnte man es gar leicht erleben, daß eines schönen Morgens der herrliche, gewaltige Bismarck zerschmettert unten in der Tiefe gefunden würde. Das wäre dann der zweite Sturz des Mannes von Blut und Eisen. Den blinden Anbetern desselben möchte ich daher empfehlen, ihren Bismarck oben auf den Wachholder oder die Victoriastange hinaustellen. Dort im Hintergrunde würde auch unser St. Michael ihm gern ein behedenes Plätzchen gönnen und könnten dann seine Verehrer zu jeder Zeit ganz unbehelligt dorthin wallfahrten und ihrem Gözen opfern.

Der Centrumsmann verriet nicht, wer den heiligen Michael spielen und das Bismarck-Denkmal hinunterführen will.

Ein Rekrutenhinder. Vor dem Militärgericht der 1. Division Nr. 28 in Dresden wurde dieser Tage gegen den Unteroffizier R. A. Groß von der 1. Compagnie des Leibgrenadier-Regiments Nr. 10 verhandelt, der beschuldigt war, zehn Rekruten in empörender Weise mißhandelt zu haben. Der Mensch hat die Leute, die aus Furcht keine Meldung erhatteten, vier Wochen lang nur mit „Du“ angeredet und täglich mit Ohrfeigen traktiert. Einzelne davon ließ er acht bis zehn Minuten Anleideuge machen mit vorgestreckten Armen. Andre stieß er mit der Gewehrmündung in den Unterleib, einem Mann warf er einen Patronentrommel vor die Brust, daß der Mann erkrankte, wieder einen andren ließ er so lange am Querdarm hängen, bis der Mann kraftlos herunter fiel, Schläge mit der Faust unter Arm und Fußtritte beim Exerzieren bildeten weitere Ausdrücke der Roheit dieses Unteroffiziers. Der rohe Patron wurde zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt und außerdem degradirt. Gegen dieses Urteil legte er Berufung ein. Der Vorfall scheint also noch gar nicht einzusehen, wie sehr er eine exemplarische Strafe verdient hat.

Chinesische Kulturverbreitung. Ein russischer Offizier schreibt vom chinesischen Kriegsschauplatz:

Der Krieg mit den Chinesen ist etwas höchst Sonderbares. Sie sind gut betwaffnet, aber lieben nicht zu kämpfen, der Militärstand ist bei ihnen etwas Verächtliches. Indem sie bei den „Civilisirten“ Waffen kaufen, glauben sie damit vor den Anfällen der „Barbaren“ geschützt zu sein. Wenn die Chinesen mit den verbündeten Truppen zusammenstießen, schießen sie ein wenig, werfen dann die Waffen fort und verschwinden; die friedlichen Einwohner verbergen sich im Gebüsch. Daher könne man in den Zeitungen lesen, daß die Verbündeten zehn Mann verloren und 1000 getödtet haben (und das ist richtig); dabei wird aber selbstverständlich nicht erwähnt, daß nicht nur erwachsene friedliche Einwohner, sondern auch Greise, Frauen und Kinder getödtet wurden.

Die „civilisirten“ Truppen (bei der Einnahme eines Dorfs) rückten vorwärts und tödteten die friedlichen Einwohner, die nur darin schuldig waren, daß sie nicht rechtzeitig entfliehen konnten. Ihr könnt auch nicht vorstellen, was für eine Empörung diese sogenannten civilisirten Nationen: Deutsche, Engländer u. a. (gemeint sind wohl auch Russen, die aber nicht erwähnt sein dürfen) hervorgerufen. Sie fangen friedliche Chinesen und zwingen sie, ihre Lasten zu tragen; und was für Lasten werden ihnen aufgebürdet, und wie werden sie geschlagen und wie viele werden getödtet,

weil sie angeblich lässig arbeiten! Man sieht vor sich ein Bild aus der alten Vergangenheit, aus der Zeit der Sklavhalter und Negerhändler. Man sieht Jüge von halbnackten Chinesen, von ihren Lasten zusammengebogen, vom Schweiß überglänzt; 2-3 Deutsche oder Franzosen begleiten sie; auf dem Wege sieht man auf jedem Schritt und Tritt chinesische Leichen: Das sind meistens geödtete Träger. . . .

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Vor der Offener Strafkammer hatte sich am Sonnabend wegen Majestätsbeleidigung der 18jährige Bergmann Thissen aus Gelsenkirchen zu verantworten. Als Untersuchungsgefangener hat der Angeklagte gelegentlich einer Unterhaltung über den schmerzhaften Anlaß eine Kränkung ausgesprochen, die von einem der Zuhörer, der sich dadurch wahrscheinlich in günstiges Licht setzen wollte, als Majestätsbeleidigung denunziert wurde. Das Urteil lautete auf vier Wochen Gefängnis. Während der Verhandlung waren noch zwei Gefangene im Gerichtssaal, die kurz vorher abgeurteilt waren. Diesen nötigte die intimirte Kränkung, als dieselbe verlesen wurde, ein Rächeln ab, weshalb sie wegen Angehör zu drei Tagen Haft verurteilt wurden.

Weihnachten des Prechänders.

Der Majestätsbeleidiger Genosse Leby aus Erfurt, welcher mit Hilfe des dolus eventualis wegen Abdruck eines Bildes aus dem „Sächsischen Postillon“ zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden ist, ist am letzten Sonnabend früh gegen 7 1/2 Uhr in Berlin in der Wohnung seiner Angehörigen aus dem Bette heraus verhaftet worden. Genosse Leby befand sich seit etwa 3 Wochen in Berlin, da er eines schweren Ohrenleidens wegen täglich die Hilfe eines hiesigen Specialarztes in Anspruch nehmen mußte.

Die Verhaftung erfolgte durch die hiesige Polizei auf Grund eines Haftbefehls der Erfurter Staatsanwaltschaft wegen Fluchtverdachts. Welche Gründe die Erfurter Behörde zu dieser Weihnachtsüberraschung bewegen haben, ist uns vollständig unklarlich, da Genosse Leby gegen eine Kaution von 10 000 M. auf freien Fuß gesetzt worden ist und seinerseits keinerlei Veranlassung zu dem Verdacht der Flucht, sich seiner Strafe durch die Flucht zu entziehen, gegeben hat. Eine Aufforderung zum Straftritt hatte Leby noch nicht erhalten, dagegen ist ihm erst am 13. d. M. die schriftliche Aufforderung der Verurteilung seiner Revision durch das Reichsgericht zugegangen, so daß er mit Recht noch auf eine längere Frist bis zum Eintritt der Haft rechnen konnte. Seinen Fortgang aus Erfurt hat Leby rechtzeitig bei der Polizei gemeldet.

Bedeutet schon diese Art der plötzlichen unvorbereiteten Verhaftung für den Betroffenen eine schwere Härte, so gewinnt das Vorgehen gegen Genossen L. einen noch schlimmeren Charakter durch die Art und Weise, wie man hier gegen denselben verfahren ist. Der Schuppmann fand L. mit verbündeten Kopf schwer krank im Bette vor; es wurde ihm erklärt, daß L. seit seinem Besuch beim Arzt am vorhergehenden Tage bettlägerig sei. Der Schuppmann erwiderte darauf, daß er seinen Antrag ausführen müsse; L. möge wenigstens bis zum Polizeirevier mitkommen, dort könnte dann das Weitere veranlaßt werden. Er fügte hinzu, daß der Herr Lieutenant, wenn sich die Sache so verhielte, schon das Kölige anordnen werde. Um Weitermachen zu vermeiden, entschloß sich Genosse L. bis zum nahen Revier 88 in der Frankfurter Allee mitzugehen. Dort wurde er nach „stüblichem“ Worten vor den Lieutenant geführt und stellte diesem die Sachlage vor. Nachdem L. sein Anliegen vorgebracht und noch besonders darauf hingewiesen hätte, daß sein Arzt, den er namhaft machte, die Gefährlichkeit seines Zustands bekämpfen würde, wurde er, ohne daß der Beamte eine bestimmte Antwort gab, in 30 Axtlöcher abgeführt. Er fragte einen Schuppmann, was denn nun weiter werden solle, und erhielt zur Antwort, er werde nach dem Polizeipräsidium am Alexanderplatz gebracht. Die weitere Frage, ob er dort nochmals vernommen werde, wurde bejaht. Daraufhin gab sich L. vorläufig zufrieden in der Erwartung, im Polizeipräsidium vor einer höheren Instanz seine Sache vertreten zu können. Er wurde nun durchsucht, mußte Mantel, Schüls, Hosenträger usw. ablegen und wurde darauf trotz Protestes in eine kalte, kleine Zelle gesperrt, die Luft und Licht nur durch eine etwa zweifelhafte quadratische Oeffnung in der Thür erhielt. In diesem Loch mußte L. bis zur Mittagsstunde bleiben! Da er glaubte, daß mit der Vorführung nach dem Polizeipräsidium die Angelegenheit einem befriedigenden Ende entgegen gehen würde, hatte L. trotz heftiger Schmerzen aus, bis er endlich im grünen Wagen zugleich mit allerlei andern Personen weitertransportirt wurde.

Aber auch auf dem Polizeipräsidium wurden seine Erwartungen jäh enttäuscht! Ohne von irgend jemand vernommen zu werden, wurde er am Alexanderplatz weiter „verladen“ und im überfüllten Wagen nach dem Gerichtsgefängnis Moabit gebracht. Hier war keines Luftenhalts etwa 1 Stunde, dann erschien abermals ein Transporteur und wollte ihn wiederum weiter schleppen. L. fragte, wo er denn noch hingebacht werden sollte, und als er hörte, „nach Wölgensee“, erklärte er, daß er verlange, erst zum Arzt gebracht und von diesem untersucht zu werden. Aber es half nichts, seiner Forderung wurde nicht stattgegeben und er mußte sich auch noch diesem Transporte unterziehen. Endlich, gegen 4 Uhr nachmittags, wurde er in Wölgensee zur Aufnahme der Personalien vorgeführt und verlangte nun mit Erfolg, noch am demselben Abend zum Arzt gebracht zu werden. Zu essen hatte er während des ganzen Tags bis in die Abendstunde nichts erhalten.

Am Sonntagmorgen wurde Genosse L., nachdem seine Angehörigen, die nur mit großer Mühe seinen Aufenthalt erfahren konnten, ein ausführliches Attest des ihn vor seiner Verhaftung behandelnden Specialarztes beigebracht hatten, von dem vorstehenden Anstaltsarzt genauer untersucht. Am Montag verfügte darauf der Erste Staatsanwalt seine vorläufige Entlassung, da der Specialarzt die tägliche Behandlung des erkrankten Ohrs für unbedingt notwendig erklärt hatte. In der ersten Konsultation nach der Freilassung konstatierte der Arzt auf Grund des am Tage vor der Verhaftung aufgenommenen Krankheitsbefundes eine ganz wesentliche Verschlechterung des Allgemeinbefindens; wie weit dieselbe auf das Leiden selbst eingewirkt hat, läßt sich erst nach weiterer Beobachtung feststellen.

Genosse L. wird wegen des Verfahrens bei seiner Verhaftung Beschwerde beim Polizeipräsidium erheben. Die Polizeibehörde hat wahrlich allen Anlaß, Sorge zu tragen, daß die Vertreter der Presse, auch wenn sie in der Vernehmung politischer Gefangenen Strafe erleiden, eine angemessene menschliche Behandlung erfahren. Das liegt in erster Linie im Interesse der Polizei selbst, welche Anspruch auf die Achtung der öffentlichen Meinung erhebt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Einen sonderbaren Erlaß des Reichs-Kriegsministeriums veröffentlicht unser Wiener Bruderorgan. Der Erlaß giebt den Militärbehörden Anweisungen über die Behandlung socialistischer und anarchistischer Soldaten.

Das Ministerium ordnet an, daß „bei jedem sich ergebenden Anlaß mit Vermeidung von Erklärungen über das Wesen des Socialismus und Anarchismus die Mannschaften über die Angelegenheit aller unter Bedenken erregenden Umständen über den aufzunehmenden Druckgriffen zu belehren ist“. Durch Offiziere sind unangesehene Durchsuchungen des Gepäcks der Mannschaften vorzunehmen und insbesondere bei solchen Personen öfters zu wiederholen, die von den politischen Behörden den militärischen Befehlshabern als eifrige Anhänger der socialistischen oder anarchistischen Partei bezeichnet worden sind.

Den östreichischen Rekruten widmen also die östreichischen Behörden dieselbe Aufmerksamkeit wie die unsrigen. Darin sieht aller-

dings Oesterreich Deutschland nach, daß es nicht auch den Offizieren die wissenschaftliche Vernichtung des Socialismus überträgt, der bei uns Lieutenants und Offiziere so erfolgreich obliegt.

Frankreich.

Paris, 26. Dezember. (Fig. Ber.) Die nationalisirende Opposition greift in ihrer Verzweiflung zur Hilfe der russischen Allianz als eines Kampfmittels gegen das Ministerium. Die „desorganisatorische“ Thätigkeit des Kriegsministers André (lies: seine Veruche, die Armee zu demokratisieren, die der Herrschaft des Herrlichen Büngels zu entreißen) soll die Allianz höchlich gefährden. Beweis: ein Artikel der offiziellen Petersburger „Kowojew-Bremja“, der auf das Paar den Separatisten der nationalisirenden Presse gegen General André ähnlich sieht. Das gegenwärtige Ministerium, so heißt es darin, sei im Begriff, die französische Armee und ihre eventuelle Aktion vollständig umzuwandeln. General André sei eigentlich ein „Antimilitarist“ im Kriegsministerium. Die Disziplin, diese Lebensbedingung jeder Armee, werde offiziell untergraben. Von nun an scheine das französische Heer eine „politische Armee“ zu werden, „schwach gegen die äußeren Feinde, tyrannisch und verärgert zugleich nach innen.“

Dieser verlogene Artikel, der den Kampf des Generals André gegen die nationalisirende-prätorianischen Umtriebe innerhalb der Armee für eine Untergrabung der Disziplin ansieht, mag die Stunde durch die nationalisirende Presse, die daran natürlich hochpolitische Betrachtungen über die der Allianz drohende Gefahr knüpft. Daß der Artikel der „Kowojew-Bremja“, wie es bestimmt verlautet, von Paris aus lanciert worden ist, macht die Sache nicht besser. Obwohl die „R. B.“ ohne „vorbeugende“ Censur erscheint, ist es klar, daß das offizielle Blatt den skandalösen Artikel nicht veröffentlicht hätte, wenn es nicht der Zustimmung der „maßgebenden“ Kreise harrte wäre. Diejenigen ministerfreundlichen Blätter, die die politische Bedeutung des Artikels durch den Hinweis auf dessen Pariser Ursprung abzumildern suchen, treiben Vogelstreichspolizei. Es handelt sich um einen neuen Versuch der zarischen Regierung, sich in die innere Politik der Casaken-Republik einzumischen, wie sie es namentlich 1896 in den letzten Wochen des tabularen Ministeriums Léon Bourgeois getan hat.

Das traurigste ist, daß sie es ungestraft thun kann, da sie immer der Zustimmung der reactionären Parteien Frankreichs, ja, deren jubelnder Mitwirkung sicher ist. Von Kofort bis Meline giebt es in der reactionären Presse nur eine Stimme, daß die Jarenregierung durchaus berechtigt sei, kraft des Allianzvertrags in die innere Politik Frankreichs hineinzureden. Sobald nationalisirende, Meline und Konsorten herausfinden, daß die Landesregierung die „Armee“, die Grundlage der Allianz, gefährde . . .

Von erquickender Deutlichkeit ist hingegen die Zurückweisung, die der Artikel der „Kowojew-Bremja“ in der „Petite République“ und der „Aurore“ gefunden hat. Genosse Gérald-Richard schreibt: „Würde Rußland diese famose Allianz erreichen, so hätte es zuerst darunter zu leiden. Bisher hat Rußland davon alle Vorteile gehabt, Vorteile, die sich auf eine erschöpfte Zahl von Millionen beziffern. Bis Rußland sein Blut für uns vergießt, läßt es seinen Geldbeutel zur Hand. Die Möglichkeit eines Bruchs mit diesem allzu neuen Freund ist mithin nicht geeignet, und zu erwägen. Im Gegenteil. . .“ Und Urbain Gohier schreibt in der „Aurore“: „Nachdem diese Auffasser aus unsren Köpfen die zur Verwirklichung ihres industrialen und militärischen Mechanismus nötigen Milliarden gepumpt haben, wollen sie anderwärts ihre Arbeit fortsetzen. . .“ Dann verweist er auf die russischen Prohibitivölle auch gegen die französische Warenzufuhr, auf die Vordienerei der französischen Diplomatie gegenüber Rußland in China unter Benachteiligung der französischen Interessen. Wenn Rußland jetzt die Allianz kündigte, „besto besser“; Rußland, der Denter Polens und Finnlands, das Land der Kruste und des Galgens, hat nichts gemein mit dem Wolfe, das wir sein wollen. Es gilt, unsere Truppen jeder Verächtung mit den Schlächtern von Bolognesien zu entziehen. Man darf dem korrumpirten Petersburger Büngel nicht gestatten, in unsre Angelegenheiten hineinzureden“ u. s. f. im gleichen herben, rücksichtslosen Ton.

Afrika.

Der Krieg in der Kapkolonie

Scheint sich immer weiter auszuweiten. Die englische Behauptung, daß die Boeren bei den Kapkolonien wenig Unterstützung finden, findet in den heute vorliegenden Meldungen ihre direkte Widerlegung. Gehen sich doch nach der „Morning Post“ allein im District von Philippstown 1500 Holländer den Boeren angeschlossen. Da die im Kapgebiet befindlichen Boeren, deren Zahl man auf 6000 schätzt, den ganzen Norden der Kapkolonie in einer Ausdehnung von mindestens 800 Kilometer vom Westen zum Osten durchstreifen, dürften sich nicht nur im District Philippstown die holländischen Bewohner den Boeren angeschlossen haben. Die einzelnen Boerenkommandos bedrohen Britstown, Philippstown, Stehnsburg und Burgersdorp und haben in all diesen Districten den englischen Truppen Besuche geliefert, bei denen die Engländer verschiedene Schläppen erlitten haben. So bei Britstown, wo eine Schwadron Peomank, die eine sich zurückziehende Boeren-Abteilung allzu heftig verfolgte, aufgegeben wurde, so bei Burgersdorp, wo eine aus Husaren und Kolonialtruppen bestehende englische Abteilung, die ein 800 Mann starkes Boerenkommando angegriffen hatte, zurückgeschlagen wurde. Ferner verlor am Montag das neunte Lancier-Regiment in einem Gefecht am Plaisterheuwel acht Mann, darunter einen Lieutenant, den Sohn des Marquis Dufferin.

Dagegen wurde ein Boerenangriff auf Stehnsburg zurückgeschlagen, worauf die Angreifer sich in die Zuurberge zurückzogen, wo sie sich verschanzten. Ein englisches Telegramm behauptet, dies Boerenkommando sei umzingelt und habe keine Hoffnung, sich durchzuschlagen.

Ein andres Telegramm meldet, daß Oberst Grenfell ein 700 Mann starkes Boerenkommando verfolgte und bereits Fassung mit dem Feind erlangt habe, der sich jedoch „weigeren, sich zu stellen“. Die Boeren pflegen allerdings nur dann einen Kampf anzunehmen, wenn sie den Augenblick für günstig halten.

Lord Kitchener soll sich nach Do Kar (zwischen Britstown und Philippstown) begeben wollen, um von dort aus die militärische Aktion selbst zu leiten. Er soll einstweilen mit möglicher Beschleunigung starke Truppenabteilungen zusammenschieben. Der regelmäßige Bahnverkehr zwischen Kapstadt und Do Kar ist wieder aufgenommen worden. Daß die noch in der Nähe befindlichen Boeren es ruhig mit ansehen werden, daß Kitchener auf diesem Schienentwege Truppen zusammenschiebt, ist allerdings kaum anzunehmen.

Nicht gerade sehr zuversichtlich klingt auch folgendes Telegramm aus Pretoria:

General Knog ist in ein Gefecht mit De Wet's Truppen verwickelt, welche eine Stellung in der Nähe vom Deentloop innehaben. De Wet hofft durchzubrechen und wieder nach Süden gehen zu können. Die östliche Boerenabteilung in der Kapkolonie wird anscheinend am Reitvoort-Prunt von den englischen Truppen im Schach gehalten. Die westliche Abteilung ist, wie gemeldet wird, in zwei Teilen nach Norden gegangen, der eine in der Richtung auf Priests, der andre durch Stehnsburg. Die englischen Truppen folgen denselben.

Wenn man auf englischer Seite De Wet die Hoffnung zuschreibt, wieder nach Süden durchzubrechen, so muß De Wet wohl alle Aussicht haben, diesen erneuten Durchbruch durch die englischen Linien herbeizuführen zu können. Gelingt es ihm wirklich, wieder nach Süden zu marschieren und sich mit den im Kapland operirenden Boerenabteilungen zu vereinigen, so hätte er damit seine Aufgabe glänzend gelöst. Denn vermuthlich diene der erste Durchbruchversuch nur dem Zweck, die englischen Truppen an seine Felle zu heften, um den andren Boerenabteilungen die Möglichkeit zu geben, umso unbehinderter über den Drangfluß in die Kapkolonie einzu-

Brechen. Dieser Ansicht ist auch der Korrespondent des „Standard“, der in der „Flucht De Weits“ vor Anzug nur ein schlaues Manöver sieht. Das Ausbleiben wichtigerer amtlicher Nachrichten aus Südafrika wird übrigens von englischen Blättern als ein Anzeichen der Verschlimmerung der Lage der englischen Truppen in der Kapkolonie angesehen. Man glaubt, das Kriegsgeschehen habe die Feiertage nicht durch ungünstige Nachrichten stören wollen.

Ueber englische Kästungen wird weiter gemeldet, daß England in Kansas City 50 000 Pferde für Südafrika angekauft habe. Ferner melden die „Times“ aus Wellington, daß innerhalb von drei Wochen ein zweites Neuseeland-Kontingent nach Südafrika abgeht, das zweihundert Mann stark sein und zur Hälfte aus Maoris bestehen wird.

Wenn die Engländer Maoris, neuseeländische Eingeborene, gegen die Boeren ins Feld schicken würden, so wäre das in der That der Gipfel der bisherigen Barbarei. Eine solche Verletzung des Völkerrechts wird sich England aber doch wohl kaum zu Schulden kommen lassen wollen.

Zweite Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Es folgt Punkt 8 der Tagesordnung:

Die Aufgaben der Gemeinden auf dem Gebiete der Gesundheitspflege.

Referent ist Stadtdr. Dr. Freudenberg, Berlin: Die Politik ist weiter nichts als Medizin im großen, sagt mehr noch auf die Kommunalpolitik als auf die „große Politik“ der Staaten und Völker. Es gibt kaum ein Gebiet der kommunalen Fürsorge, das nicht in Beziehung steht mit Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege. Deshalb ist mein Thema so überaus umfangreich, und ich muß mir von vornherein Beschränkung auferlegen. Ich werde einmal vorwiegend Gebiete behandeln, die bisher in unserem kommunalen Programm keine genügende Berücksichtigung gefunden haben, und ich werde namentlich auf die hygienischen Aufgaben der Gemeinden eingehen, die gleichzeitig soziale Aufgaben sind. Gerade diesen Aufgaben müssen wir Sozialdemokraten uns besonders widmen, da hier unsere bürgerlichen Kollegen so gut wie ganz versagen.

Abg. 8 unseres Kommunalprogramms, der von der Kranken- und Gesundheitspflege handelt, fordert für die letztere: „Beachtung aller vordringenden Mittel z. B. öffentliche Bade-Anstalten, Schulbäder, durch ansteckende Krankheiten notwendig werdende unentgeltliche Desinfektion, Spielplätze, Wohnungs- und Straßenhygiene usw.“ Gewiß eine ganz stattliche Liste, aber sie ist trotzdem unvollständig. Unsere wichtigste Aufgabe verdient außerdem vor allem die Trinkwasser-Versorgung. Für ein kleines Dorf wird man freilich eine Wasserleitung nicht fordern können, deren Einrichtung für eine größere Stadt ein unabweisbares Bedürfnis ist. Aber durchweg wird zu fordern sein, daß dem Untergrunde, wo es nur möglich ist, das Trinkwasser zu entnehmen, daß man Brunnen in das Grundwasser, und zwar in möglichst tiefe Schichten senkt. Das Oberflächenwasser kann nie ganz vor Verunreinigung geschützt werden. Zur Entnahme des Grundwassers müssen Röhren und nicht Kesselröhren benutzt werden.

Die Entwässerung, die Abfuhr der Fäkalien und sonstigen Abfallstoffe gestattet ebenfalls keine einheitliche Regelung. Für die großen Städte ist die Schwemmkanalisation mit Rieselfelder-Betrieb nicht nur in ärztlicher, sondern auch in hygienischer Beziehung das beste System, weil dabei am wenigsten mit den Abgängen manipuliert wird, und man somit die Uebertragung etwaiger Ansteckungskeime am sichersten vermeidet. Auch eine große Ansammlung der Exkremente usw. innerhalb der Stadt mit ihren unästhetischen und unhygienischen Begleiterscheinungen findet dabei nicht statt. Allerdings hat sich dieses System bisher immer noch als ein recht teures erwiesen. Zu verwerfen ist jedenfalls die Einleitung der geklärten oder ungeklärten Abwässer in die Flußläufe, da das Gewässer ein Hohn auf die kommunale Nachsicht ist.

Die Nahrungsmittel-Kontrolle stellt ein anderes wichtiges Gebiet der kommunalen Fürsorge dar. Sie erfordert — neben der Anstellung von Controlloren usw. — in den größeren Orten die Einrichtung von Gemeinde-Schlachthäusern mit Fleischschau; in diesen wird dann gleichzeitig auch die Fleischschau vorgenommen. Erst durch den Schlachtzwang — das Verbot der Schlachtungen außerhalb der Gemeinde-Anstalt — gewinnt die Fleischschau ihre volle Wirksamkeit. Weiter aber wird dadurch verhindert, daß die einzelnen kleinen Schlachtereien ihrer Umgebung durch Gerüche und sonstige mit dem Schlachten verbundene Unannehmlichkeiten lästig fallen; als das wird vielmehr an einem möglichst außerhalb der Stadt gelegenen Punkte konzentriert. Die städtischen Großbetriebe können auch durch Errichtung von Schlachthäusern usw. der Fleischverderbnis besser vorbeugen, als dies der Zweigbetrieb des kleinen Schlachtermehrs vermag. Noch eins ist hervorzuheben: es kann im Interesse der Hygiene nicht scharf genug darauf gewarnt werden, die sogenannten Stochanfalten für schwach-sümmiges und anderes Fleisch, das in gekochtem Zustande von Menschen ohne Gefahr genossen werden kann, an Privatunternehmer zu verpacken. Denn wiederholt ist gerade in Berlin aus solchen ungenügend überwachten Packbetrieben gesundheits-schädliches Fleisch ungekocht in den Handel gebracht worden. Die Uebernahme dieser Anstalten in eigne Regie der Gemeinden ist direkt eine hygienische Forderung. Die Oberaufsicht über die bisher ausgeführten Gemeinde-Einrichtungen muß ausgeübt werden durch ein Gesundheitsamt, zu dessen Verfügung eine Untersuchungsanstalt mit chemischen und bakteriologischen Laboratorien stehen muß. Diese Laboratorien sollten auch der Krankenpflege dienstbar gemacht werden, dadurch daß in ihnen für unentgeltliche Kranken kostenlos chemische, bakteriologische und andre Untersuchungen vorgenommen werden.

Die eigentliche Krankenpflege gehört wohl nicht in den Rahmen meines Referats oder höchstens so weit, als sie gleichzeitig ein Mittel gegen die Weiterverbreitung der Krankheit ist. Das betrifft vorzugsweise die ansteckenden Krankheiten, von denen ich hier nur die venerischen hervorheben will. Gerade ihnen gegenüber stellt eine sehr wichtige Waffe die frühzeitige Behandlung und womöglich die Isolierung der Kranken in einem Krankenhause dar. Weiter vorgeschrittenen Staaten, Schweden, Norwegen und Dänemark, haben die völlig unentgeltliche Krankenhausbehandlung Geschlechtskranker in Krankenhäusern auf Staatskosten eingeführt. Bei uns ist dergleichen nicht zu erwarten, für Kulturaufgaben hat ja der Mann im Kantonienswäldchen kein Geld. (Sehr gut!) Deshalb sollen wir diese Forderungen an die Gemeinden richten.

Ein weiteres Mittel zur Bekämpfung gerade der ansteckenden Krankheiten ist die Desinfektion, deren Unentgeltlichkeit wir aus hygienischen Rücksichten fordern. Aus denselben Gründen müssen wir auch die Uebernahme des Krankentransports in Gemeinderegie verlangen.

Dem Kampf gegen die ansteckenden Krankheiten dient auch die Schutzimpfung. Ich will nicht unterlassen, mich hier als unbedingten Anhänger derselben zu bekennen. Aber gerade weil ich das bin, muß ich zugeben, daß die Gemeinden, die mit der Ausführung des Impfgesetzes betraut sind, bisher nichts gethan haben, um die notwendig mit der Impfung verbundenen Unannehmlichkeiten auf ein thunlichst kleines Maß zu beschränken. Von den Mitteln, die dazu angewandt werden könnten, will ich hier nur zwei anführen: die möglichste Beschränkung der Massenimpfungen durch Zulassung sämtlicher Ärzte, und die Anwendung von Schutzdecken — Wundlappen oder dergleichen — für die Impfstämme, um eine Entzündung zu vermeiden.

Die hygienischen Aufgaben der Gemeinden, welche gleichzeitig soziale Aufgaben darstellen, betreffen in erster Linie die Fürsorge für die Frauen während Schwangerschaft,

Geburt und Wochenbett. Der Gemeinde wird diese Fürsorge zweckmäßigerweise deshalb überlassen, weil die Lösung der hierher gehörigen Aufgaben eine verschiedene sein muß je nach der Zusammenlegung der Bevölkerung am Orte. In Berlin mußten im Jahre 1896 160 Schwangere die letzte Nacht vor ihrer Entbindung im städtischen Obdach zubringen und von dort nach der Entbindungsanstalt transportiert werden (Hört! hört!) und 13 Mädchen kamen sogar im Obdach selbst nieder. Hier muß die Gemeinde eingreifen; sie muß Heimstätten für Schwangere schaffen, in denen diese in Ruhe ihrer Entbindung entgegensehen können. Daneben müssen auch kommunale Entbindungs-Anstalten geschaffen werden. Das ist nicht blos im Interesse der unehelich Gebärenden notwendig, sondern leider zwingt die sociale Not und die zunehmende Verschlechterung der Arbeiterwohnungsverhältnisse auch so manche verheiratete Frau, zur Entbindung die Anstalt aufzusuchen. Schließlich kann in großen Gemeinden auch die Wöchnerin der Fürsorge der Gemeinde nicht entbehren, denn die Unterstützung der Krankenkassen reicht auch nicht entfernt aus. Für Berlin würden bei der höchsten überhaupt möglichen Inanspruchnahme solcher Anstalten die Kosten kaum mehr als 144 000 M. pro Jahr betragen. Von 1 177 208 Kindern wurden aber 1891 in Preußen nur 11 217 — also nicht ganz 1 Proz. — in Entbindungsanstalten geboren. Obgleich zweifellos diese Zahl wesentlich steigen würde, wenn mehr Anstalten vorhanden wären, so würde sicher auch dann die weitaus überwiegende Mehrzahl der Geburten im Privatstande vor sich gehen. Unser Erörterungsprogramm fordert ja nun die Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe. Aber ob diese Forderung an die Gemeinde zu richten, erscheint fraglich. Das zu gewähren muß wohl mehr Sache des Staats sein. Dagegen sind uns württembergische Städte — Cannstatt, Stuttgart u. a. — in der Beziehung mit gutem Beispiele vorgegangen, daß sie den Gebärenden die sogenannten „Rotarzneimittel“ (Desinfektionsmittel, Verbandstoffe usw.) für die Entbindung bedürftiger Frauen unentgeltlich gewähren. Das ist eine verständige Maßregel, die wohl geeignet ist z. B. die immer noch viel zu hohe Sterblichkeit an Kindbettfieber herabzudrücken. Eine Maßregel, deren Einführung deshalb gerade auch für Landgemeinden geeignet ist, weil in diesen die Sterblichkeit an Kindbettfieber eine verhältnismäßig wesentlich höhere ist als in den Städten. Die Kosten können nur minimale sein, denn sie betragen durchschnittlich für die Entbindung kaum mehr als 2 M.

Solange die öffentlichen Krankenanstalten nicht soweit vermehrt und verbessert sind, daß alle Frauen, die zu Hause der wünschenswerten Pflege entbehren, unbedenklich in ihrer Entbindung die öffentlichen Entbindungsanstalten aufsuchen können, solange wird auch für die unter solchen Verhältnissen doch zu Hause entbindenden Frauen durch Anstellung von Gemeinde-Wochenpflegerinnen Fürsorge zu treffen sein. Auch diese Forderung ist namentlich für die Landgemeinden von Wichtigkeit, da hier ja an die Errichtung von Entbindungsanstalten überhaupt noch nicht zu denken sein wird.

Nicht nur für die Frauen der Arbeiterbevölkerung in den großen Städten, sondern auch für die Säuglinge haben die Gemeinden sociale Fürsorge zu entfalten. Die Säuglingssterblichkeit in Berlin ist größer als im Durchschnitt in Preußen. Das liegt nicht an „Stadtluft“, sondern an den socialen Verhältnissen. Die „künstliche Ernährung“ der Säuglinge ist es, die diese Steigerung der Säuglingssterblichkeit bewirkt, weil sie an die hygienischen Kenntnisse, die Zeit und den Geldbedarf der Mutter Anforderungen stellt, denen das Proletariat nicht gewachsen ist. Deshalb muß es das Bestreben der Gemeinde sein, allen Körperlich zum Stillen fähigen Müttern die sociale Möglichkeit dazu zu gewähren. Die Wöchnerinnen-Heime erfüllen gleichzeitig auch diesen Zweck, und zwar für die ersten 4—8 Wochen, die gefährlichste Zeit des kindlichen Lebens. Man muß den weiteren Anspruch an die Gemeinde erheben, daß sie während der ganzen Säuglingsperiode, also während neun Monaten, die Mütter unterstützt. Nehmlich, wie die Gemeinde Berlin eine „Beschäftigungsanstalt für Blinde“ geschaffen hat, sollten die Gemeinden auch Beschäftigungsanstalten für stillende Mütter schaffen, und es so diesen ermöglichen, ihren Erwerb zu finden, ohne daß deshalb dem Kinde seine natürliche Ernährung entzogen werden muß. Für die Gemeinde würde es nicht ganz leicht sein, solche Anstalten in genügendem Umfange zu schaffen, aber das Ganze würde mehr eine Frage der Organisation sein als materielle Aufwendungen erfordern. Diese Frauen sind durchaus arbeitsfähige und arbeitskräftige Personen. Die Gemeinde Berlin z. B. könnte, wenn sie den Bedarf an Wäsche und Kleidung für die Wässhäuser, die Krankenanstalten usw. in eigener Regie herstellte, dabei allein schon eine ganze Masse dieser Frauen unterbringen. Es werden aber doch immer Mütter vorhanden sein, die z. B. wegen körperlicher Untauglichkeit zum Stillen, ihre Kinder mit der Flasche aufziehen. Auch von diesen Müttern wird ein großer Teil dem Erwerb nachgeben müssen und nicht in der Lage sein, für ausreichende anderweitige Wartung der Kinder zu sorgen. Für solche Kinder bestehen heutzutage, von der Privatwohlfahrtigkeit — vielfach der Kirche — ins Leben gerufen, die sogenannten Rippen, welchen alle Schattenseiten solcher Privatwohlfahrtigkeit-Institute anhaften; ihre Zahl genügt dem Bedürfnis nicht. Ihre Einrichtung entspricht nicht den Anforderungen der Hygiene, und daneben ist dann womöglich noch allerlei Verbotniss damit verknüpft, welches zu dem vorgebildet humanitären Zwecke nicht paßt und der Hygiene geradezu ins Gesicht schlägt. Ich erwähne in letzterer Beziehung z. B., daß in einer hiesigen Rippe, die von einer evangelischen Gemeinde errichtet ist, von den unehelichen Müttern ein höheres Kostgeld verlangt wird, als von den verheirateten. Größtenteils infolge dieser Verhältnisse der heutigen Rippen sind denn auch die Sterblichkeitsverhältnisse in denselben teilweise recht unglücklich, so daß erstens in hygienisch-medizinischen Kreisen die Frage erörtert wurde, ob die Errichtung solcher Anstalten überhaupt zweckmäßig ist. Man wird schließlich aber doch dem hiesigen Kinderarzt Dr. Reumann darin beistimmen müssen, daß die Rippen zwar nur „ein Rotzkehl“, aber doch dort, wo Erwerbsfähigkeit der Mutter außerhalb des Hauses notwendig ist, die einzig mögliche Lösung sind. Die möglichst vollkommene Einrichtung, die deshalb gerade zu fordern ist, können nur die Gemeinden, nicht die kommunalen Mittel der Privatwohlfahrtigkeit garantieren.

Es bleiben endlich noch die Kinder übrig, deren Mütter wohl die Zeit und die Arbeit, nicht aber die Mittel aufwenden können, welche die Aufzucht des Kindes mit der Flasche erfordert. Auch hier müßte die Gemeinde eingreifen. Oft wird das auf dem Wege der Armenunterstützung geschehen müssen. Gerade mit Rücksicht auf die uneheliche Kindersterblichkeit ist deshalb die Annahme so überaus thöricht, daß die Mutter, sofern sie arbeitsfähig ist, ein Kind allein durchbringen kann und daß daher für ein Kind in der Regel kein Pflegegeld zu gewähren ist. Bei den unehelichen Kindern muß die Waisenverwaltung unmittelbar nach der Geburt feststellen, ob ein Kostgeld vorhanden ist, und dann sofort das Nötige verfügen. Demen, welche jede Form der Armenunterstützung zurückweisen würden, könnte die Gemeinde helfen, indem sie den Weg guter Milch zu billigen Preisen erleichtert. Gerade das wird schon in der aller nächsten Zeit für die Brandenburgischen Gemeinden zu einer sehr wichtigen Aufgabe werden. Mühen sich doch die Agrarier unserer Provinz soeben zu einem neuen Deutungs auf die Taschen des Proletariats, indem sie zum Brot- und Fleischwucher als dritten den Milchwucher erziehen wollen. Daneben mühen den Eltern dieser Pappelnkinder die zur Pflege nötigen Apparate — Bogen, Kochgeschirre — gegen geringen Entgelt kaufen oder teilweise überlassen werden. Endlich sollte durch gedruckte Anweisungen, die bei der Meldung der Geburt auf dem Standesamt verabsolgt werden, oder durch unentgeltliche ärztliche Vortrage allen Müttern die nötige Belehrung über die Säuglingspflege zu teil werden.

Für die größeren noch nicht schulpflichtigen Kinder können Anstalten ähnlich den heutigen Kinder-Weh- und Krankenanstalten oder Spielkassen nicht entbehrt werden, die von der Gemeinde zu errichten sind.

Im Interesse der schulpflichtigen Kinder fordern wir Schulküchen, Schulbäder und hygienisch einwandfreie Schulräume. Auch die Errichtung von Schulkantinen zur Verpflegung der Schulkinder würde in hygienischer Beziehung eine Großthat ersten Ranges sein. Für die großstädtischen Kinder, die zwischen städtischen Mietshäusern aufwachsen, die in einem Gewirre von elektrischen Bogen, Drahten vielfach ohne Ueberwachung durch Erwachsene sich ihre Unterhaltung und Erholung suchen müssen, sind noch andre Maßnahmen erforderlich. Kinderhorter müssen außerhalb der Schulkunden die elterliche Aufsicht ersetzen. Auch während der Ferien ist eine entsprechende Fürsorge notwendig. Dabei ist natürlich besonderer Nachdruck auf Spiele im Freien (auf Schulhöfen, Spielplätzen), Spaziergänge, Wägen, Schlittschuhlaufen usw. zu legen. Für die Kranken oder besonders schwächlichen Kinder ist außerdem während der Ferien die Unterbringung in Ferienkolonien erforderlich.

Es brandt wohl eigentlich gar nicht hervorgehoben zu werden, daß vorzugsweise im Interesse der kindlichen Gesundheit auch ein absolutes Verbot der gewerblichen Beschäftigung schulpflichtiger Kinder erforderlich ist. Wo die Gemeinden die Polizeihohheit haben, sollten sie es nicht unterlassen, von derselben in diesem Sinne Gebrauch zu machen.

Unsre Thätigkeit auf diesem Gebiete wird die kulturfördernde Thätigkeit unserer Partei im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien von neuem beweisen. (Bravo!)

Der Referent beantragt folgende

Resolution:

„Dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege muß schon deshalb ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, weil Krankheiten und Seuchen gerade unter der Arbeiterbevölkerung reichste Ernte halten. Neben den im Abg. 8 unseres Kommunalprogramms vom Jahre 1898 aufgeführten Maßregeln sind: Hygienisch einwandfreie Trinkwasser-Versorgung und Entwässerung, Errichtung von Schlachthäusern und Einrichtung einer gründlichen Nahrungsmittel-Kontrolle, Schaffung von Gesundheitsämtern usw. zu fordern.“

Außerdem aber ergeben sich noch besondere Aufgaben dort, wo eine zahlreiche Industriearbeiter-Bevölkerung dicht zusammengebrängt wohnt: in den großen Städten und deren Vororten. Neben der Fürsorge für das Wohnungswesen und die Gesundheitspflege im allgemeinen haben diese Gemeinden die Verpflichtung, Einrichtungen zum Schutz der Frauen während Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett (Heimstätten für Schwangere, Entbindungsanstalten, Wöchnerinnenheime usw.) und zur Einschränkung der an allen solchen Orten unabweisbar großen Kindersterblichkeit (Säuglingspflege, Kinderheime, Ferienkolonien usw.) zu schaffen.“

Die an dem Vortrag des Genossen Dr. Freudenberg sich anschließende Resolution werden wir in der nächsten Nummer bringen.

Der Gantag des deutschen Holzarbeiter-Berbands für die Provinz Brandenburg

trat am Donnerstagvormittag im Gewerkschaftshause zusammen. Anwesend sind 63 Delegierte aus den verschiedenen Orten der Provinz Brandenburg und der gesamte Gantvorstand. Der Haupt-Vorstand ist vertreten durch den Vorsitzenden H. Klotz, Stuttgart. Zur Erledigung der Tagesordnung sind zunächst zwei Tage in Aussicht genommen.

Nach dem Kassenbericht, den H. Matthes erstattete, betragen die Einnahmen der Gantkasse seit dem 1. Januar d. J. inkl. des alten Bestandes von 57,07 M. insgesamt 2024,12 M., die Ausgaben in derselben Zeit 1862,98 M., so daß ein Kassenbestand von 461,17 M. vorhanden ist. Die Zahlstellen haben, abgesehen von 451,17 M. Kasse, selbst nicht so unterliegt, wie dies erwartet werden konnte. Auch solche Zahlstellen, welche den Gantvorstand außerordentlich stark in Anspruch genommen, haben an die Gantkasse keine Guthaben geleistet und müßte dahin gewirkt werden, daß hierin eine Aenderung eintritt.

Nach einer längeren Diskussion wurde dem Kassierer Decharge erteilt und beschlossen, daß in Zukunft die Kassenabrechnung den Delegierten gedruckt unterbreitet werden soll.

Die Thätigkeit des Gantvorstands war eine sehr rege. Wie St. u. s. berichtet, hat der Gantvorstand neben der Erledigung einer umfangreichen Korrespondenz zu einer großen Anzahl Versammlungen Referenten gestellt, Reden und Resolutionen abgehalten und in vielen Fällen bei der Regulierung von Streiks und sonstigen Differenzen teilgenommen. In verschiedenen Orten konnten infolge Lokalmangels keine Versammlungen stattfinden und sind die Kollegen teilweise in Privatwohnungen zusammengekommen, um sich zu verständigen. In mehreren Orten ist es gelungen, eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung des Lohns zu erzielen, zum Teil nur durch Verhandlungen mit den Unternehmern und ohne daß die Arbeit eingestellt werden mußte. Nachdem jetzt wieder eine stillere Geschäftskonjunktur sich bemerkbar macht, versuchen die Unternehmer allerdings wieder die Löhne zu reduzieren, die Arbeitszeit durch Einführung der Ueberstundenarbeit zu verlängern und überhaupt den Arbeitern die Erzeugnisse unbillig zu machen.

Im verflossenen Jahre wurden im Gau sieben neue Zahlstellen ins Leben gerufen. Dem ausführlichen Bericht St. u. s. daraufl hinweist, daß im Gau noch ein recht großes Feld zu bearbeiten ist, was zu entnehmen, daß in den Zahlstellenorten insgesamt 8004 Holzarbeiter, darunter 7708 männliche und 301 weibliche beschäftigt sind. Berlin ist hierbei nicht eingerechnet. Von den 8004 sind 4089 und zwar 4052 männliche und 17 weibliche im Holzarbeiter-Verein organisiert. Nach den einzelnen Branchen sind organisiert: Von 4069 Tischlern 2882, von 152 Wärfemachern 26, von 547 Drechselern 296, von 409 Korbmachern 281, von 426 Stellmachern 159, von 457 Musikinstrumenten-Arbeitern 118, von 686 Hilfsarbeitern 106, von 680 Maschinenarbeitern 130 und von 269 Angehörigen der verschiedenen weiteren Branchen 91.

Dem Bericht folgte eine lange Diskussion, in der namentlich über die Ursachen und den Verlauf der Lohnbewegungen über den Stand der Organisation und über die Lohn- und Arbeitsbedingungen an den einzelnen Orten berichtet wurde. Von mehreren Delegierten wurde gegen den Hauptvorstand der Vorwurf erhoben, daß er die kleineren Zahlstellen nicht genügend berücksichtige und geplanten Lohnbewegungen, die nach Ansicht der Kollegen an den Orten aussichtslos und notwendig waren, die Zustimmung verweigert habe. Dadurch habe verschiedentlich eine Mißstimmung unter den Mitgliedern Platz gegriffen und sei es zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen. Es müsse auf dem nächsten Verbandstag dahin gewirkt werden, daß dem Gantvorstand mehr Rechte eingeräumt und daß unter Umständen auch solche Angriffsstreiks bewilligt werden, die nicht 6 Monat vordem angemeldet worden sind, wenn die Geschäftskonjunktur sich dementsprechend gestaltet hat.

Demgegenüber wies Klotz, Stuttgart darauf hin, daß eine Bevorzugung der großen Zahlstellen keineswegs stattfindet, sondern der Hauptvorstand nur nach vorurteilsloser, sachlicher und eingehender Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse entscheide und allerdings dann nur die Zustimmung zum Eintritt in eine Lohnbewegung gebe, wenn auch Aussicht auf Erfolg vorhanden sei. Die Entscheidung über die Streiks könne unmöglich den verschiedenen Gantvorständen übertragen werden, sondern müsse im Interesse der Organisation der Zentralverwaltung, die auch für die Ausführung der notwendigen Mittel zur Unterstützung zu sorgen habe, vorbehalten bleiben. Von einigen Rednern wurde auch die Thätigkeit des Gantvorstands bemängelt und angeführt, daß er die Wünsche verschiedener Orte nicht völlig berücksichtigt habe. Nachdem St. u. s. in seinem Schlußwort, wie auch die übrigen Gantvorstandsmitglieder, darauf hingewiesen hatte, daß den Gantvorständen zu wenig Rechte eingeräumt sind und deshalb in ihrer Thätigkeit manchmal beschränkt sind, referierte

Klotz über Agitation: Den Ausführungen des Referenten war zu entnehmen, daß die Einrichtung der Gantvorstände recht

gute Erfolge gezeitigt habe. Die Agitation, wie sie in den letzten Jahren betrieben worden ist, hat gut gewirkt und ist weniger kostspielig. Nicht nur, daß viel mehr Versammlungen stattfanden konnten, daß viel neue Zuhörer gewonnen und sich die Mitgliederzahl beträchtlich erhöht hat, auch die Mitgliederzahl ist eine stabilere geworden und, wie sich verschiedentlich gezeigt hat, mehr Interesse für die Organisation vorhanden. Der Redner führte dann aus, daß Vorträge, welche die Lohn- und Arbeitsverhältnisse behandeln und überhaupt die wirtschaftlichen Themen die Arbeiter natürlich am meisten interessieren, daß aber auch technische und den Verhältnissen entsprechende populär-wissenschaftliche Vorträge recht gut aufgenommen werden. Die Diskussion nach dem Vortrag ist nicht immer vorteilhaft und oftmals besser sie unterbleibt, um einen wirkungsvollen Vortrag nicht abzuschwächen. In allen Fällen müsse die Notwendigkeit und Bedeutung der Organisation zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft betont, aber vermieden werden, daß die Versammelten zu dem Glauben kommen, nur durch Streiks seien bessere Zustände zu schaffen. Neben dieser müsse auch die schriftliche Agitation durch Flugblätter etc. planmäßig betrieben werden. Wenn in dieser Weise gewirkt werde, so würde auch in der stillen Geschäftszeit die Organisation erstarken und eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vermieden werden.

An der Diskussion beteiligten sich bisher die Delegierten von Potsdam, Spandau, Adlershof u. a., die auch auf die Notwendigkeit der Agitation von Mund zu Mund und auf die notwendige agitatorische Kleinarbeit hinwiesen.

Der erste Gan des Buchbinderverbandes

Hielt am zweiten Feiertag einen Gantag im hiesigen Gewerkschaftshaus ab, auf dem Vertreter aus Berlin sowie den Provinzen Brandenburg und Schlesien anwesend waren. Zunächst erstattete Herr v. Berlin den Geschäftsbericht des Gantags für die Zeit von 1895 bis jetzt. Der Redner behandelte zuerst die Berliner Verhältnisse und führte aus: In der Buchbinder- und Contobuch-Branche hatte die Organisation den besten Erfolg und die Verhältnisse sind hier am meisten geregelt. Weniger günstig stand es dagegen in anderen Branchen. Bei den Lederarbeitern ist die ausgedehnte Hausindustrie ein Hindernis der gewerkschaftlichen Bewegung, in der Zigarrenpapier-Branche sind es die zahlreichen, beständig wechselnden weiblichen Arbeitskräfte, und in der Kartonbranche die ungelerneten Arbeiter, welche den Fortgang der Organisation hemmen. Die Albumarbeiter, die vor Jahren eine recht günstige Geschäftsstruktur hatten, standen im allgemeinen der Organisation fern. Der Thätigkeit des Gantags ist es in letzter Zeit gelungen, in allen diesen Branchen festen Fuß zu fassen, und eine Anzahl von Kollegen dieser Branchen dauernd für den Verband zu gewinnen, so daß für die Zukunft ein reger Fortgang zu erwarten ist. Daselbe gilt für die Branchen der Tuis- und der Goldschmiedmacher. Den günstigen Erfolg erreichte der Gantag namentlich dadurch, daß er das Vertrauensmännersystem durchführte, und so durch regen persönlichen Verkehr mit den Kollegen die Indifferenten heranzog. Die Mitgliederzahl der Zählstelle Berlin betrug Ende 1894 1091 männliche, 327 weibliche. 1895 1017 männl., 488 weibl., 1896 1713 männl., 1129 weibl., 1897 1258 männl., 676 weibl., 1898 1886 männl., 787 weibl., 1899 1647 männl., 905 weibl., 1900 2235 männl., 1820 weibl. Der starke Zugang an weiblichen Mitgliedern im Jahre 1896 und der Rückgang derselben im folgenden Jahre ist zurückzuführen auf die Lohnbewegung des Jahres 1896. Der Redner berührte die Berliner Lohnbewegungen, schilderte deren Resultate und konstatierte ferner, daß in Berlin außer den agitatorischen Erfolgen auch hinsichtlich der Besserung der Arbeitsverhältnisse gute Fortschritte zu verzeichnen sind.

Der Redner gab hierauf einen Überblick über die Lage der Organisation in den Provinzen Brandenburg, Schlesien und Posen. In den ostelbischen Provinzen ist es sehr schwer, Boden zu gewinnen. Eins der größten Hindernisse der gewerkschaftlichen Bewegung ist die mangelhafte ostelbische Schulbildung; die dortigen Kollegen sind nicht einmal im stände, schriftlich mit dem Vorstand zu verkehren, und so bleiben die Zuschriften, die von Berlin dahin gehen, meist unbeantwortet.

Hierauf erstatteten die Delegierten Situationsberichte aus ihren Orten, beziehungsweise Agitationsbezirken. Daran schloß sich eine kurze Diskussion.

Der folgende Punkt der Tagesordnung betraf die Agitation. Der Referent v. Berlin sagte, die bisherigen Erfolge dürften die Kollegen nicht veranlassen, in der Agitation still zu stehen. Es werde sich empfehlen, daß in solchen Orten, wo eine Anzahl größerer Werkstätten vorhanden sind, Werkstätten-Versammlungen veranstaltet werden, während in den kleineren Orten die Agitation von Mund zu Mund zu betreiben wäre. Wichtig sei auch, daß dem Gantagsvorstand über die Verhältnisse in den einzelnen Orten regelmäßig Berichte eingesandt werden. In den 10 Zählstellen des Gantags seien 4338 Mitglieder. Wenn man bedenke, daß davon der weitaus größte Teil auf Berlin entfällt, so sehe man, daß in der Provinz noch ein sehr großes Arbeitsfeld für die Agitation sei. — In der Diskussion über diesen Punkt bemerkte Eckert: In Krieg arbeiten in der Contobuch-Branche neben 75 Buchbindern 1200 Hilfsarbeiter. Es würde vielleicht angebracht sein, wenn man für diese Hilfsarbeiter, denen die Verbandsbeiträge zu hoch seien, und die deshalb dem Verbandsbeiträge nicht beitreten, einen Lokalverein gründen würde. — Andre Redner traten dieser Anregung entgegen. F. S. v. Breslau betonte, daß durch geeignete Agitation auch die Arbeiter Hilfsarbeiter für den Verband zu gewinnen seien. Dem Eintritt derselben habe der Gantagsvorstand der Buchbinder jener Fabrik, die mit den Hilfsarbeitern nicht gemeinsame Sache machen wollten, hindernd im Wege gestanden. Ein Lokalverein für die Arbeiter Hilfsarbeiter wäre etwas ganz Verheißendes.

Ueber den letzten Punkt der Tagesordnung: „Unsere Lohnbewegungen“ referierte Bergemann. Er empfahl folgende Resolution: „Nachdem die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in fast allen größeren Städten Deutschlands sich in den letzten Jahren durch die Thätigkeit der Organisation bedeutend gehoben haben, erachten es die Delegierten des Gantags als ihre vornehmste Pflicht, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß auch in den Provinzstädten des Gantags bei der nächsten günstigen Gelegenheit Forderungen an die Arbeitgeber gestellt werden, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die in Betracht kommenden Kollegen und Kolleginnen herbeizuführen.“ Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Sociales.

Apothekerverwünsche. Der Vorstand des deutschen Apothekervereins hat an das Reichsamt des Innern eine Petition gerichtet, in der er verlangt, daß in das Krankenversicherungsgesetz folgende Bestimmungen aufgenommen werden:

1. Alle ärztlicherseits für Krankenkassenmitglieder verordneten Arzneimittel sind ausschließlich aus Apotheken zu beziehen.
2. Die Verabfolgung von Arzneimitteln an die Krankenkassenmitglieder durch die Kassenvorstände oder durch Kassengehörige ist untersagt.
3. Falls alle Apotheken eines Orts oder Kassenzugs oder doch die große Mehrzahl derselben sich bereit erklären, den Krankenkassen gleichgünstige Lieferungsbedingungen zu gewähren, sind die Kassen gehalten, ihren Mitgliedern die freie Wahl zwischen diesen Apotheken zu gestatten.

Es wäre vielleicht nichts dagegen einzuwenden, wenn die Entnahme ärztlich verordneter Arzneien aus den Apotheken vorgeschrieben würde; dazu gehört aber unbedingt, daß die Preise der Arzneimittel wesentlich herabgesetzt, eventuell die Gewährung eines bestimmten, sehr hohen Rabatts an die Krankenkassen vorgeschrieben würde und daß außerdem den Kassen ausdrücklich das Recht eingeräumt würde, eigene Apotheken zu errichten. Das sind überhaupt zwei Punkte, die bei der bevorstehenden Revision des Krankenversicherungsgesetzes ohnehin berücksichtigt werden sollten, denn

einen sehr hohen Teil der Kassennittel verschlingen gerade, und zwar in steigendem Maße, die Apotheken. Dabei steht doch fest, daß die Arzneitage Preise für die Medikamente vorschreibt, die meist in gar keinem Verhältnis zum Wert der Sachen stehen. Hier wäre ein Mittel gegeben, die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen ganz beträchtlich zu erhöhen.

Aus der Frauenbewegung.

La Recherche de la Paternité — das Suchen nach der Vater-schaft eines unehelichen Kindes ist in Frankreich bekanntlich durch Gesetz verboten. Das heißt mit anderen Worten: ein Mädchen, dem vor dem Eintritt in die Ehe ein Kind geboren wird, hat kein Recht, den Vater des Kindes zur Zahlung von Alimentern zu zwingen, wenn dies nicht freiwillig geschieht; das Gesetz giebt ihr keine Handhabe, denselben zur Anerkennung des Kindes zu nötigen. Dieser standalöse Zustand, wohl der brutalste Ausfluß des Laissez-faire-Grundsatzes, dürfte nun vielleicht doch bald beseitigt werden. Bereits hat eine parlamentarische Kommission sich mit der Materie befaßt und der sozialistische Deputierte Vidani, der beauftragt war, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, hat seine Arbeit auch bereits vollendet. Nachdem die Kommission dazu Stellung genommen, wird der Entwurf das Plenum der Deputiertenkammer beschäftigen.

Gerichts-Beitrag.

Gans nach polnischer Art. Unter der breiten, bartlosen Oberlippe ein scharfgeschmittener Mund und darunter ein spitzgehaltener blonder Kinnbart. Das gab seinem Gesicht etwas Hässliches, Verbissenes und entsprach der That, der er beschuldigt war. In der Hand hielt er ein augencheinlich schon viel benutztes Exemplar des bürgerlichen Gesetzbuchs. Ohne erst die Anrede des Vorsitzenden abzuwarten, legte er los: Herr Gerichtshof, nach bürgerliche Gesetz stimmt es mit der Anklage nicht. Da steht Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch drin, nach 'i neue bürgerliche Gesetzbuch... — Vors.: Ach was, legen Sie das Buch da mal fort und antworten Sie mir, was ich Sie frage. Sie sind der Zimmermann Wilh. Lehmann? — Angekl.: Jawohl, so bin ich wenigstens gedooft, nach 'i neue bürgerliche Gesetzbuch müßte ich aber anders heißen, denn meine Mutter... — Vors.: Lassen Sie alle überflüssigen Redensarten. Sie sind, wie Sie ganz richtig sagen, der Sachbeschädigung und des Hausfriedensbruchs angeklagt. Bekennen Sie sich schuldig? — Angekl.: Wenn ich „nee“ sage, denn ich ist nicht ganz der Wahrheit demgemäß, sage ich „ja“, denn ich ist doch noch nicht ganz richtig; denn in 'i junge bürgerliche Gesetzbuch ist von die Straftaten nicht zu finden. Hier, uf Seite 177 steht ja wat... — Vors.: Nun sage ich Ihnen zum letztenmal, lassen Sie mich mit Ihrem bürgerlichen Gesetzbuch zurückgehen. Wir haben hier mit dem Strafgesetzbuch zu thun. Verstanden? — Angekl.: So? Na, denn muß ich mir darin finden, aber so geht er mir immer, ersöhnen kommt es anders, u zweetens wie man denkt. — Vors.: Nun erzählen Sie kurz, was sich am 21. Oktober in der Wohnung des Zimmermanns Stanzel zugetragen hat. — Angekl.: Mein Freund Karl Schmitz un ich arbeten schon einige Jahre zusammen bei denselben Meister. Denn kam noch der Polack, der Stanzel hinzu, in so weit er ganz juter Kollege, aber frohsinnig bis uf die Knochen. An den genannten Sonntag waren wir det Vormittags bei unren Publikum in der Müllerstraße. So seien Zwölfe rum sagt mein Freund Karl, det er nach Hause gehen wollte, seine Frau hätte eine Brühuppe gelocht. „Die habe ich ooch“, sage ich... „Ach Ihr Gott hungriges“, meent da der Polack so recht aus lebermütigen Herzen. „habe ich doch zu Haus ein Gans gelochtes.“ Wat? rufen wir beide, eene jelochte Zans? Det muß ja een schnurrijes Gericht sind. Ja, sagt der Polack, was Deutscher nicht kennt, er fricht nicht. In dem erzählt er uns, wie seine Frau so'n Tier zurechte macht, so daß sie ausnahmsweise delikat schmecken dhäte. Na, wat wollen Sie sagen? Karl un ich wird werden neugierig un da dem Polack seine Wohnung dichte bet war, so jungen wir mit ihm rum, un uns die Maske mit die Zans mal anzusehen. Wie kommen rin in eene kleine Stube, wo man in die ersten fünf Minuten vor Qualm un Dampf keine Hand vor Dojen sehen kann un wo eene halbarische Hitze war. Mensch, sage ich zu dem Polack, wat is det vor'n unbetönnlicher Jeruch, der hier vertreten is. Deine Ode besorgt woß die Kinderwache von't verjüngere Jahr? Als unfre Dojen sieht denn un een bißlen durch den Qualm durchjearbetet hatten, da jeden wir wat, det wir denken, wir sollen lang hinschlafen. Ja habe zwei Feldjüge mitgemacht un bin een ganzes Endelen in der Welt herumjekommen, aber Herr Gerichtshof, so wat war mir denn doch noch nicht vor Dojen jekommen. — Vors.: Aber erzählen Sie doch nicht gar zu weilläufig. — Angekl.: Also denken Sie sich, in die Ede steht een kleiner Kanonenosen mit'n jühenden Leib. Oben uf steht eine trocke eiserne Pfanne voll tochendes Wasser und darin liegt eene Zans. Vor dem Ofen is eene Holzbanke hinjestellt un dadruf steht een Topp. In war die Zans so in die Pfanne rinjgelegt, det sie mit den Hals lieber den Rand hing un mit den Schnabel in den Topp ruckelte, der vor dem Ofen stand. Wie die Suppe in der Pfanne un so derbe lochte, lie sie so langsam durch den Hals von die Zans und durch den Schnabel in den Topp rin. Wir in 'ne richtige Distillation. Karl un ich, wir wollten uns Dod-lachen. Is sie denn ooch ausjekommen? — frage ich den Polack. Un er fricht mit sein Taschemesser so'n bißlen rin un hebt ie so'n Endelen hoch. Richtig, ausjekommen war sie. „Sou die Därme machte sie jänfellein“, erzählte uns Frau Stanzel. Un die Suppe wäre sehr schön un kräftig, da läme noch Paprika ran. Karl un ich, wir wollten uns trudeln vor Lachen. Als Karl aber die Zans unten bejehen un ihr noch mal hoch heben wollte, da wurde die Frau, die mittlerweile wohl merken mochte, det wir sie ugen wollten, unjentlich un sagte, wir sollten machen, det wir rauslämen. Wir jungen denn ooch. Unterwejen sage ich zu Karl: „Du dadruf muß ich erst eene jenehmigen, mir dreht sich allens un Leibe rum. Karl hatte desselbe Bedürfnis. Ehe wir aber zu unren Publikum kommen, müssen wir un eenen Drojeristen-Laden vorbei. Dabei kriech ich mit eene Male eenen pughen Infall. Ja rin in Laden un lasse mir vor'n Trofchen jestohenen Nimmi un vor'n Trofchen jestohenen Kardemom zusammen in eene Tüte machen. Denn sage ich zu Karl, er soll man immer voran jehen, id läme jleich nach. Ja dem schnell wieder zurück nach den Polacken seine Wohnung un frage die Frau, ob id nich mein Taschemesser hätte liejen jelassen. Die Frau jucht uff alle Stühle un uff'n Fußboden. Ree, sagt sie denn, hier is et nich. Mit eene Male verändert sich der Jeruch in de Stube so merkwürdig, halb riecht et nach Schokolade, halb nach Fett un halb nach janz wat Sonderbaret. „Nu aber raus, dachte id un machte, det id fort lam. Wie so'n kleiner Beez nach 'i bürgerliche Gesetzbuch als — Vors.: Ach was, halten Sie jeht den Mund. Sie haben das Getwätz heimlich in die Pfanne geschüttet? — Angekl.: Ja, det lam id nich abstreiten. — Vors.: Sie haben den armen Leuten das Essen dadurch verdorben. — Angekl.: Ja habe an den Mittag ooch nicht essen können. Uebrigens habe id dem Stanzel un andern Borgen eene Mark achzig Fennige zu drei Hund Schweinebauch jeeben. — Vors.: Es war immerhin ein recht schändlicher Hiertz.

Der Gerichtshof hielt nur eine Sachbeschädigung für erwiesen und erkannte hierfür auf 20 R. Geldstrafe.

China.

Die Note.

Londoner Abendblätter melden vom 26. Dezember aus Peking: Li-Hung-Tschang und Tsching hätten, wie aus ganz sicherer Quelle verlautet, dem Thron zusammen mit der Note der Mächte eine Darlegung ihrer Ansicht gesandt, daß die gestellten Bedingungen sofort ohne Rücksicht angenommen werden sollen. Die Thatfache, daß dieser Rat erteilt wurde, sei schon ein Anzeichen dafür, daß ihm auch ohne Verzögung entsprochen werde. Ferner sollen Li-Hung-Tschang und

Tsching beschlossen haben, die Mitwirkung der Streitkräfte der Verbündeten zur Wiederherstellung der Civilregierung in Peking nachzusuchen und dies Ersuchen sofort zu stellen, nachdem der Thron die Annahme der von den Mächten gestellten Bedingungen erklärt haben werde.

Der „Standard“ meldet andererseits freilich vom gleichen Tage aus Shanghai, daß tschongische Geisliche in Schenst meldeten, daß der kaiserliche Hof keineswegs rechtliche Absichten habe. Nach einer andren Meldung dieses Blatts hat wieder die chinesische Regierung die

Bringen Tuan und Tschang

an der Grenze der Provinzen Schansi und Schensi verhaftet. Duffien erhielt den Befehl, nach Singansu zurückzulehren, wie man glaubt, zum Zweck der Befestigung. Hieraus schließt man, daß die Regierung bereit sei, die Forderungen der Mächte zu bewilligen.

Also: bald so, bald so!

Li-Hung-Tschang.

Der übrigens ernstlich krank sein soll, soll geäußert haben, daß die Note der Mächte in etwa zehn Tagen beantwortet werden dürfte. Bei der

Heberreichung der Note.

die bei dem spanischen Gesandten unter Anwesenheit der Gesandten erfolgt ist, äußerte der Unterhändler Prinz Tsching: „Ich habe die Ehre, die auf die Wiederherstellung guter Beziehungen bezügliche Note in Empfang zu nehmen. Ich werde sie sofort dem Kaiser übermitteln und, sobald die Antwort eintrifft, dieselbe mitteilen.“ Li-Hung-Tschang ließ sich durch diese Krankheit entschuldigen.

Der kriegerische Zeitvertrieb

der Mächte bleibt trotz der nunmehr überreichten Note der alte. Feldmarschall Graf Waldersee hat die Befehlshaber aller Verbündeten ersucht, auf eine auf dem Rückzuge befindliche, von den Franzosen geschlagene chinesische Abtheilung zu fahnden, um dieselbe wundöglich zu vernichten.

Eine Peking Meldung der „Morning Post“ besagt, daß die Deutschen auf dem Rückzuge von Paoating die Städte und Ortschaften rücksichtslos bestrafen, welche vor kurzem von General Richardson auf Grund einer Abmachung mit dem Grafen Waldersee aufgesucht worden seien, und welche die von General Richardson getroffenen Vereinbarungen völlig unbeachtet ließen.

Wardon wir also noch immer nicht gegeben. Ueber eine französische Massenabslachtung wird gemeldet:

Am 22. sind Franzosen 22 Kilometer östlich Tschow (halbwegs zwischen Peking und Paoating) auf angeblich 2500 Mann chinesischer Truppen mit Artillerie getroffen. Die Chinesen sind mit großem Verlust unter Zurücklassung von 5 Fahnen und 4 Geschützen in der Richtung auf Kuan-hien geflohen.

Ebenso am 15. in Hungkinghien (das untern 21. gemeldete Gefecht der Kolonne des Majors v. Daine) handelt es sich vorwiegend um neu gesammelten Rest schon zerstreuter Truppen.

Peking, 26. Dezember. (Meldung der „Agence Havas“.) Die Chinesen griffen eine französische Truppenabteilung in der Umgegend von Tschow (zwischen Peking und Paoating) an. General Richardson schlug sie nach heftigem Kampfe (s. oben) die Stadt und steckte sie in Brand. Die Chinesen verloren etwa 1000 Mann; die Franzosen hatten keine Verluste.

Nach eine Weihnachtsfeier

veranstalteten die Truppen. Ein Telegramm berichtet darüber: Die Streitkräfte der Verbündeten feierten Weihnachten jede nach ihrer Art. Ueber die deutschen Truppen wurde anlässlich der Uebergabe von Fahnen an zwei Regimente eine Parade abgehalten, welche sich zu einer internationalen Festlichkeit gestaltete. Alle Gesandten wohnten mit ihren Stäben und Abordnungen ihrer Truppenteile derselben bei. Es war ein großes militärisches Schauspiel.

Weihnachten, das Geburtsfest des „Friedensfürsten“, durch ein großes militärisches Schauspiel zu begehen, ist jedenfalls ein origineller Einfall! Graf Waldersee veranstaltete außerdem einen Privat-Gottesdienst, und zwar nicht etwa in seinem Adelsbause, sondern im Gebäude des Tjungli-Damens. Razaren, Du hast gefiegt!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus der französischen Kammer.

Paris, 27. Dezember. (B. L. B.) Sembat wirft der Regierung vor, daß sie den Krieg in China führe, ohne die Kammer befragt zu haben. Redner brandmarkt alsdann die Blünderungen und Niedermetzelungen, deren sich die europäischen Truppen in China schuldig gemacht hätten, und klagt die Missionare der Teufel an, die in den Blünderungen an. Lanessan erwidert, die Regierung habe befohlen, eine Untersuchung einzuleiten, um alle Schuldigen streng zu bestrafen; es sei für ihn törrisch, sagen zu können, daß die französischen Soldaten weniger barbarisch vorgegangen seien, als die andren Nationen. Die Regierung habe angeordnet, daß die von General Freny nach Frankreich gesandten Rissen nach China zurückgeschickt und der chinesischen Regierung wieder zugestellt würden. Er hoffe, daß die tadelnswerten Vorgänge sich nicht wiederholen werden. — Sodann nahm die Kammer den Kredit in Höhe von 25 000 000 Fr. an.

Zu weiteren Verläufe der Sitzung genehmigte die Kammer ein provisorisches Budgetzwölftel für Januar.

Vom Kriegsschauplatz in Südafrika.

London, 27. Dezember. (B. L. B.) Lord Ritchener meldet vom heutigen Tag aus Pretoria: Die Boeren griffen in der letzten Nacht Utrecht an; sie wurden jedoch mit einem Verlust von zwei Toten zurückgeschlagen, auf unserer Seite wurde ein Mann verwundet. — Die Boeren brachten auf der östlichen Eisenbahnlinie in der Nähe von Van-Station einen Zug zum Halten; es wurden jedoch Truppen dorthin entsandt und der Feind mit einem Verlust von einem Toten und sieben Verwundeten zurückgeschlagen; wir hatten einen Toten und vier Verwundete. Die Division der Boeren in der Apollonie wurde gestern geschlagen und in der Richtung auf Venterstad zurückgetrieben. Die Westabteilung wird gegenwärtig nach Nord zurückgedrängt.

London, 27. Dezember. (B. L. B.) Der „Evening Standard“ meldet: Einer hier eingegangenen Depesche zufolge wurden die Mannschaften der „Promachus“, die bei der Verfolgung der Boeren auf Prieska zu gefangen genommen waren, wieder freigelassen, nachdem ihnen Pferde, Sättel und die übrige Ausrüstung abgenommen waren. Die Boeren hatten sehr schwere Verluste gehabt, von der „Promachus“ wurden 10, einschließlich eines Obersten, verwundet.

Frankfurt a. M. (B. L. B.) Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus New York meldet, hat die Gienfirma Baid u. Co. in Philadelphia mit 1/2 Millionen Dollar Passiven ihre Zahlungen eingestellt. Die Firma habe ein Etablissement betrieben; die Ursache der Zahlungseinstellung bilde der Rückgang der Rohstoffpreise.

Düsseldorf, 27. Dezember. (B. L. B.) Der Kommerzienrat Ulrich Stelzer aus Alstedt wurde am Sonntag in Hamburg verhaftet. Wie die „Düsseldorfer Neuesten Nachrichten“ mitteilen, hatte Stelzer eine Bürgschaft des Kommerzienrats Jörg im Betrag von 400 000 M. gestellt und sich diese Bürgschaft vom Bürgermeisterrat beglaubigen lassen. Da der Beamte die Beglaubigung vollzog, ohne Erkundigungen eingeholt zu haben, so entsteht die Frage, ob die Stadt für diese Summe haftbar zu machen ist.

Antwerpen, 27. Dezember. (B. L. B.) Eine für heute nachmittag angelegte Versammlung der Reeder, Stauerbase und Vertreter der Ausfuhrigen hat nicht stattgefunden, da die letzteren keine Vertreter entsandt hatten.

Zweite Konferenz der socialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg.

Berlin, den 27. Dezember.

Erster Verhandlungstag. Vormittagssitzung.

Am Gewerkschaftshause trat heute die zweite Konferenz der socialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg zusammen.

Im Namen der Agitationskommission für die Gemeindevorwahlen eröffnete Bruns-Berlin gegen 11 1/2 Uhr die Konferenz mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen in voller Einmütigkeit zum Wohle der Partei verlaufen mögen.

Auf Vorschlag von Sonnenburg-Friedrichshagen werden Singer-Berlin und Buder-Horst zu Vorsitzenden und Mühlh-Sandow zum Schriftführer gewählt.

Nachdem die Geschäftsordnung debattelos genehmigt worden, wird die Tagesordnung, wie folgt, festgesetzt:

- 1. Kommunale Wohnungspolitik. 2. a) Die Reform des preussischen Kommunal-Wahlgesetzes. b) Die Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts in Bezug auf die Hausbesitzer. 3. Die Aufgaben der Gemeinden auf dem Gebiete der Gesundheitspflege. 4. Welche Rechte bietet die Landgemeinde-Ordnung den Gemeindevertretern? 5. Die nächsten Aufgaben der socialdemokratischen Gemeindevertreter in den Landgemeinden. 6. Der Erlaß von Ortsstatuten auf Grund der Gewerbe-Ordnung. 7. Anträge.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Kommunale Wohnungspolitik

referiert Hirsch-Charlottenburg:

Die Wohnungsfrage ist in den letzten Jahren mehr und mehr in den Vordergrund des öffentlichen Interesses getreten; insbesondere haben sich zahlreiche Gemeinden in die Lage verkehrt, Mittel gegen die überhandnehmende Wohnungsnot zu ergreifen. Wenn ich von Wohnungsnot rede, so verstehe ich darunter nicht nur den Mangel an kleinen Wohnungen überhaupt und die damit zusammenhängenden unerbittlichen Mietsteigerungen, sondern auch die Erscheinung, daß viele Arbeiterfamilien in überfüllten oder ungesunden Wohnungen zu hausen gezwungen sind. Der Versuch gewisser Interessenten, die Wohnungsnot einfach abzuleugnen, ist ein Unterfangen, das sich von selbst richtet; wer sich auch nur oberflächlich mit dieser Frage beschäftigt hat, der muß das Vorhandensein einer Wohnungsnot zugeben; der wird aber auch mit mir darin übereinstimmen, daß die Wohnungsnot nicht nur ihren Höhepunkt erreicht hat, sondern allem Anschein nach weitere Fortschritte machen wird. Zweifellos wird auch der Kampf der Hypothekendarlehen die Erlangung billigen Baugeldes erschweren und so zur Vergrößerung der Wohnungsnot beitragen.

Für die Arbeiter macht sich die Wohnungsnot in mehrfacher Hinsicht fühlbar: mangelhaft, indem etwaige Lohnerhöhungen, die sie durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen oder durch eine günstige Konjunktur erlangt haben, reichlich wieder durch Mietsteigerungen weit gemacht werden, gesundheitlich durch die höhere Erkrankungsrate und die höhere Sterblichkeit, die ungesunden Wohnungen im Gefolge haben, fühllich durch das Schlafstellenmangel mit seinen hinlänglich bekannten Gefahren. Es ist daher leicht begreiflich, daß vornehmlich die socialdemokratischen Gemeindevertreter allen Kulaß haben, die Mittel zu erörtern, die die Gemeinden anwenden sollen, um der Arbeiterklasse wenigstens einigermaßen erträgliche Wohnungen zu verschaffen.

Kann die Wohnungsfrage gelöst werden?

Von einer endgültigen Lösung der Wohnungsfrage für die Arbeiter im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung müssen wir von vornherein Abstand nehmen. Erst wenn der Grund und Boden von kapitalistischen Interessen losgelöst und ebenso wie alle übrigen Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in den der Gesamtheit übergeführt ist, mit andern Worten: erst mit der Erreichung des socialdemokratischen Endzieles wird auch die Wohnungsfrage gelöst sein. Heute hat eine Handvoll Besitzender, nach dazu begünstigt durch eine die Interessen der Allgemeinheit mit Füßen tretende Klassengesetzgebung, die Macht, den Grund und Boden auf schamloseste anzuwuchern. Wie sehr die Grundrente in wenigen Jahren gestiegen ist, dafür nur einige Beispiele: Der Wert des gesamten den Kurfürstendamm bildenden Terrains, ohne die darauf befindlichen Gebäude, belief sich vor etwa 60 Jahren auf 50 000 M., heute bereits auf 50 Millionen. Das bedeutet eine Vermehrung um 100 000 Proz. Für das Grundstück, auf dem das Gewerkschaftshaus errichtet ist, wurden im Jahre 1849 7800 Thaler gezahlt, im Jahre 1898 betrug der Verkaufspreis 535 000 Mark. Ohne daß sie einen Finger zu rühren brauchen, fallen den Grundstückspekulanten ungezählte Millionen in die Tasche — ein Zustand, der selbst von Anhängern bürgerlicher Parteien als unhaltbar bezeichnet wird; ich nenne nur die Namen Adolf Wagner, Herker, Wücher. Leider aber bleiben diese Kathedersocialisten und Bodenreformer auf halbem Wege stehen, sie machen den vergeblichen Versuch, die Wohnungsfrage im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu lösen.

Die Wohnungsreform.

Welches sind nun die Maßnahmen, die wir, ohne uns mit dem Programm der socialdemokratischen Partei in Widerspruch zu setzen, auf dem Gebiete der kommunalen Wohnungspolitik ergreifen können? Unter den Mitteln, die den Gemeindevertretungen bereits auf Grund der bestehenden Gesetze zugänglich sind, ist in erster Linie die Erwerbung von möglichst umfangreichem Grundbesitz durch die Gemeinden zu erwähnen. Die Gemeinden können ohne Gefahr einen großen Teil ihres Vermögens in Grund und Boden anlegen, für den sie ja jederzeit Verwendung haben. Eine Gemeinde, die ihre sociale Pflicht erkennt, möchte plannmäßig auf die Heberführung des Grund und Bodens in Gemeindefonds hinarbeiten. Recht zweckentsprechend erscheint hierfür die Anlegung eines besonderen Grundstücksverwerbsfonds, damit die Verwaltung nicht aus Mangel an Mitteln von etwaigen günstigen Angeboten Abstand zu nehmen gezwungen ist. Auf das entschiedenste zu verwerfen ist es, wenn eine Gemeinde Teile des ihr noch gehörigen Grund und Bodens Privatpersonen überläßt, die sie womöglich später zu höheren Preisen wieder zurückkaufen muß, oder wenn sie gar selbst in Grund und Boden spekuliert, wie es von dieser und jener Gemeinde gemeldet wird.

Hand in Hand mit dem Streben, den Grund und Boden in eignen Besitz überzuführen und der Privat speculation zu entziehen, müßte das Streben gehen, den gemeindlichen Grundbesitz durch Straßen- und Verkehrsanlagen aufzufrischen. Man wird auf diese Weise die Decentralisation der Bevölkerung befördern, man wird das dicke Zusammendrängen der Arbeiterklasse in ungesunden Wohnquartieren verhindern und die Schaffung neuer gesunder Wohnbezirke ermöglichen. Daß die neuen Wohnbezirke in direktem baulichem Zusammenhange mit der Stadt stehen müssen, ist keineswegs notwendig, man kann sehr wohl von der Peripherie aus nach dem Innern der Stadt zu bauen. Eine unbedingte Voraussetzung dieser Art der Stadterweiterung ist freilich die Herstellung rascher und billiger kommunalpolitischer Mittel in eigener Regie. Eine richtige kommunalpolitische sieht mit der Uebernahme

der Straßenbahnen im engsten Zusammenhange. Privatgesellschaften werden immer nur solche Linien bauen, deren Rentabilität von vornherein festliegt, sie sehen weniger auf das Verkehrsbedürfnis, als auf die Höhe der Dividenden, während natürlich die Gemeinden unbekümmert um die sofortige Rentabilität lediglich in Erfüllung einer socialen Pflicht auch weniger bevölkerte Bezirke mit dem Centrum der Stadt in Verbindung bringen müßten. Empfehlenswert wäre es ferner, wenn man dem Beispiel der Stadt Bamern folgend, noch durch besondere Fahrpreismäßigung auf den städtischen Straßenbahnen das Wohnen in den Außenbezirken erleichtern würde.

Als das wirksamste Mittel zur Linderung der Wohnungsnot ist die Verwendung von Gemeindefonds zur Errichtung von Wohnhäusern anzusehen. Daß die Wohnungen dieser Häuser allen Anforderungen der Volkswohlfahrt entsprechen müssen, ist selbstverständlich, die Stadt soll ja den Privatunternehmern mit gutem Beispiel vorangehen. Eine ganze Reihe deutscher Städte hat bereits mit dem Bau eigener Wohnungen begonnen, die teils nur an städtische Arbeiter und Angestellte, teils überhaupt an Einwohner der Gemeinde vermietet werden. Die Mieten für diese Wohnungen sind durchweg niedriger als für andere Wohnungen von gleicher Beschaffenheit. Leicht erklärlich, denn die Gemeinden sollen aus dem Wohnungsbau kein Geschäft machen und deshalb bei der Festsetzung der Mietpreise nur die Vergütung und Amortisation des angewendeten Kapitals sowie die aus der Instandhaltung der Gebäude entstehenden Kosten in Anschlag bringen. Es entstehen nun hierbei zwei wichtige Fragen: Wie sollen wir uns verhalten gegenüber dem Streben der Gemeinden, nur für ihre Arbeiter Wohnungen zu errichten, und welche Stellung sollen wir einnehmen zu der Unternehmung von Baugenossenschaften? Was die erste Frage betrifft, so ist nicht zu leugnen, daß durch bezahlte Arbeiterwohnungen die Abhängigkeit der Arbeiter von dem Unternehmer, in diesem Falle also von der Stadt, erheblich vergrößert wird, und es liegt die Gefahr nahe, daß unter Umständen der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter dadurch lahm gelegt, daß sogar ihr Koalitionsrecht beeinträchtigt und ihr freies Wahlrecht illusorisch gemacht werden kann. Wir werden deshalb in gegebenen Fällen in erster Linie für völlige Unabhängigkeit und Freiheit der Arbeiter einzutreten, wir werden dafür zu sorgen haben, daß die Arbeiter durch Kontrakte gegen Uebergriffe des Unternehmers sichergestellt, daß sie vor allen Dingen nicht sofort nach Lösung des Arbeitsverhältnisses auf die Straße geworfen werden können. Kurz, die städtischen Arbeiter dürfen zu der Gemeinde in keinem anderen Verhältnis als in dem jedes beliebigen Mieters zum Vermieter stehen, und es muß dem eignen Ermessen des Arbeiters überlassen bleiben, ob er eine städtische Wohnung beziehen will oder nicht. Nur unter diesen Umständen können wir der Errichtung von Wohnungen für städtische Arbeiter zustimmen.

Sollen nun die Gemeinden selbst bauen oder sollen sie sich hierzu mit Baugenossenschaften in Verbindung setzen? Das einzig richtige Prinzip ist meiner Meinung nach das Bauen in eigener Regie. Der dagegen geltend gemachte Einwand, Gemeinden könnten nicht so billig bauen wie Private, ist hinfällig, die Erfahrung beweist gerade das Gegenteil. Man lese nur das Gutachten der Stadt Freiburg i. B. und die zahlreichen Berichte englischer Stadtverwaltungen. In erster Linie werden wir also streits für die Uebernahme des Wohnungsbaus in eigene Regie einzutreten müssen, und erst wenn wir mit einem solchen Vorschlage nicht durchdringen, können wir allenfalls der Unternehmung von Baugenossenschaften zustimmen — freilich nur unter zwei ganz bestimmten Voraussetzungen. Einmal dürfen die Baugenossenschaften ihre Häuser nicht den einzelnen Genossen als Eigentum überlassen, und zweitens dürfen die Gemeinden das nötige Bauland den Genossenschaften nicht schenken oder verkaufen, sie müssen vielmehr den Genossenschaften gegenüber von dem Erdbaurecht Gebrauch machen. Warnen möchte ich aber vor einer Ueberhäufung der Wirksamkeit der Genossenschaften, da diese höchstens den besser situierten Arbeitern und kleinen Beamten, nicht aber der großen Masse der Bevölkerung geeignete Wohnungen verschaffen können.

Ebenso warne ich davor, den Steuerordnungen, die die Gemeinden erlassen können, eine zu große Bedeutung beizulegen. Würden wir in den gleichen Fehler verfallen, wie die heutigen Bodenreformer, die sich für alle möglichen Arten von Steuern begeistern und darüber ihre ursprünglichen Ziele vergessen, so könnte das für uns verhängnisvoll werden. Wenn ich trotzdem in meiner Resolution die Besteuerung nach dem gemeinen Werte, d. h. nach dem Verkaufswert an stelle des Nutzungswerts vorschlage, so geschieht das hauptsächlich deshalb, weil ich diese Art der Besteuerung für eine der Billigkeit entsprechende und für socialpolitisch richtig halte. Die Grund- und Gebäudesteuer nach dem Nutzungswert bedeutet eine starke Belastung der Häuser mit kleineren und mittleren Wohnungen, aber eine Entlastung für solche Grundstücke, die aus Spekulationsrücksichten ungebaut bleiben und daher keine Erträge abwerfen. Dazu kommt, daß die Besteuerung nach dem gemeinen Werte die Kosten gerechter verteilt würde, indem dadurch die Kosten für Wohnhäuser ermäßigt, hingegen die für Fabriken und sonstige gewerbliche Gebäude erhöht würden. Noch gerechter wäre es, wenn man dem Vorschlage von Adikes folgend, einen progressiv abgestuften Zuschlag zu der Differenz zwischen dem der Grundsteuer zu Grunde gelegten Werte und dem wirklich erzielten Kaufpreis erheben würde. Man würde dadurch den bislang unbesteuert gebliebenen Teil des Werts treffen. Aber, wie gesagt, einen allzu großen Einfluß auf die Wohnungsfrage darf man sich von dieser Art der Steuer nicht versprechen; sehen wir doch, daß in denjenigen Vororten von Berlin, wo die Besteuerung nach dem gemeinen Wert eingeführt ist, die gleiche, zum Teil sogar eine noch größere Wohnungsnot herrscht, als in Berlin, das nur die Besteuerung nach dem Nutzungswert kennt. Die einzige Steuer, die wirklich zur Linderung der Wohnungsnot beitragen kann, ist die Hauptplatzsteuer, auf die ich nachher noch zu sprechen komme.

Die Wohnungsinspektion.

Als weitere Mittel sekundärer Art kommen in Betracht die Aufnahme einer Wohnungsstatistik, die Einrichtung von kommunalen Wohnungsämtern und die Anstellung von Wohnungsinspektoren. Diese drei Maßnahmen stehen mit einander in engem Zusammenhang. Die Statistik, die in regelmäßigen Zwischenräumen und frei von Vorurteilen aufgenommen ist, soll uns zeigen, wo zunächst in den einzelnen Gemeinden der Hebel anzusetzen ist; sie darf sich nicht beschränken auf die Feststellung der Zahl der leerstehenden Räume, sondern sie muß ihr Augenmerk auf alle für die Arbeiterklasse wichtigen Fragen des Wohnungswesens richten, sie muß den gesundheitlichen Zustand der Wohnungen feststellen, sie muß untersuchen, ob die Wohnungen überfüllt sind, sie muß dem Schlafmangel besondere Beachtung schenken. Die Ergebnisse der statistischen Aufnahmen zu verwerten und die nötigen Konsequenzen daraus zu ziehen, ist dann Aufgabe der Wohnungsinspektoren, die natürlich, wenn sie ihren Zweck erreichen sollen, aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung zusammenzusetzen sein müssen. Daß insbesondere auch Arbeiter dieser Aufgabe gewachsen sind, das hat ja die Thätigkeit der Arbeiter-Kommisssion zur Genüge bewiesen. Die Wohnungsinspektoren mit besonderen Befugnissen auszustatten, ist Sache der Landesgesetzgebung; einige Staaten, Baden, Hessen und Hamburg, sind in dieser Hinsicht bereits erfolgreich vorangegangen. Die Wohnungsämter endlich sollten eine Art von Wohnungsnachweis bilden, bei dem die Vermieter alle leerstehenden Wohnungen anmelden und die vermieteten abmelden müßten. In welcher Weise man diese drei Aufgaben: Wohnungsstatistik, Inspektion und Amt verbinden kann, zeigt ein Entwurf, der gegenwärtig den städtischen Behörden von Stuttgart zur Beschlußfassung unterbreitet ist.

Das wären im wesentlichen diejenigen Mittel, die den Gemeinden heute bereits zur Linderung der Wohnungsnot erlaubt sind und die wir als Socialdemokraten beifürworten können. Welches Mittel im einzelnen Fall zur Anwendung kommen soll, hängt natürlich von den örtlichen Verhältnissen ab. Allerdings wollen wir uns nicht verhehlen, daß wir auf absehbare Zeit auch mit diesen gewiß beschiedenen Vorschlägen nicht durchdringen werden, da die Landesgesetzgebung mit ihrer Bevorzugung der bestehenden Klassen die Rechte der Arbeiterklasse in den Gemeinden erheblich geschmälert hat. Einer wirklich erfolgreichen kommunalen Wohnungspolitik muß eine Aenderung der Landesgesetzgebung in wichtigen Punkten vorangehen.

Die Hilfe der Gesetzgebung zur Wohnungsreform.

Vor allen Dingen gilt es Sturm zu laufen gegen das plutokratische Dreiklassen-Wahlsystem, das den bestehenden einen oft mehr als hundertmal so großen Einfluß auf die Zusammensetzung der Gemeindevertretungen einräumt als den Arbeitern und das noch dazu den Hausagariern in fast ganz Deutschland die Mehrheit in den Gemeindevertretungen garantiert. Wir fordern ja bereits in unserem Programm den Ersatz dieses Wahlsystems durch das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht. Wenn ich diese Forderung noch einmal ausdrücklich in meine Resolution aufnehmen, so thue ich das nicht etwa, weil ich glaube, daß auch nur ein einziger Socialdemokrat noch nicht von der hohen Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts durchdrungen ist, sondern weil ich der Ansicht bin, daß wir die Pflicht haben, von dieser Stelle aus einmütig zu protestieren gegen die maßlosen Verschönerungen unserer parteigenösslichen Gemeindevertreter durch den Minister des Innern im preussischen Abgeordnetenausschuß, zu protestieren gegen jenes Erkenntnis des Ober-Verwaltungsgerichts in der Frage des Hausbesitzes, zu protestieren gegen die schamhafte Haltung des Berliner Kommunalreformers, der seinem eignen Interesse und dem Geldsack zu Liebe, ohne zu erröten, das höchste Recht des Volkes preisgibt.

Es ist ferner notwendig, daß auf dem Wege der Landesgesetzgebung das den Gemeinden zustehende Enteignungsrecht erweitert wird, indem den Gemeinden die Enteignung des notwendigen Bodens für die von ihnen zu errichtenden Wohnhäuser gestattet wird. Von dieser Absicht war bekanntlich die lex Adikes getragen, die in der Session 1892/93 den Landtag beschäftigte, aber nicht Gesetz geworden ist. Zum wenigsten sollte man doch von einem Kulturhaat verlangen dürfen, daß er die Gemeinden zur Erfüllung einer so wichtigen Kulturaufgabe, wie es die Herstellung gesunder Wohnungen ist, mit denselben Rechten ausstattet, deren sich die Militärbehörde erfreut, die unter bestimmten Voraussetzungen die Enteignung von Grundstücken oder Grundstücksstellen verlangen kann.

Der Erlaß von Bauordnungen.

Die nächste Forderung in meiner Resolution, völlige Selbstverwaltung der Gemeinden, hängt mit der kommunalen Wohnungspolitik insofern zusammen, als ich den Gemeindebehörden das Recht des Erlasses von Bauordnungen gewährt wissen will, die der Genehmigung einer anderen Behörde nicht weiter bedürfen. Von wem solche Bauordnungen ausgehen, ob vom Staat oder von der Gemeinde, ist ja im Grunde genommen ziemlich gleichgültig, die Hauptsache ist, daß sie von einem richtigen socialen Geiste diktiert sind. Vor allem sollte man endlich einmal ernsthaft daran gehen, durch vernünftige Bauordnungen dem Mietwucher zu rücken. Man wende nicht etwa ein, daß der hohe Preis von Grund und Boden in den großen Städten eine möglichst große Ausnutzung desselben erforderlich mache. Wer das sagt, der verwechselt Ursache und Wirkung; nicht der teure Grund und Boden hat das Mietwucherentum erzeugt, sondern umgekehrt: die durch solche Bauordnungen ermöglichte Ausnutzung des Grund und Bodens hat die Preise in die Höhe getrieben. Die Richtigkeit dieser Anschauung wird u. a. durch die Thatfache erwiesen, daß im Jahre 1892 an dem Tage, wo die Kettower Bauordnung erlassen wurde, die Aktien zahlreicher Terraingesellschaften an der Berliner Börse bedeutend zurückgingen, die Kurfürstendamm z. B. um 16, die Friedenauer sogar um 37 Proz. Der Mietwucherer muß auf der ganzen Linie der Krieg erklärt werden. Schaden davon haben nicht die Wohnungsmieter, sondern einzig und allein die Terrainspekulanten, mit denen wir wachseln kein Mittel zu haben brauchen. Gewiß bedeutet jede einschneidende Bau-Ordnung einen Eingriff in das freie Verfügungsrecht des Eigentümers, aber einen Eingriff, der gerechtfertigt ist, weil die Allgemeinheit davon Vorteil hat. Lebt doch z. B. die Statistik, daß die Sterblichkeit der Bevölkerung steigt mit der Zahl der Bewohner, die auf ein Haus kommen!

Die Hauptplatzsteuer.

Von großer Bedeutung ist die Einführung einer Hauptplatzsteuer, die den Gemeinden durch das Kommunalabgabengesetz gewährt werden sollte, aber durch den Postlaut, den der § 27 des Gesetzes erhalten hat und durch eine gegen die Stadt Berlin ergangene Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts auf große Schwierigkeiten stößt. Eine Aenderung des Gesetzes ist unbedingt notwendig, damit die Gemeinden ein Mittel haben, gewissenlosen Spekulantenteuern einen nachdrücklichen Dankschreiben zu versagen. Mit einer Linderung der öffentlichen Meinung und des öffentlichen Bewusstseins, wie sie kürzlich Adolf Wagner auf dem Bodenreformertag anregte, ist es hier nicht gethan, die Bodenpekulanten werden sich nicht viel daraus machen, ob ihr Geschäftsgebahren als anständig gilt oder nicht, eine Schmälerung ihres Profits aber werden sie auf das schmerzhafteste empfinden.

Damit will ich meine Ausführungen schließen. Ich schmeichle mir nicht, Ihnen etwas Neues geboten zu haben. Das war auch nicht meine Absicht. Was ich erziele, war einzig und allein die Aufstellung und Erläuterung eines kommunalen Wohnungsprogramms, auf Grund dessen die socialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg mit Aussicht auf Erfolg den Kampf gegen die schlimmsten Auswüchse des Wohnungswesens aufnehmen können. Das weitere Ziel, die Lösung der Wohnungsfrage, werden wir erst dann erreichen, wenn es uns gelingen sein wird, die sociale Frage zu lösen. Wenn überall der Gedanke der socialen Demokratie zum Siege gelangt sein wird, dann wird auch die Not, der Jammer und all das Elend des heutigen Wohnungswesens zu den unbekanntesten Dingen gehören. (Bravo!)

Redner beantragt folgende

Resolution:

- Die kapitalistische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft schafft auf dem Gebiete des Wohnungswesens Zustände, die für die dritteln Volksmassen die schwersten Schädigungen in gesundheitlicher, sittlicher und materieller Hinsicht herbeiführen. Um eine durchgreifende Aenderung dieser Verhältnisse zu bewirken, bedarf es der Vergeßlichkeit aller Produktionsmittel, insbesondere der Loslösung des Grund und Bodens von kapitalistischen Interessen, da diese einzig und allein auf Auswucherung des Grund und Bodens und mögliche Steigerung der Grundrente hinstreben. Innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist eine Lösung der Wohnungsfrage für die Arbeiterklasse nicht möglich. Zur Bekämpfung der auf dem Gebiete des Wohnungswesens herrschenden, die Volksgesundheit untergrabenden, die Sittlichkeit gefährdenden Zustände fordern wir von den Gemeinden: 1. Erwerbung von möglichst umfangreichem Grundbesitz. 2. Auffrischung des gemeindlichen Grundbesitzes durch Straßen- und Verkehrsanlagen. 3. Verwendung von Gemeindefonds zur Errichtung von Häusern mit allen Forderungen der Volkswohlfahrt für entsprechende Wohnungen, welche der Bevölkerung — insbesondere der Arbeiterklasse — zu Mietpreisen zur Verfügung zu stellen sind, bei denen nur die Vergütung und Amortisation

des aufgewendeten Kapitals, sowie die aus der Instandhaltung der Gebäude entstehenden Kosten in Ansatz gebracht werden.

6. Vermessung der Grundsteuer, statt nach dem Nutzungswert, nach dem gemeinen Wert unter gleichzeitiger Erhebung eines progressiv abgestuften Zuschlags zu der Differenz zwischen dem der Grundsteuer zu Grunde gelegten Werte und dem wirklich erzielten Kaufpreis des Grundstücks.
7. Aufnahme einer Wohnungsstatistik in regelmäßigen Zwischenräumen.
8. Einrichtung von kommunalen Wohnungsbüro.
9. Anstellung von kommunalen Wohnungsinpektoren.

Um den Gemeindevorkretoren die Durchführung dieser Vorschläge zu erleichtern, fordern wir auf dem Wege der Landesgesetzgebung:

1. Erlass des Dreiklassen-Wahlrechts für die Kommunalwahlen durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht.
2. Erweiterung des Zwangsenteignungsrechts der Gemeinden.
3. Bessere Selbstverwaltung der Gemeinden.
4. Aenderung des § 27 des Kommunalabgabengesetzes in der Richtung, daß den Gemeinden die Einführung einer wirksamen, die Spekulation in unbebautem Grund und Boden verhindernden Bauplagsteuer ermöglicht wird.

Die Diskussion über die Wohnungsfrage.

Helmann-Berlin: Ich bin in der angenehmen Lage, mich mit dem Referenten in allen Punkten einverstanden erklären zu können und bitte Sie, der Resolution ohne Aenderung ihre Zustimmung zu erteilen. Das Vermieten von Wohnungen ist heutzutage ein Geschäft wie jedes andre. Der Hausbesitzer will nicht nur eine möglichst hohe Rente herauswirtschaften, er will es auch gut verkaufen, und der neue Besitzer muß, da er die Rente sich unter keinen Umständen schmälern lassen will, die Mietschraube schon um eine Drehung anziehen. Diese Entwicklung im Verein mit dem Treiben der Kommunalverwaltungen, welche es vielfach begünstigt haben, daß der Grund und Boden rund um die Städte in Privatbesitz übergegangen ist, hat die jetzigen Zustände herbeigeführt. Auch in bürgerlichen Kreisen kommt man ja jetzt schon auf Mittel zur Abhilfe. Um so vorzüglicher und sorgfältiger müssen wir alle Konsequenzen prüfen, ehe wir solchen von bürgerlicher Seite vorgeschlagenen Mitteln unsere Zustimmung geben, die wohl ausnahmslos auf eine mehr oder weniger verschleierte Armenpflege hinauslaufen oder darauf, den Privatunternehmern billigen Kredit zu geben, ohne daß die Staaten davon Vorteil haben. Für das, was an der Wohnungsfrage herumgedokkelt wird, ist die Vorlage des Berliner Magistrats über die Friedrich-Stiftung ein Beispiel. Wäre die Sache nicht so furchtbar ernst, so könnte man die Vorlage für einen Witz, nicht mal für einen gelungenen Witz halten. (Sehr richtig!) Für eine Stadt von beinahe 2 Millionen Einwohnern soll zur Vinderung der Wohnungsnot eine wohltätige Stiftung errichtet und mit einer Million ausgestattet werden. (Murmur.) Vor dem Vorschlag des Magistrats, nämlich ein paar Häuser mit gefunden Wohnungen zu bauen, sprechen die Stadtverordneten zurück, sie betrachten das als einen Eingriff in die Rechte der privaten Bauunternehmer. Wenn das am grünen Holz der Reichshauptstadt geschieht, was kann man da erst von kleinen Gemeinden erwarten, und vor wie schwierigen Aufgaben sind da unsere Vertreter gestellt! In der Höhe der Mieten, die mit dem Einkommen nicht in Einklang zu bringen sind, liegt der Kern der ganzen Wohnungsfrage. Jetzt nähern wir uns bereits dem Zustande, wo überhaupt keine Wohnungen mehr vorhanden sind. Hierzu kommt der Krach auf dem Pfandbriefmarkt, der den Besitzenden die Lust nimmt, ihr überschüssiges Geld in Hypothekendarlehen anzulegen. Das muß lähmend und hemmend auf die private Bauhätigkeit wirken. (Sehr richtig!), die schon jetzt in ungenügender Weise für den Bau von Häusern mit kleinen Wohnungen sorgt. Es steht zu befürchten, daß nun diese Bauhätigkeit ganz ins Stocken gerät. Die Folge für die Arbeiter, die hier wie überall die Zehne zu zahlen haben, wird gänzlichlich sein. Sie wollen den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen. Wir müssen bei allen Vorschlägen prüfen, ob sie in der Richtung unseres Endziels liegen. Diejenige Grundlag entsprechen die positiven Forderungen der Resolution, um deren Annahme ich bitte. (Beifall.)

Singer teilt mit, daß 77 Vertreter anwesend sind, ein bedeutender Fortschritt gegenüber der Konferenz von vor zwei Jahren, an der 52 Delegierte teilnahmen. Als Gäste sind anwesend: O. Vogt, Magdeburg; W. Haupt, Magdeburg; A. Bartel, Bernigrode; W. Frenzel und A. Vogt, Leipzig.

Frenzel-Leipzig kommt auf eine Äußerung des Referenten über Grundstückspekulation der Leipziger Stadtverwaltung zurück. Er behauptet, daß die Spekulation der Stadt Leipzig unter den gegenwärtigen Verhältnissen notwendig sei und geradezu regulierend auf die private Spekulation wirke. Den bürgerlichen Hausbesitzern, welche sich jeder Verbesserung entgegensetzen, muß man entgegen treten. Wenn die Stadt sich nicht dazu verstehen kann, selbst Wohnungen zu bauen, so soll man wenigstens gemeinnützige Baugenossenschaften unterstützen, allerdings unter Bedingungen, die den Bücher ausschließen. Gegen solche Bedingungen sind die bürgerlichen Vertreter stets aufgetreten. Vor dem Wohnen in Häusern solcher Baugenossenschaften aus Furcht vor Kontrolle ihrer politischen Überzeugungen brauchen sich die Arbeiter um so weniger zu fürchten, je stärker ihr Einfluß in der Gemeindeverwaltung ist.

Was die Wohnsteuer betrifft, so bemerke ich, daß jede Steuer der Mieter zu tragen hat; dafür kann ich mich daher nicht erwärmen. Ich stimme aber der Resolution zu; denn man soll alles nehmen, was man bekommen kann.

Stadthagen-Berlin: Ich will nicht detailliert auf die einzelnen Punkte des Referats eingehen. Wenn wir positive Forderungen stellen, welche in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bereits verwirklicht werden können, so bitte ich, gerade aus diesem Gesichtspunkt heraus in die Resolution zu setzen statt: Landesgesetzgebung das umfassendere Wort Gesetzgebung. Der Referent hat in seiner lichtvollen Weise dargelegt, wie im Landtag das Gemeinwohl gegenüber privaten Interessen immer mehr und mehr zurückgestellt worden ist. Nun siehe ich auf dem Standpunkt, doch nicht von vornherein eine Forderung zu stellen, die nicht durchführbar ist. Ich will die Frage der Landtagswahlen nicht aufrollen; aber das ist sicher: der Landtag wird nicht eine unserer Forderungen zur Durchführung bringen. (Worgermann ruft: Darum müssen wir hinein!) Ich bitte auch Sie, lieber Vorgänger, die Frage der Landtagswahlen nicht hineinzutragen. Glauben Sie übrigens, wenn Sie im Landtag sitzen, daß derselbe sofort unsere Forderungen zustimmt? Ich bin der Ansicht, viel eher werden wir im Reichstag selbst die Forderung des allgemeinen Wahlrechts durchsetzen als im Landtag. Wenn es selbst im Abgeordnetenhaus gelänge, würde es am Herrenhaus scheitern.

Für durchaus erforderlich halte ich dann, daß wir verlangen den Erlass eines Reichs-Wohnungsgesetzes.

Wir müssen hier einen einheitlichen Weg und ein einheitliches Ziel für das Deutsche Reich haben. Das Wohnungsproblem auf dem platten Lande ist noch viel schlimmer als in den großen Städten. Glaubt auch nur einer hier im Saale, daß der Landtag eine Aenderung dieser Zustände auf dem Lande herbeiführen wird? Im Reichstag dagegen ist das möglich. Die Forderung, daß hinreichende und gesunde Wohnungen vorhanden sind, kann nur auf dem Wege des Reichs-Wohnungsgesetzes erzielt werden. R. W. ist die Frage zu behandeln, hat der Einzelne ein Recht auf Wohnung. In einer kleinen Stadt Hannovers beispielsweise hat jemand, weil er Sozialdemokrat war, keine Wohnung finden können. Auch die Forderung des Reichs auf Wohnung ist reichsgesetzlich jedenfalls eher durchzuführen, als durch die Landesgesetzgebung. Die

Endämmung des Eigentumsrechts auf die Oberfläche, die Haut der Erde, sowie auch auf die Eingeweide der Erde, z. B. die Bergwerke, kann nur der Reichstag vornehmen. (Bravo!)

Burm-Berlin: Mit den prinzipiellen Anschauungen des Referenten sind wir ja alle einverstanden. In Bezug auf unsere praktische Betätigung bin ich aber abweichender Meinung gegenüber dem Bau von Wohnungen für städtische Arbeiter und der Unterstützung von Baugenossenschaften durch die Kommune. Wenn die Stadt für ihre Arbeiter Wohnungen errichtet, so sehe ich darin keine Gefahr für das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter. Derselben Beeinflussung, die ihnen durch städtische Wohnungen droht, sind sie schon jetzt durch Vorarbeiter, durch Kollegen, die sie beipfehlen usw., ausgesetzt. (Sehr richtig!) Der städtische Arbeiter hat, wenn auch ohne lebenslänglichen Kontrakt, doch zumeist eine dauernde Stellung und kann sein Domizil fester wählen als der Industrie-Arbeiter. Wenn im Kontrakt der Stadt mit den Arbeitern ausdrücklich gesagt wird, und es muß gesagt werden, daß der städtische Arbeiter als Mieter keinerlei Einschränkung in politischer und sozialer Hinsicht unterliegt, dann liegt kein Grund vor, weshalb wir nicht für den Bau städtischer Wohnungen für städtische Arbeiter eintreten sollen. (Widerspruch.) Auch die städtischen Beamten führen zum großen Teil eine Proletariatsexistenz und verdienen unsere Unterstützung auch durch die Beschaffung städtischer Wohnungen für sie. Die Gefahr der Beeinflussung der städtischen Arbeiter darf nicht zu hoch veranschlagt werden. Das Selbstbewußtsein der Arbeiter ist so gefestigt, daß auch die städtischen Arbeiter Mißrat bekommen haben. Wo es nicht da ist, da herrscht auch ohne städtische Wohnungen Liebedienerei und Kriecherei. Dann aber hat die Kommune ein eigenes Interesse daran, Wohnungen für städtische Arbeiter zu bauen. Sie kann Ersparungen dadurch machen, daß sie nicht den Lohn ihrer Arbeiter den Mietssteigerungen entsprechend zu erhöhen braucht, wenn sie selbst für Wohnungen für diese sorgt. Und da diese Lohnzulagen nur dem Hauswucher in die Hände fallen würden, können wir gegen solche Sparsamkeit nichts haben. Gleichzeitig wird durch den Bau kommunaler Wohnhäuser für städtische Arbeiter ein Beweis für die Prognis geliefert. Selbst von wohlmeinenden Gegnern hören wir ja häufig den Vorwurf, daß unsere Vorschläge in der Praxis nicht stand hielten. Der Bau städtischer Wohnhäuser für städtische Arbeiter und Beamte ist ein Schritt auf dem Wege zu unserem Ziel, Grund und Boden der Privatbespekulation zu entziehen. Die Voraussetzung dabei bleibt allerdings, daß der städtische Arbeiter dadurch keine politische Beschränkung erleidet. (Jurist: Wo ist die Garantie?) Kriecher und Streber giebt es auch unter den Industriearbeitern. Gegen Charakterlosigkeit und Schwäche giebt es überhaupt keine Garantie. Doch die städtischen Arbeiter Berlins sind gegen städtische Arbeiterwohnungen erklärt haben, stimmt, aber sie haben es doch nur deshalb getan, weil sie selbst eine Baugenossenschaft zu bilden beabsichtigen. Die Baugenossenschaften sind nicht nur eine berechtigte, sondern auch eine notwendige Hilfe für die Arbeiter. Wir haben deshalb auch für die städtische Unterstützung von Baugenossenschaften einzutreten umschädelt unsere weitergehenden Forderungen. Wo wir, wie in Berlin, eine geschlossene Mehrheit gegen uns haben, müssen wir auch das fördern, was an unsere Forderungen nur herankommt. Natürlich dürfen die Baugenossenschaften durchaus nicht dahin wirken, daß der einzelne Baugenossenschaftler selber Bodenspekulant wird dadurch, daß das Haus in sein Eigentum übergeht. Aber diese Bestimmung findet sich nicht in allen Statuten der Baugenossenschaften. Als Bedingung für unsere Zustimmung müssen wir fordern, daß der einzelne Baugenossenschaftler nicht Besitzer werden oder daß der Baugenossenschaft wenigstens das Rückkaufsrecht bleibt. Solche Bestimmungen finden sich im Statut von Baugenossenschaften im Hannoverischen. Baugenossenschaften, die Wohnpaläste errichten, verdienen natürlich keine Förderung, wohl aber Baugenossenschaften für den Bau von Arbeiterwohnungen. Der immer noch zu viel in unseren Reihen vorhandene Widerstand gegen Baugenossenschaften ist unberechtigt. Hier sollen wir dafür eintreten, daß die Stadt solche Baugenossenschaften durch Gewährung von Grund und Boden, durch Einräumung von Kredit, durch günstige Bedingungen unterstützt. Damit wird praktisch etwas erreicht, das auf dem Wege zu unserem Ziele liegt. (Zustimmung und Widerspruch.)

Rapp-Steigly beantragt, in der Resolution unter 2 das Wort „gemeindlichen“ zu streichen. Der Gemeindegroßbesitz in der Provinz sei nicht so groß, daß seine Aufhebung besonders verlangt werden müsse. Wohl aber sei es erforderlich zur Vinderung der Wohnungsnot, daß neue Bauereains durch Herstellung gepflasterter Straßen durch die Gemeinde rasch aufgeschlossen und die Kosten von Adjazenten nachher eingezogen würden.

Reyer-A. Rixdorf: In Rixdorf steht es besonders äbel, und es fällt uns schwer, etwas Positives zu erreichen. Bauband ist für eine viermal so große Bevölkerung vorhanden, aber das Land ist in den Händen von Spekulanten. Redner tritt lebhaft für eine Bauplagsteuer ein, kann sich aber für kommunale Wohnhäuser für städtische Arbeiter nicht erwärmen. Wir treten für die Allgemeinheit und nicht für eine besondere Gruppe ein. (Zustimmung.)

Singer: Ich habe mich sehr gefreut, daß der Referent für die Mittel, die er zur Vinderung der Wohnungsnot empfiehlt, die Tätigkeit der Gemeinden so eng begrenzt hat. Ich bin mit ihm der Meinung, daß nichts für uns als Sozialdemokraten gefährlicher sein könnte, als wenn wir uns irgendwelchen Illusionen darüber hingeben würden, daß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die durch die Klassengegnerung zur Macht gelangte Majorität innerhalb der Gemeinde irgend einen Schritt zur Vinderung der Wohnungsnot thut. (Sehr richtig!) Nur, wenn wir uns stets vor Augen halten, daß wir in einer Gesellschaft leben, in der im günstigsten Falle nur ganz kleine Palliativmittel errungen werden können, nur dann haben wir eine Richtschnur für unser Verhalten in den Gemeindevertretungen. Die Anträge Stadthagen sehe ich als eine Verbesserung an, weil ich mit ihm der Ansicht bin, daß wir, je mehr wir uns daran gewöhnen, die Kommunen und die Einzelantlage aus der Gesetzgebung auszuschalten, desto eher darauf rechnen können, wenigstens einigermaßen Vernünftiges zu schaffen. Darüber wollen wir uns doch nicht täuschen; wenn wir heute die Möglichkeit hätten, alle Einzelstaaten in Deutschland zu beseitigen, wir würden es nicht mehr als gern thun. (Sehr richtig!)

Ich habe mich zum Wort gemeldet, um mit aller Energie gegen die Auffassung von Burm Protest zu erheben. Wir können dem Referenten für die vorstichtige Vorgehensweise unter Auffassung nur dankbar sein. Wie notwendig diese Vorsicht war, das haben die Ausführungen von Burm bewiesen. Als ich hörte, daß Burm in dem Bau von Häusern durch die Gemeinden ein Mittel sieht, um den städtischen Arbeitern eine höhere Löhne zu zahlen, da dachte ich, jetzt wird er wohl die Einrichtung von Konsumvereinen durch die Gemeinden empfehlen (Heiterkeit), denn in dem Großenkauf von Waren, die nachher den Gemeinde-Arbeitern zum Selbstkostenpreis abgegeben werden, liegt ja auch eine Ersparnis für die Arbeiter, und es wäre nur logisch, wenn man sagt, ihr sollt Großenkauf-Baugenossenschaften bilden, damit ihr euren Arbeitern nicht so hohe Löhne zu zahlen braucht. Aber Burm hat überhaupt unrecht. Ich hätte es für unmöglich gehalten, daß jemand eine solche Auffassung hat. Wir kämpfen seit dreißig Jahren für die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiter, wir erklären im Reichstage zu tugenden von Malen die ganzen Wohlfahrts-Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft für Schwindel, und hier sollen wir auf einmal den Standpunkt einnehmen, daß die Freiheit der Arbeiter durch städtische Wohnungen nicht beeinträchtigt wird. Nein, das kann Burm nicht glauben. Ich kann nur annehmen, daß ihm eine Ungleichung passiert ist, die er nachher selbst zurücknehmen wird. Wir dürfen nicht die Arbeiter an die Scholle fesseln, ihre Abhängigkeit erhöhen und sie zu willenlosen Objekten in der Hand des Unternehmers machen, ganz gleich, ob die Städte oder Private die Unternehmer sind. Wir können zu der Frage der Arbeiterwohnungen nur so stehen, daß wir alle Kräfte für die Freiheit des einzelnen Arbeiters schaffen, aber solche Wohnungen zu fordern ist nicht unsere Aufgabe. Prinzipiell haben wir zu verlangen, daß die Stadt selbst auf städtischem Terrain

für die minder begüterten Klassen Wohnungen baut. Die Wohnungen sind eben zu Gunsten aller da, und wir haben bei aller Sorgfalt, die wir den städtischen Arbeitern widmen, ihnen keine Extrawurst zu braten. Wir thun für die städtischen Arbeiter, was wir thun können, um ihnen vernünftige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen, in den großen allgemeinen Fragen aber marschieren sie Schulter an Schulter mit der Gesamtheit.

Auch in Bezug auf die Baugenossenschaften verfallt Burm in denselben Fehler. Ich kenne eine Reihe von Baugenossenschaften, und ich habe mich bemüht, zu erfahren, wie die Baugenossenschaftler sich in solchen Häusern verhalten. Erst heute hat mir ein Parteigenosse, der aus einer Industriegegend kommt, erklärt, die Leute sind, wenn sie erst mal in ihren Häusern sind, für keine Lohnbewegung mehr zu haben (Sehr richtig!), sie scheiden aus dem großen Kampf, den das Proletariat führt. Das ist ja auch menschlich begreiflich, die Sicherheit stumpft ab, und bei dem Streben der bürgerlichen Gesellschaft, die Arbeiter mehr und mehr für ihre Zwecke auszubenten, sind sowohl die Wohnungen für städtische Arbeiter als die Baugenossenschaftswohnungen ein Mittel, welches wir über uns ergehen lassen müssen, weil wir uns nicht wehren können, das wir aber keine Ursache haben zu fördern. Wir wollen, daß Wohnungen von der Gemeinde für alle gebaut werden; das ist sozialdemokratisch, alles andre ist von Uebel. (Beifall.)

Stadthagen-Spandau verzichtet nach den Ausführungen Singers aufs Wort.

Stadthagen-Berlin: Ich hätte nicht gedacht, daß meine Ausführungen bei dem Genossen ein solches Mißverständnis hervorgerufen hätten. Ich habe es als selbstverständlich betrachtet, daß von der Gesamtheit für die Gesamtheit Wohnungen zu bauen sind; ich habe betont, daß wir in der prinzipiellen Frage einig sind, und nur in einer praktischen Frage habe ich einer abweichenden Meinung Ausdruck gegeben. Ich bin für den Bau von Wohnungen für städtische Arbeiter eingetreten, weil dies Mittel auf unserm Wege liegt, nicht aber, weil ich für die städtischen Arbeiter gegenüber anderen Arbeitern eine besondere Fürsorge verlange. Singer hat sich selbst widersprochen, indem er sagte, wenn man dem Arbeiter eine sichere Wohnung schafft, so stumpft er ab. Ich will annehmen, daß er das nur in der Hitze des Gefechts gesagt hat. Also dadurch, daß der Arbeiter eine sichere Wohnung hat, ist er für den Klassenkampf verloren. Dafür müßte man doch erst den praktischen Beweis liefern. Ich kenne Verhältnisse aus dem Hannoverischen, wo die Arbeiter, die in Wohnungen von Baugenossenschaften wohnen, für den Klassenkampf nicht verloren sind. Weiter habe ich ausdrücklich betont, daß wir bei der Frage der Unterstützung von Baugenossenschaften mit städtischen Mitteln dafür sorgen müssen, daß keine Privatepekulation geschaffen wird. Ich weise ferner noch darauf hin, daß ja auch die mächtigen Arbeiter-Konsumvereine kein Hemmschuh, wie von gewissen Leuten vor zehn Jahren noch sehr gefürchtet wurde, sondern eine Förderung für unsere Bewegung geworden sind. Allgemeine Wohlfahrts-Einrichtungen habe ich nicht empfohlen. Ist die bürgerliche Gesellschaft noch so rückständig, daß sie durch keine Chikanierungen die große Flut unserer Bewegung aufhalten zu können meint, so können wir natürlich nicht ja und Amen dazu sagen. Aber haben wir doch nicht solche Angst! Man hat Angst gehabt vor den Konsumvereinen, und doch ist der Klassenkampf weiter gegangen, und deshalb sage ich: Fürchten wir uns auch jetzt nicht vor dem Schritt, den ich empfohlen habe. Ich bin überzeugt, in wenigen Jahren wird die Mehrheit der Parteigenossen auf meiner Seite stehen. (Beifall.)

Damit schließt die Diskussion.

Schlusswort des Referenten.

In seinem Schlusswort hebt der Referent Girsch hervor, daß Burm seinen Standpunkt nicht richtig aufgefaßt habe. Im Prinzip sind wir für die Errichtung von Wohnungen für alle Gemeinde-Angehörigen durch die Gemeinde. Wenn die Kommunen sich weigern, hierauf einzugehen und neue Wohnhäuser für städtische Arbeiter errichten wollen, so haben wir für die völlige politische und soziale Unabhängigkeit der städtischen Arbeiter einzutreten. Ob wir schließlich für oder gegen die Errichtung stimmen, hängt von den örtlichen Verhältnissen ab. Wenn Burm sagt, die städtischen Arbeiter von Berlin seien nur deshalb gegen städtische Wohnungen, weil sie selbst eine Baugenossenschaft bilden wollen, so verwechselt er Ursache und Wirkung. Weil sie für ihre Unabhängigkeit fürchten, wollen sie lieber eine Baugenossenschaft bilden. Die Unterstützung von Baugenossenschaften habe ich nicht als Prinzipienfrage behandelt. Hier muß der einzelne Fall geprüft werden. Den Antrag Rapp bitte ich anzunehmen: hier handelt es sich um ein Versehen in der Resolution. Dem Amendement Stadthagen stimme ich zu, ohne mit meine Begründung zu eigen zu machen.

Hierauf wird die Resolution Girsch mit dem Amendement Stadthagen unter Streichung des Wortes: „gemeindlichen“ einstimmig angenommen.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung, 2 Uhr.

Zur Verhandlung kommt Punkt 2 der Tagesordnung:

Die Reform des preussischen Kommunal-Wahlgesetzes. Die Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts in Bezug auf die Hausbesitzer.

Referent ist Stadt. Pfannkuch:

Daß ich die Ehre habe, vor Ihnen zu referieren, verdanke ich der übergroßen Gütlichkeit des Genossen Stadthagen. Seine Liebesswürdigkeit hält mit seiner Gütlichkeit gleichen Schritt. (Heiterkeit.) Er hat in einem Artikel des „Vorwärts“ vom 25. d. M. alles über die Reform des Wahlrechts gesagt, was darüber zu sagen ist. Wenn ich mir die Sache ganz leicht machen wollte, würde ich Sie einfach auffordern, den Artikel, soweit Sie ihn nicht schon aus Pflichtgefühl gelesen haben, zu studieren.

Wir beteiligen uns an den Wahlen zu den Kommunalvertretungen um desswillen, weil uns dies Geiz die Möglichkeit schafft, die dritte Wählerklasse zu erobern. Aus dem Streben, daß die Sozialdemokratie die dritte Wählerklasse zu erobern sucht, ist die Aenderung des Gesetzes entsprungen. Die Drittelung hat zu einer Entwässerung der beiden ersten, zu einer Zunahme der dritten Wählerklasse geführt. Die Reform wollte den beiden ersten Klassen mehr Wähler zuführen und zugleich die „Demokratisierung“ verhindern, um nicht die dritte Klasse der Sozialdemokratie auszuliefern. Dies Ziel wollte man dadurch erreichen, daß diejenigen, die nicht zur Staatssteuer herangezogen werden, als mit 3 M. veranlagt der dritten Klasse zugerechnet wurden; gleichzeitig wollte man aber verhindern, daß solche Wähler in eine höhere Klasse aufsteigen. Deshalb führte man das Durchschnittsprinzip ein. In einer Reihe von Kommunen, namentlich in Großstädten und Industriezentren zahlten nun aber viele Wähler der dritten Klasse weit mehr Steuern als der Durchschnitt der Gesamt-Steuersumme beträgt. Daher schuf man die Möglichkeit, daß Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern statt der Drittelung einen anderen Modus wählen können, nämlich entweder können sie bestimmen, daß nur solche Wähler in eine höhere Klasse einrücken, die das 1/3fache des Durchschnitts zahlen oder aber sie können die Drittelung einführen. In beiden Maßnahmen ist ein Ortstatut mit 2/3 Mehrheit notwendig, das aber nur in zehnjährigen Zwischenräumen geändert werden kann. Selbstverständlich sind wir nicht in der Lage, im Augenblick etwas an dem gegebenen Zustand zu ändern, und ich sehe mich auch nicht veranlagt, Ihnen Vorschläge zur besseren Ausnutzung des Gesetzes zu unterbreiten. Wir werden auch in Zukunft unsere Kraft einsetzen, um größeren Einfluß in den Kommunen zu gewinnen.

Das Urteil des Ober-Landesgerichts.

Man hat noch auf andre Weise versucht, dem Eindringen der Sozialdemokraten in die Gemeindevertretungen Einhalt zu thun. Nach der Städte-Ordnung muß die Hälfte der Vertreter jeder Klasse Hausbesitzer sein. Selbstverständlich sind die Sozialdemokraten Dabe-nicht, sie besitzen kein Haus im Sinne der Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts. In Rixdorf hat man einen Zustand, der seit

Erlaß der Städte-Ordnung gung und gäbe war, beseitigt. Ich gebe zu, uns sind dadurch Verlegenheiten bereitet, aber die Socialdemokratie ist mindestens so fähig wie preussische Minister und wie Richter des Ober-Verwaltungsgerichts (Sehr gut!) und ich bin überzeugt, wir finden uns auch mit dem neuen Zustande ab. Wir werden die nötige Anzahl von Hausbesitzern bekommen, die wir brauchen; wir werden es fertig bringen, dem Entscheid des Ober-Verwaltungsgerichts ein Schnitzmesser zu schlagen. Man bedenke, daß es 50 Jahre bedurft hat, bis das höchste Gericht in Verwaltungsstreitsachen ein solches Urteil fällte! Ein Richter wird nach dem Entscheid des Ober-Verwaltungsgerichts als gleichberechtigt mit dem Besitzer angesehen, ein Mitbesitzer aber nicht. Welche Folgen kann das haben? Ein Kupfer, dem auch nicht ein Nagel des Hauses gehört, ist wählbar, aber einer von zwei Besitzern nicht, auch wenn das Grundstück schuldlos ist. Der Entscheid des Ober-Verwaltungsgerichts stützt sich auf die Verhandlungen bei Erlaß der rheinischen Städte-Ordnung und sagt, dort ist den Mitbesitzern das Recht ausdrücklich zugesprochen; hätte man das auch bei der für uns gültigen Städte-Ordnung gewollt, so hätte man das aussprechen müssen. Der Trost, daß das Ober-Verwaltungsgericht einmal ein anderes Urteil fällt, ist gering. Bekanntlich werden wir um so mehr Ursache haben, für

das allgemeine Wahlrecht

einzutreten. Einen Antrag zu stellen, kann ich mir nach Annahme der Resolution nicht leisten. Im Berliner Stadtparlament hätten wir ja vor kurzem einen Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung gestellt, und da erleben wir das beschämende Schauspiel, daß nur zwei bürgerliche Stadtverordnete für unseren Antrag mit eintraten. Die Gegner wollen die Ausübung des Wahlrechts von einem längeren festen Wohnsitz abhängig machen. Wozu das nötig ist, ist nicht einzusehen. Der Wähler, der vielleicht ein Jahr seinen Wohnsitz an dem Ort hat und in der Wählerliste steht, hat, auch wenn er verzieht, das Wahlrecht. Warum soll dies Recht nicht auch einem neu Zugehenden gewährt werden? Das soll es weiter heißen, wenn die bürgerlichen Kreise auch verlangen, daß der Wähler zur Steuer herangezogen ist! Hat doch der Minister selbst den sogenannten Dreimarkmännern das Wahlrecht gegeben und sie für die Gesamtsteuerumme mit in Rechnung gezogen! In den Landgemeinden wird ja auch die nicht erhobene Grund- und Gebäudesteuer in Rechnung gezogen und die Grundbesitzer können, auch wenn sie keine Steuer zahlen, sogar in die erste und zweite Wählerklasse aufrücken. Gegenüber diesen Nonstrositäten bleibt nicht anders übrig als die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, losgerißt von allen Hindernissen. Das ist die Forderung, die wir auf unser Banner zu schreiben haben. In diesem Zeichen werden wir siegen. (Beifall.)

Die Diskussion über das Kommunal-Wahlgesetz.

Partei-Vernigerode: Auch bei uns ist diese Frage aktuell geworden. Bisher wollten bei uns in der ersten Klasse 31, in der zweiten 300, in der dritten 980 Wähler. Auf Grund des neuen Gesetzes würden etwa 300 Wähler der dritten Abteilung in die zweite kommen und etwa 30 aus der zweiten in die erste. Aber man hat bei uns von der Zwölftelung Gebrauch gemacht, so daß die dritte Klasse keinen Vorteil davon hat. Man hat dies Ortsstatut beschlossen, weil man fürchtete, daß die Socialdemokratie die dritte Klasse erobern würde. Aber der Bezirksausschuß hat das Ortsstatut nicht genehmigt, weil das Gesetz erst am 1. Januar in Kraft tritt. Die Frage wird ja von neuem bei uns aktuell werden. Wir werden deshalb zu dem Gesetz mehr in Volksversammlungen Stellung zu nehmen haben, um die Bevölkerung über die Gefahr aufzuklären. Wir haben bereits in einer Protestversammlung Stellung dazu genommen. Ich gestehe offen, daß wir die Gefahr nicht kannten, weil wir uns mit den Verhandlungen des Landtags nicht ausmerksam genug beschäftigt haben. Es giebt kein besseres Mittel, in Zukunft solche Gefahren abzuwenden, als ein enger Zusammenschluß aller socialdemokratischen Gemeindevertreter in Preußen.

Stadt. Stadthagen-Berlin: Pfannkuch irrt, wenn er meint, es wäre besser gewesen, ich hätte referiert. Schon daß ich ihm nicht hätte zuhören können, wäre schade gewesen. Was der letzte Vorredner sagte, bezog sich auf einige Eigentümlichkeiten zufolge der Steuerverhältnisse in Vernigerode, und auf ein Ortsstatut, durch welches die Wirkung des neuen Gesetzes abgeschwächt werden sollte. Im allgemeinen wird die Zwölftelung zu Gunsten der dritten Abteilung ausfallen. Wie die Ortsstatute wirken, läßt sich bei der großen Verschiedenheit der Steuerverhältnisse in den verschiedenen Gemeinden im allgemeinen nicht sagen. Höchstens kann man sagen, die Rechte der ersten Wählerklasse werden durch den 50prozentigen Zuschlag noch erhöht werden, dagegen werden die der 2. und 3. Klasse geschmälert. Aber man soll die Wirkung des neuen Gesetzes überhaupt nicht überschätzen; man hat mit diesem Gesetze die Ultramontanen über das Ohr gehauen. Auch dieses Gesetz sollte im Sinne der Mittelstandspolitik wirken, wie die Warenhäuser u. a. Aber gerade die Mittelstandsklasse werden benachteiligt; denn diese sollten das allgemeine Wahlrecht fordern. Ich komme nun zu dem Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts, und das ist überhaupt der Grund, weshalb ich mich zum Wort gemeldet habe. Ueberraschend ist das Erkenntnis nur für diejenigen gewesen, welche glauben, daß die Gerichte immer das Richtige finden. Aber der Mensch in seinem dunklen Drange strebt nur nach dem Nüchternen, und bei dem Oberverwaltungsgericht ist die Kindheit des ersten 25-jährigen Streben jetzt vorbei. Wir haben noch manche Urteile zu erwarten, die uns zeigen, was der Vorgeismann leisten kann, wenn er wild geworden ist über die Erfolge der Socialdemokratie. Daß das Ober-Verwaltungsgericht von der falschen wieder zu der richtigen Ansicht kommt, ist vielleicht nicht ganz ausgeschlossen. Denn das Gericht sagt: „Hausbesitzer ist zwar eigentlich derjenige, der Mitbesitzer an einem Hause ist; aber nach unserer Ansicht ist er doch nicht Besitzer, denn dazu muß er alleiniger Besitzer eines Hauses sein. Wenn sich nun ein Mitbesitzer eines Hauses zu dieser Höhe juristisch und antiequidantlicher Anschauung erhebt, so wird er sich vielleicht weigern, die Steuern für das Haus zu bezahlen, da er ja nicht alleiniger Besitzer, nach der Rechtsprechung des Ober-Verwaltungsgerichts also überhaupt nicht Besitzer ist. Auf diese Weise wird das Ober-Verwaltungsgericht vielleicht doch wieder zu der Erkenntnis kommen, daß ein Besitzer eben doch ein Besitzer ist.“

Auch auf logischem Wege weiterschließend kommt man von diesem Urteil dahin, daß jemand, der mehrere Häuser hat, nicht Hausbesitzer ist, sondern Häuserbesitzer. (Heiterkeit und Beifall.) Diese Deduktion ist doch wohl logischer als die des Oberverwaltungsgerichts. — Aber bis ein besseres Erkenntnis erlangt ist, werden wir uns — darin hat Pfannkuch ganz recht — mit dem bestehenden abfinden müssen. Die Verantwortlichkeit des Richters, welche den Socialdemokraten eigentümlich ist, wird uns durch das Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts ausgetrieben, wir werden Eigentümer werden müssen, und werden das Vorrecht der Anpfändbarkeit ausüben müssen. Ferner, wer das Glück oder manchmal auch das Unglück hat, eine Frau zu haben, die Alleinbesitzerin eines Hauses ist, ist Nießbraucher des Vermögens seiner Frau und ihres Hauses, und würde auch zu den Bevorrechteten gehören, die gewährt werden können. Wir werden aber auch dazu streiten müssen, Hauseigentümer zu machen. Die Richter haben uns ja auch bereits gezeigt, auf welche Weise man vorgehen kann. Wenn man einen solchen raren Vogel eines Hausbesitzers unter uns aufgetrieben hat, so muß man ihn in allen Bezirken als Kandidaten aufstellen, damit wenigstens kein anderer in die Stadtverordnetenversammlung hinein kommt. Weiter kann der Besitzer eines Hauses wechseln. Ein großes Haus kann freilich nicht häufig gewechselt werden, denn der Staat erhebt bei jedem Besitzwechsel eine Steuer. (Auf: Genossenschaft!) Bei der Genossenschaft können Sie nicht Eigentümer sein, sondern nur Mitbesitzer. Wir müssen uns die Bestmittel genau ansehen und dürfen

uns nicht auf die Versicherung eines Genossen verlassen, daß er Eigentümer sei. Auch in Berlin haben wir mit solchen Versicherungen irgend eines Genossen, welchem wir so viel Verstand zutrauen, zu wissen, ob er Eigentümer sei, schlechte Erfahrungen gemacht.

Wir werden also keine Häuser erwerben müssen. Dann, wenn Schulse als Eigentümer gewählt ist, so ist es nicht notwendig, daß er Eigentümer bleibt, sondern er kann das Eigentum an seinem Hause übertragen. (Große Heiterkeit.) Genossen! Das sind kleinliche Mittel. Aber gegen die kleinliche Art des Vorgehens gegen uns werden auch wir kleinliche Mittel anwenden müssen. Wenn man gegen uns einen Scheinman anwendet, so setzen wir dagegen anderthalb oder zwei. (Heiterkeit und Beifall.)

Ostermann-Niddorf schildert die auf Grund der Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts eingetretenen Zustände in Niddorf. Die Wahl unter als Hausbesitzer gewählten Genossen wurde angefochten, aber die Stadtverordneten-Versammlung erklärte die Wahl für gültig. Erst infolge des Urteils des Ober-Verwaltungsgerichts wurden die Mandate löstert. Wir fanden nur einen Hausbesitzer, den wir in allen Bezirken aufstellen. Er wurde auch überall gewählt. Dasselbe Mittel glückte das zweite Mal; das dritte Mal stellten wir einen Hausbesitzer auf, der das Verfügungsrecht, aber nicht das Abtretungsrecht besaß. Er wollte sich auch dies Recht verschaffen, aber der Justizrat, der den Akt vollziehen sollte, hat es vergessen. Nun kam vom Magistrat aus die Befehung, die auf unseinen Kandidaten entfallenden Stimmen für ungültig zu erklären. Wir stellten schnell andere Kandidaten auf, die auch gewählt wurden. Nur ein einziger wurde nicht als gewählt betrachtet, weil seine Frau Mitbesitzerin ist, und das, obwohl er in Gütergemeinschaft mit ihr lebt. Wir werden uns bemühen trotz alledem auch in Zukunft die dritte Wählerklasse zu erobern, denn wir dürfen nicht vergessen, daß wir stets die kompakte Masse gegen uns haben. (Beifall.) Gestern hätte ich mich, wenn Pfannkuch uns Mittel angegeben hätte, wie wir des jetzigen Zustands Herr werden können.

Die Diskussion ist geschlossen. Im Schlusswort bemerkt Pfannkuch: Ein Mittel, wie es Ostermann verlangt, kann ich nicht angeben. Vielleicht ist Singer, der ja noch unverheiratet ist, in der Lage, durch eine reiche Heirat das gewünschte Mittel zu finden. (Große Heiterkeit.) Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. (Schluß im Hauptblatt.)

Partei-Nachrichten.

Ein großartiger Erfolg. Im Fürstentum Lippe wurden gestern, am dritten Weihnachtstage, 3 Stichwahlen der dritten Wählerklasse vorgenommen. In allen drei Kreisen wurden Socialdemokraten gewählt. Bei den noch ausstehenden Stichwahlen ist bekanntlich noch ein Socialdemokrat beteiligt. Damit ziehen die ersten Socialdemokraten in den Landtag des Fürstentums, der nur aus einer Kammer besteht, ein. Diese Erfolge unserer dortigen Genossen berechtigen auch zu den besten Hoffnungen bei den zukünftigen Reichstagswahlen. Zur Zeit ist das einen Reichstags-Wahlkreis bildende Ländchen, das an Einwohnerzahl übrigens noch hinter der Stadt Charlottenburg zurücksteht, durch die freisinnige Volkspartei vertreten, die den Kreis in der Stichwahl gegen die Konservativen mit unserer Hilfe eroberte.

Unsere Parteigenossen in Posen stellen für die durch den Tod des Amtsgerichtsrats Kottwitz notwendig werdende Ersatzwahl zum Reichstage den Genossen Kasprzak als Kandidaten auf. Es handelt sich um den ersten Wahlkreis des Regierungsbezirks Posen, zu dem die Stadt Posen gehört. Bei der Wahl 1903 erhielten wir in dem Kreise 620 Stimmen.

Gemeindevahlen. In den sächsischen Gemeinden Leubsdorf und Kottlitz wurde je ein socialdemokratischer Gemeindevorteiler und ein Ersatzmann gewählt.

Als dritter der Orte, die durch die Furcht vor der Socialdemokratie schleunigst zur Verkleinerung des Wahlrechts getrieben werden, ist Vertsdorf bei Jittau zu nennen. Weil nach dem 1. Januar, wo die neugewählten socialdemokratischen Mitglieder in den Gemeinderat einzutreten haben, keine Mehrheit mehr für eine Verkleinerung des Wahlrechts zu haben gewesen wäre, wurde der entscheidende Beschluß noch rasch vor Jahreschluss mit einer Stimme Mehrheit durchgedrückt.

In den württembergischen Orten Frankenhach und Pfefingen drang, im letzten Orte mit einer Annahme, die socialdemokratische Liste durch.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Drei Genossen in Schwab: In 6 Mark Geldstrafe zahlen, weil sie an einem Sonntagvormittag den socialdemokratischen Volkskalender „Landbote für 1901“ unentgeltlich verbreitet haben.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgebung. Für die Beseitigung des Stellschachers im Berliner Schlächtergewerbe macht sich jetzt unter den beteiligten Kreisen eine Bewegung geltend. Meister und Gesellen beschließen sich zur Zeit eingehend mit dieser Frage. Allenthalben erkennt man mehr und mehr an, daß der jetzige Zustand, die Ausbeutung der Rotlage der arbeitslosen Schlächtergesellen, für die Zukunft unhaltbar ist. Die verschiedenen Gesellenvereinigungen haben gemeinschaftlich Stellung hierzu genommen. Der mehrfach empfohlenen Vermittlung auf paritätischer Grundlage wurde jedoch von den Gesellen nicht zugestimmt. Den Arbeitnehmern mangelt eben offenbar das Vertrauen zu solchen Einrichtungen, da selbige bei Streiks nicht immer einwandfrei vermittelt haben. In aller nächster Zukunft soll aber noch weitere Aufklärung verbreitet und in großen Versammlungen der Meister und Gesellen hierzu Stellung genommen werden.

Deutsches Reich.

Mit der Abänderung des preussischen Vergesetzes und zwar vornehmlich bezüglich des Knappschaffswesens und der Ausgestaltung der Arbeiterschutz-V Bestimmungen beschloß sich dieser Tage eine Konferenz von Vertretern der deutschen Verg- und Hüttenleute. Die Konferenz einigte sich auf folgende vornehmste Forderungen:

1. Aktive Schlichtung für unterirdische Arbeiter.
 2. Gänzlich Verbot der Frauenarbeit auf Gruben und Rebenanlagen.
 3. Gänzlich Verbot der unterirdischen Arbeit für Arbeiter unter 16 Jahren.
 4. Zwangsweise Einführung der Arbeiter-Kassäfte.
 5. Gründliche Reform des Knappschaffswesens.
- Bezüglich der Knappschaffskassen wird u. a. gefordert: Keine besonderen Verfassungskassen; keine Neugründungen von Knappschaffsvereinen, sondern Hinzunahme auf Verklammerung der bestehenden; Sicherung der Arbeiteransprüche bei Verlassung des betr. Reviers durch Uebertragung der erworbenen Rechte auf den Verein, dem der Arbeiter zuletzt angehört; gleiche Beiträge für Arbeiter und Werkbesitzer; Erhöhung der Arbeiterbeiträge; geheime und direkte Wahl der Arbeitervertreter; Vermehrung der Befugnisse der Generalversammlungen; Einsetzung von Schiedsgerichten für knappschaffliche Streitfälle, für Return ein Oberschiedsgericht, usw. Alle Forderungen sind reichlich, oft lebhaft diskutiert worden und werden im einzelnen begründet der preussischen Regierung und dem Landtag zugehen, sobald die Vorlage nebst Denkschrift druckfertig ist. Außerdem werden die Forderungen bezüglich Arbeiterschutz auch dem Reichstag behufs Anerkennung in einem Reichsberggesetz zugesandt.

Die Verg- und Hüttenarbeiter-Zeitung, der wir das obige entnehmen, hebt mit Recht als sehr erfreulich und sehr wichtig die

Thatsache hervor, daß auf der Konferenz die Repräsentanten sämtlicher gewerkchaftlich organisierter Verg- und Hüttenleute Deutschlands vereinigt waren. Außer dem „alten“ Verband und den „christlichen“ war auch die Siegerländer Gewerkschaft vertreten; ferner waren aus dem siesgen-nassauischen Gebiete viele Knappschaffs-Komitees zur Stelle. Zum erstenmal reichlich hier die Vertreter von 80 000 organisierten Bergleuten zu gemeinsamer Vorgehen die Hand. Gewiß ein bedeutendes Zeichen für den Zusammenschluß des Proletariats — trotz der Bischöfe.

Den Eisenbahn-Arbeitern und Beamten in dem Magdeburger Direktionsbezirk sind vielfach Stellen gestellt worden, um von ihnen zu erfahren, ob sie im Verband seien. Es wurde ihnen gesagt, daß sie nur ruhig sagen sollten, daß sie Mitglied seien, denn die Direktion sei doch unterrichtet, da die Listen gefunden wären. Leider hat dieser Trick in einigen Fällen Erfolg gehabt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß man auch anderwärts ähnliche Versuche machen wird, und es wäre daher gut, wenn in der Parteipresse auf diese Plurkerei hingewiesen würde. Die Mitglieder des Eisenbahner-Verbands werden bekanntlich alle nur als Einzelmitglieder in Hamburg angemeldet, Mitgliederlisten an den einzelnen Orten werden gar nicht geführt. Die Hamburger Listen aber wird Herr v. Thielen nicht in die Finger bekommen.

Zwischen den Fleischergehilfen (Thüringen) und ihren Meistern, zumeist Wurstwaren-Fabrikanten, sind Differenzen wegen der Einhaltung der Sonntagsruhe ausgebrochen. Die Gesellen verlangen die strikte Durchführung der Sonntagsruhe und dies umjore, weil fast durchgängig Fabrikbetriebe in Frage kommen. Die Meister wollen hieron nichts wissen, sondern pochen vielmehr auf ihre Macht und drohen mit der Aussperrung der Gesellen. In weiteren Verhandlungen über diese Angelegenheit wollen sie sich überhaupt nur dann herbeilassen, wenn ihnen die Namen der „Mädelsführer“ unter den Gesellen angegeben werden. Die erst kürzlich zusammengetretenen Wurstfabrikanten arbeiten also auch schon nach berühmten Mustern. Sie sind des schönen Wahns, daß sie in Berlin und andern Großstädten Arbeitswillige austreiben können. Viel Glück werden da aber diese Leute, bei der jetzt vorherrschenden guten Konjunktur, nicht haben, trotzdem sei aber noch ausdrücklich vor Zuzug von Fleischergehilfen nach Eisenberg gewarnt.

Ausland.

Der belgische Gewerkschaftskongress tagte am 24. und 25. Dezember im „Raision du Peuple“ in Brüssel. Vertreten waren über 200 Gruppen, darunter auch einige sogenannte „neutrale“ Gruppen. Die deutschen Gewerkschaften waren durch Legien vertreten, der in kurzer Ansprache den Kongress begrüßte.

Aus dem Bericht des Generalsekretärs der belgischen Gewerkschaftskommission Octors geht hervor, daß, soweit festgestellt werden konnte, 9,21 Proz. der Arbeiter und 1,07 Proz. der Arbeiterinnen organisiert sind. Legien nahm Gelegenheit, den belgischen Genossen die Stärke und Entwicklung der deutschen Gewerkschaften darzulegen. Octors hob in seinem Bericht den großen Nutzen hervor, den die internationalen Gewerkschaftsbüros für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben. So sei es z. B. gelungen, 50 Metallarbeiter, die in Creilot gemahrgelgt waren, in Belgien unterzubringen.

Auf Anregung Vertrands wurde eine Kommission gewählt, welche die Frage studieren soll, ob die Einrichtung einer Versicherungskasse für die Familien verstorbenen Arbeiter durchführbar ist. Der Kongress äußerte den Wunsch, die Partei möge mehr noch wie bisher für die intellektuelle Ausbildung der Arbeiter durch Eröffnung von Fortbildungsschulen, Bibliotheken usw. sorgen. Nach Legiens Referat wurde beschlossen, den nächsten deutschen Gewerkschaftskongress durch Delegierte zu beschicken. Der Kongress nahm ferner eine Reihe von Resolutionen an, in welchen die Abschaffung der Sklaverei, die Gründung von Heilstätten, die Regelung des Bechrlingswesens, die Festsetzung eines Lohnminimums u. a. gefordert wird. Ferner spricht der Kongress den Wunsch aus, daß in den Kooperativgenossenschaften ausschließlich gewerkschaftlich organisierte Arbeiter angestellt werden, sowie daß von diesen die Produktgenossenschaften begünstigt werden. In einer Resolution wird ferner verlangt, daß die Eisenbahn-Arbeiter und -Angestellten an den Leberhöfen der Staats-Eisenbahnen beteiligt werden. Auf Antrag Vanderveides erklärt der Kongress, daß sich die Gewerkschaften an dem Kampf um das allgemeine gleiche Wahlrecht beteiligen würden.

Das internationale Buchdrucker-Sekretariat in Bern umfaßt jetzt von Europa ziemlich alle bestehenden Buchdrucker-Organisationen. In runden Zahlen gehören dem Sekretariat folgende Mitgliederbestände an: in Deutschland 25 000, Oesterreich 8500, Italien 4000, Ungarn 3000, Belgien und Schweden je 2000, Niederlande 1800, deutsche Schweiz 1500, Norwegen 1000, Finnland 800, Elsaß-Lothringen 700, französische Schweiz 600, Rumänien 800, Bulgarien 100, Kroatien 180, Freiburg 100, italienische Schweiz 80, Luxemburg 50 und die Vereine in Serbien und zu Fünme je 40 Mitglieder.

Zum Antwerpener Hasenarbeiterstreik wird berichtet: Der Minister der öffentlichen Arbeiten ist Dienstagmorgens dort eingetroffen, um mit dem Gouverneur und dem Bürgermeister über den Ausstand zu beraten. Die Lage kom als beruhigter und das Ende des Ausstands als bevorstehend angesehen werden.

Marktpreise von Berlin am 24. Dezember 1900

nach Ermittlungen des Igl. Vollegeträubimms.		nach Ermittlungen des Igl. Vollegeträubimms.	
*) Weizen, gut	15.-	14.98	6.-
„ mittel	14.92	14.88	1.90
„ gering	14.84	14.80	1.90
*) Roggen, gut	13.90	13.88	1.60
„ mittel	13.86	13.84	1.60
„ gering	13.82	13.80	1.60
Gerste, gut	—	—	2.80
„ mittel	—	—	5.-
„ gering	—	—	2.20
*) Hafer, gut	16.-	15.90	2.60
„ mittel	15.10	14.90	2.50
„ gering	14.20	14.10	2.40
Mais, gut	6.82	6.82	1.60
„ mittel	7.60	7.50	1.30
„ gering	40.-	35.-	1.40
Speisebohnen	45.-	35.-	12.-
Wicken	70.-	20.-	—

*) ab Bahn. *) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt am 27. Dezember. Der Getreidemarkt verkehrte in matter Haltung. Das milde Wetter, der ständige Nachschub, vermehrte Warenangebot, sowie die niedrigeren ausländischen Notierungen übten einen Druck aus. Am meisten litten Roggenlieferungen, in denen Abgaben russischer Importeure fortanden, so daß sie sich um 1,25 M. niedriger stellten. Weizenlieferungen wichen um 0,75 M. Später befestigte sich Roggenlieferung laufenden Monats auf Begeh nach effektiver Ware. Hafer lag ziemlich fest, Malzlieferung ermattete. Rübsöl schwächte sich um 0,20 M. ab.

Spiritus. 70er Voco Spiritus war mit 44,50 M. unbeeinträchtigt.

Witterungsübersicht vom 27. Dezember 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (Höhe mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft (°C)	Stationen	Barometer (Höhe mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft (°C)
Eutin	760	SW	3	bedekt	6	Saparanda	766	NO	2	bedekt	-13
Domburg	760	SW	3	bedekt	5	Beiersburg	757	NO	1	Schnee	-8
Berlin	761	SW	3	bedekt	5	Walt	748	NO	3	Wolke	7
Frankf./M.	762	SW	3	bedekt	2	Aberden	750	SW	2	bedekt	6
München	762	SW	2	bedekt	-2	Paris	—	—	—	—	—
Wien	766	SO	1	bedekt	-2	—	—	—	—	—	—

Wetterprognose für Freitag, den 28. Dezember 1900. Mild und zeitweise anflarend, vorwiegend trübe mit etwas Regen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 28. Dezember.

Cyberhaus. Die Africana. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Der Compagnon. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Opern-Theater (Kroff). Die Klein-Eise das Christkind finden ging. Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Michael Kramer. Anfang 7 1/2 Uhr.

Leitung. Johannsfelder. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Die beiden Reizosen. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neubau. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Liebesprobe. Hierauf: Die Sand. Anfang 7 1/2 Uhr.

Westen. Romeo und Julia. Anfang 7 1/2 Uhr.

Koch. 3 1/2 Uhr: Orestie des Keschlos.

Central. Die Schöne von New York. Anfang 7 1/2 Uhr.

Recessionsbühne. Der Leibalte. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller. Die Tochter des Herrn Fabricius. Anfang 8 Uhr.

Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.

Friedrich-Wilhelms-Theater. Tota Tota. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weich. Der Geizhals vom Teufelsberg. Hierauf: Die kalte Hand oder der Prozess ohne Ende. Anfang 8 Uhr.

Sulzen. Der Roland von Berlin. Anfang 8 Uhr.

Belle Alliance. Die Bassonspieler von Oberammergau. Anfang 8 Uhr.

Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Heulstein Vorleser. Anf. 8 Uhr.

Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Der Sängling. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Passage-Panopticum. Spezialitäten: D-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.

Krausa. Tausendstr. 48/49. (Im Theatercafé) Abends 8 Uhr: „Die Weltausstellung in Paris.“ Nachm. 4 Uhr (zu erwähliger Preisen): „Von Schantung nach Peking.“

Invalidenstr. 57/62. Täglich abends 5-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).

Freitag, abends 8 Uhr: Die Tochter des Herrn Fabricius.

Sonntag, abends 8 Uhr: Die Maschinbauer.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Wilhelm Tell.

Sonntag, abends 8 Uhr: Die Welt in der man sich langweilt.

Thalia-Theater

Dresdenerstr. 72.

Heute und folgende Tage: (Silvester und Neujahr) Amor von heute.

Gr. Ausstattungsstücke in Gef. u. Tanz. Anfang 7 1/2 Uhr.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.

Wiederholung des Elite-Feiertags-Programms.

8 1/2 Uhr: Kollof. Vachericola. 8 1/2 Uhr: Der Säugling.

Familienbild in 1 Akt.

Nickel, Rentier: Dr. Rich. Winkler.

12 Attraktionen - Nummern I. Rangs.

Die Operantien haben die kassische 29. Dezember keine Müdigkeit.

Am 31. Dezember: Gr. Silvester-Frei-Ball mit allerlei Ueberrasch.

Anfang: Sonntag 7 Uhr.

Entree 50 Pf.

Metropol-Theater.

Börsenstr. 55/57.

Henry Bender als Debit.

Mit vollständig neuer Ausstattung

Eine tolle Nacht.

Bisher: Das brillante Dezember-Spezialitäten-Programm.

Anfang der Spezialitäten 7 1/2 Uhr.

Anfang der „tolle Nacht“ 7 1/2 Uhr.

Rauschen überall geflattet.

Montag, d. 31. Dez. 1900

Grosse Silvesterfeier

Näheres befragen die kassischen. Biletts zu diesen Vorstellungen sind täglich von 10 Uhr morgens ab an der Kasse des Theaters zu haben.

GRANIA * * *

Taubenstr. 48/49.

Im Theater abends 8 Uhr: „Die Weltausstellung in Paris.“

Um 4 Uhr zu ermäßigten Preisen: Von Schantung nach Peking.

Invalidenstr. 57/62.

Tägl. Sternwarte.

Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Theater

Unter den Linden 22.

D-Vorstellung

(Nachmittags 3 Uhr bis abends 11 Uhr.)

Tägl. Auftreten

The Brazil Girl

2. Seebataillon 3. Compagnie.

16 Nummern.

Eintr. (soweit der Raum reicht) inkl. Panopticum 50 Pf.

Passage-Panopticum.

Neu! China in Berlin.

Kraus. Hindlegel zwischen Mensch und Affe.

Liza, das 12jährl. Nierenmädchen.

Eintritt einschließl. Theater 50 Pf.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.

Grosse Weihnachts-Ausstellung!

Die „Trinklust“ der Germanen, sensationelle plastische Gruppen aus Deutschlands Vorzeiten!

Kriegstrophäen aus Transvaal.

Damenkapelle Zarina.

Die wilden Weiber aus Dahomey u. vieles andre mehr!

Central-Theater.

Abends 7 1/2 Uhr:

Die Schöne von New York.

Bestes Operette in 3 Akten v. Benno Jacobson. Musik von Gustav Kerler.

Morgen und folgende Tage:

Die Schöne von New York.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr.

zu halben Preisen: Die Geisha.

Montag, abends 7 1/2 Uhr:

Die Schöne von New York.

Apollo-Theater.

Um 8 Uhr:

Fräulein Loreley.

Milli Capell

Mlle. Bresina

Cäcilie Carola

Florence Esdalle

u. 10 Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.

Cirkus Busch

Freitag, den 28. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:

Humoristischer Gala-Abend!

„Die eiserne Maske“

Großes histor. Kaugen-Schauspiel in 4 Akten und 3 Hauptbildern.

Original-Pantomime d. Cirkus Busch.

Direktor Busch mit seinen berühmten Freiheitskämpfern.

Auftreten der Gebr. Weideman als: „Komponist Kubinstra.“

Die Clowns Adolphe u. David mit ihrer kassischenen Vauldogge.

Küchlein:

Vorzügl. Programmnummern!

Avis!

Sonntag, den 30. Dezember, nachm. 4 Uhr:

Berliner Landpartien

Jeder Erwachsene ein Kind auf Sitzplätzen frei; weitere Kinder die Hälfte.

Cirkus Jansly.

Schöneberg, Hauptstrasse.

Freitag, 28. Dezember, abds. 8 Uhr:

Clown-Komiker-Vorstellung

(Humoristischer Abend).

Küchlein

fämtlicher Clowns u. Kunstge in ihren besten Leistungen.

Sonabend: Vorstellung.

Sonntag: 2 Vorstellungen, nachmittags 4 und abends 8 Uhr.

5 1/2 Pf. Brot 50 Pf.

2 H. Albrechts Bäckerei

Wrangeistr. 9, Krausestr. 19.

Goldeneinstr. 28, Langestr. 2.

Achtung! MAURER. Achtung!

Am Sonntag, den 30. Dezember, vormittags präc. 10 Uhr, in den Borussia-Sälen, Alsterstraße 67:

Mitglieder-Versammlung

des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und der Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über: „An der Schwelle des Jahrtausends.“
2. Diskussion.
3. Die Entschädigung der Verbreiter des Jahrbuchs „Die Einigkeit.“
4. Vereinsangelegenheiten.

Zu dieser hochwichtigen, lehrreichen Veranstaltung am Schluss des Jahrtausends laden wir sämtliche Kollegen hierdurch ganz besonders ein. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Der Vorstand.

Central-Verband der Maurer Deutschlands

Zahlstelle I. Berlin (Pater).

Am Sonntag, den 30. Dezember, vormittags 11 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstrasse No. 20:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Antrag Rieck u. Genossen.
2. Der weitere Beitrag zum Streifbunds.
3. Verbandsangelegenheiten.

Um regen Besuch der Versammlung ersucht im Auftrage der örtlichen Verwaltung

Franz Schultz.

Tischler-Verein zu Berlin.

Sonabend, den 29. Dezember er., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Lipke, Melchiorstr. 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Theodor Wehner über: „Sylvestergedanken an der Jahrtausendwende.“
2. Vereinsangelegenheiten.

Männer (auch Frauen) haben Zutritt.

Um regen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Sonntag, den 30. Dezember, vormittags 10 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke.

Fortsetzung der Tagesordnung der letzten Versammlung.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Mitgliedsbuch und Vertrauensmänner-Karte legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler und verw. Berufsgen.

Branchenvereinigungen der Berliner Mitglieder:

Zahlstelle I. Geschirz- und Galanterie-Branchen:

Sonabend, den 29. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Hof“, Neue Wöhrstraße 3.

Tages-Ordnung: 1. Unsere Forderungen. 2. Diskussion. 3. Berichtslegung. — Kollegen! Es ist unbedingt nötig, daß in dieser Versammlung ein jedes Mitglied zur Stelle ist, da die spezialisierten Forderungen unserer Branche definitiv festgelegt werden müssen. Bitte ein jeder seine Pflicht!

Zahlstelle II. Dreibrümen-Branchen:

Sonabend, den 29. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Busche, Grenadierstr. 33.

Zahlstelle IV. Militärfestgen-Branchen:

Sonabend, den 29. Dezember, abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.

Zahlstelle V. Teppich- und Linoleum-Branchen:

Jeden Montag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats, abends 8 Uhr, in den „Reichshallen“, Kommandantenstr. 20.

Um regen Besuch bitten

Die Vorstände.

Elektromonteur!

Achtung! Achtung!

Sonntag, den 30. Dezember, vorm. 9 Uhr:

Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Verein der Tischler Berlins u. Umgegend

(Vertrauensmänner-Centralisation).

Sonntag, den 30. Dezember, vormittags 10 Uhr, bei Thiel, Grachtstraße 30a:

Versammlung

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Der Vorstand.

Achtung, Krankenkassen!

Die Formulare zu den alljährlich an die Aufsichtsbehörde einzureichenden Jahres-Rechnungsabzählungen der Orts-, Betriebs-, Innungs- und Freien Hilfs-Krankenkassen sind bei uns jetzt schon zum billigen Preise von 20 Pf. pro Exemplar abzugeben.

Bestellungen werden auch gegen Einsendung von Briefmarken effektiviert.

G. Witzel, Buchdrucker, Brunnengr. 164.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.

Wochentags 7 Uhr.

Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. N. Hätt.

Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Wesen auf 10 Pf. Anweisung frei.

Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Senferextrakt).

Dr. H. Unger in Würzburg.

Hauptdepot in Berlin (20 Pf.) Salomon-Apothek, Charlottenstraße.

Näheres: Schützen-Apothek, Stuttgart; Hirsch-Apothek, Breslau; Victoria-Apothek.

4652*

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.

Täglich:

Der Geizhals vom Teufelsberg

Hierauf: Die kalte Hand.

Anfang 8 Uhr.

Sonabend, nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Keine Preise, zum letzten Male: Die Weichengrinsen.

Verhaltensregeln für erkrankte Mitglieder, welche Krankengeld beziehen.

Nach Grund des § 24 des Statuts und § 26a Hiffer 2a des Krankenversicherungs-Gesetzes hat die Generalversammlung beschlossen:

1. Krankengeld, welche infolge einer Krankheit erwerbsunfähig werden, haben hiervon innerhalb drei Tagen nach dem Eintritt der Erwerbsunfähigkeit der Kassenverwaltung unter genauer Angabe ihrer derzeitigen Wohnungsverhältnisse zu erklären. Ein während der Dauer der Erwerbsunfähigkeit einrückender Wohnungswechsel sowie die Wiedernahme der Arbeit sind ebenfalls innerhalb drei Tagen der Verwaltung zu melden.
2. Dem Kranken-Controleur muß zu jeder Tageszeit der Zutritt zur Wohnung des Kranken gestattet werden, und hat der Kranke jede Auskunft zu erteilen, welche sich auf die Krankheit bezieht. Der Krankenschein ist dem Controleur stets vorzuliegen und muß beim Verlassen der Wohnung für den Controleur zurückbleiben, falls der Kranke sich nicht zum Arzt oder zur Kasse begibt.
3. Den ärztlichen Vorschriften haben die Kranken unbedingt Folge zu leisten, und insbesondere ist ihnen nicht gestattet, ihre Wohnung außer der ihnen vom Arzte bewilligten Ausdehnung zu verlassen. Das Verziehen nach einem andern außerhalb des Bezirkes der Krankenkasse gelegenen Ort während der Krankheit ist nur mit Genehmigung des Arztes und des Kassenvorstands gestattet.
4. Dem Kranken ist ferner der Besuch von Schanklokalen sowie die Einnahme irgend einer Beschäftigung oder der Gewerung hinderlichen Handlung untersagt.
5. Zusicherungen gegen vorstehende Vorschriften werden mit Ordnungsgeldstrafen von 1 bis 20 Mark geschahet.
6. Der Kasse steht das Recht zu, die Strafgebühren von dem Krankengeld in Abzug zu bringen.

NB. Mitglieder, welche ihrem Erwerbe nachgehen und gleichzeitig Krankengeld beziehen, unterliegen den Bestimmungen des Strafgesetzbuchs.

Der Vorstand.

Paul Löbe, Vorsitzender.

Reichshallen Stettiner Sänger.

Zum Schluss neu: Weihnachts in China.

Anfang 8 Uhr.

Bisher: Militär-Konzert

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.

Täglich

4 ausländische Kapellen 4

Gr. Theater-Vorstellung.

Cirkus Schumann.

Deute Freitag, den 28. Dezember, abends präcise 7 1/2 Uhr:

Große außerord. Vorstellung.

12 der hervorragend. Nummern 12

Küchlein samt neu engagierten Spezialitäten sowie Kunst-Clowns und Kunstge mit ihren für Berlin vollständig neuen Entrees und Intermezzen. Die neuesten Original-Treffuren des Direktors Albert Schumann.

CHINA.

Die Unfren in Klausen. — Der Aufstand der Bajer. — Krieg. — Die Verbündeten vor Taku-Peking. Sämtliche Einlagen.

Sonabend: XIV. Grande Soirée High-Life. — Sonntag: 2 große Vorstellungen. Nachm. zum 4. Male: Ret! Das Märchen vom Goldsch und David in drei Akten. — Zum 97. Male: China. Nachmittags ein Kind frei.

Große Weihnachtsschnecke und schöne Weihnachtsmesse und Ausstellung im Messpalast

Alexanderstr. 110.

Täglich Konzert u. 5 Kapellen.

München. Baridés. Mythenum des 20. Jahrhundert. Erscheinung aus der übernatürlichen Welt. Kaiser-Vanorania. Hölle u. Roubol. Hölle-Varietés. Sonntag: Gr. Ball bei 20 Mann harter Kapelle. Entree frei und 10, 20, 30 Pf.

Dir. Kranz.

Restaurationsräume in Schöneberg (Baugewerb) zu vermieten. Zu erfragen beim Eigentümer Westerst. Charlottenburg. Westerst. 41.

1685*

Sanssouci

Sonntag, Montag und Donnerstag:

Hoffmanns Nordd. Sänger.

Anfang Sonntag 7 Uhr.

Entree 50 Pf. Von 5-7: Unterhaltungs-Musik.

Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf. Nach jed. Solire: Tanzkränzchen.

Wochentags Tanz frei.

Bereits und Vorzugsbillets wochentags gültig. Sätze zu Festlichkeiten und Versammlungen.

Gardinen und Stores.

Reste von 1-4 Fenster, neueste Muster, schon v. W. 1.50 an bis zu den elegantesten, Steppdecken, Tischdecken und Läuferstoffe, Teppiche mit kleinen Zeichern besonders billig.

Bruno Güther, 80 Grüner Weg 80, part.

Eingang vom Flux. (233)*

Statt besonderer Anzeige!

Die glückliche Geburt eines Jungen zeigt hoch erfreut an

Berlin-Pankow, den 27. Dez. 1900.

Max und Anna Grunwald.

Verein zur Wahrung der Interessen d. Maurer Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

Gustav Burdack

Opelstr. 19, gestorben ist.

Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 2 1/2 Uhr von der Halle des Emmaus-Kirchhofs in Britz statt. Um rege Beteiligung bitten

130/7

Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie meinen Kollegen sage meinen herzlichsten Dank für die innige Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau.

1768b

Der trauernde Gatte

Oskar Gohlke, Grüner Weg 89.

Am 26. d. Mts. farb nach langem schweren Krankenlager mein lieber Mann und Vater, der Restaurateur

August Raddatz

im 46. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetribt an

Witwe Raddatz nebst Tochter.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 30. Dezember, mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofs, Landberger Allee, statt.

1709b

Danksagung.

(1765b)

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Sohnes sage ich allen Kollegen, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.

Zum Namen der Dinsterslebenen

Fritz Brandt.

Recessionsbühne.

Alexanderstr. 10.

Der Leibalte.

Romödie in 3 Akten v. Gotthard Schindl.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.

König Allgold

oder: Die drei Thronen.

Original-Schauspiel in vier Akten und einem Vorspiel von Rud. Kneisel.

Sonabend:

Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.

Reichshallen Stettiner Sänger.

Zum Schluss neu: Weihnachts in China.

Anfang 8 Uhr.

Bisher: Militär-Konzert

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.

Täglich

4 ausländische Kapellen 4

Gr. Theater-Vorstellung.

Sanssouci

Sonntag, Montag und Donnerstag:

Hoffmanns Nordd. Sänger.

Anfang Sonntag 7 Uhr.

Entree 50 Pf. Von 5-7: Unterhaltungs-Musik.

Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf. Nach jed. Solire: Tanzkränzchen.

Wochentags Tanz frei.

Bereits und Vorzugsbillets wochentags gültig. Sätze zu Festlichkeiten und Versammlungen.

Gardinen und Stores.

Reste von 1-4 Fenster, neueste Muster, schon v. W. 1.50 an bis zu den elegantesten, Steppdecken, Tischdecken und Läuferstoffe, Teppiche mit kleinen Zeichern besonders billig.

Bruno Güther, 80 Grüner Weg 80, part.

Eingang vom Flux. (233)*

Lokales.

Zur Lokalliste. Die Johannisfälle, Inhaber v. Bornstedt, Johannisstraße 20, stehen der Arbeiterschaft unter den bekannten Bedingungen zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Mietssteigerungen überall!

Das ist das Wohlgefallen, das die Hausbesitzer zur frühlichen Weihnacht den Mietern bereitet haben. Sie können ja! War schon im Oktober die Wohnungsnot schlimm, so wird sie zum April wahrscheinlich einen alle Begriffe übersteigenden Umfang erreichen. Die ärmere Bevölkerung wird dann um so schwerer unter dem Hebern der Hausbesitzer zu leiden haben, als diesen mittlerweile völlig klar geworden ist, woran allerdings ein Einsichtiger keinen Augenblick zweifeln konnte, nämlich, daß den städtischen Behörden jeder Wille mangelt, durch eine Handlung, die nachhaltigen Mißnahmen für die Obdachlosen ähnlich sehen könnte, dem Profit des allmächtigen Grundbesitzes zu nahe zu treten. Die Reichshauptstadt wird sich in den nächsten Jahren damit brüsten können, daß in ihr die Wohnungsnot zur dauernden Institution geworden, und daß den Kommunalbehörden das über Laufende von armen Mißbürgern verschlingende Geld zu nichts anderem recht ist, als in seinem Korb vor einem langstverstorbenen und für die Gegenwart völlig gleichgültigen Preußenkönig eine höfische Reverenz zu machen!

Ist es ein Wunder, daß die Hausbesitzer unter solchen Umständen ihrem Hebermut kein Ende wissen, daß sie die Mieter nicht allein mit unerhörten Steigerungen schröpfen, sondern sie auch durch rücksichtslose Anwendung der herichtigten Halsabschneider-Klauseln in den Mietkontrakten drangsaliieren?

In einem Fall wird dem Mieter, einem Grüntramhändler, verboten, den Müllkasten zu benutzen, im andern gedroht, daß Ermittlung erfolge, wenn die Kinder noch einmal derart mit den Füßen trampelten, daß es durch die dünne Decke des Schwindelbundes hindurch schalle, im dritten Fall giebt eine Vermehrung der Familie des Mieters Anlaß, diesem zu kündigen!

Ein Hausbesitzer und Bäcker in der Rheinsbergerstraße zeigt in dem Schreiben, welches die Mietssteigerung vorliegt, dem Mieter gleichfalls an, daß er den Bedarf an Brot und Backwaren von ihm zu entnehmen habe. In solchen Sprüngen geht es weiter.

Der Mieter ist machtlos, an Händen und Füßen gebunden, der Tyrann des Wohnungswachters überantwortet. Klündigt er, so ist ihm bestenfalls das städtische Obdach sicher.

Staat und Kommune zeigen keinen Willen zu helfen, sie schützen den Mieter ebensowenig gegen die Hebermacht des Hausbesitzers, wie sie den Arbeiter gegen die Ausbrüche der Unternehmendespolitik schützen. Die Socialdemokratie als einzige Partei, die Reformen verlangt, ist durch das Unrecht der Dreiklassenwahl des ihr zukommenden Einflusses beraubt und zu allem kommt noch, daß das bekannte Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts die gemeingefährliche Alleinherrschaft der Hausagrarier von neuem nicht unerheblich stärkt.

Müssen solche Zustände eine Menschenklasse, welche sich von je durch das Gegenteil der Beschneidung ausgezeichnet hat, nicht geradezu zu ihrem verhängnisvollen Treiben herausfordern?

Die Weihnachtstage sind still verlaufen. Herrliches, mildes Wetter lockte namentlich am Mittwoch manchen aus der Behausung, und so kam es, daß nicht allein Theater und andre Vergnügungsfestlichkeiten sowie die von unsren Parteigenossen veranstalteten Festlichkeiten sich eines zahlreichen Zuspruchs erfreuten, sondern auch die Lokale in der Umgegend Berlins stark besetzt waren.

In den öffentlichen Anstalten der Reichshauptstadt ward die Weihnachtsfeier in gewohnter Weise begangen. Ganz besonders interessierte diesmal die Feier im städtischen Familien-Obdach. Hier war am Heiligabend Oberbürgermeister Rischner mit einigen Stadtverordneten erschienen. In bürgerlichen Wätern finden sich überschwangliche Berichte über die Fülle der Gaben, mit welchen die 631 Männer, Frauen und Kinder im Familienasyl bedacht wurden. Nun, die Last der Geschenke, welche von der Stadt Berlin den Opfern der Wohnungsnot aufgebürdet wurde, ließ sich immerhin mit mäßigen Kräften tragen, und von dem Weihnachtsstollen im Werte von etwa 20 Pfennig, den jede der 184 Familien erhielt, meinte selbst der Herr Oberbürgermeister, daß er den Umständen nach hätte etwas größer ausfallen können. — In den Wärmehallen wurden 800 Obdachlose mit Pfefferkuchen, Äpfeln und Predigt bedacht, an der es übrigens auch im Asyl nicht fehlte.

Die nächtlichen Obdachlosen, deren Zahl am heiligen Abend 1841 Köpfe betrug, empfingen gleichfalls einen Weihnachtsstollen sowie Kaffee.

Auch in den Laubenstädten haben keine Weihnachtsfeiern stattgefunden. In einzelnen an der äußersten Peripherie der Stadt oder darüber hinaus gelegenen Lauben, in denen es sich sogenannte Galbobbachlose so bequem wie möglich gemacht haben, stammte am Heiligabend ein Zannenbäumchen oder eine selbstgefertigte Pyramide auf.

In der Weihnachtsnacht elend verstorben ist der 88-jährige ehemalige Fabrikbesitzer M., dessen Leiche am Morgen des ersten Feiertags auf dem Feld hinter der Laubenkolonie „Kamerun“ aufgefunden wurde. M. hatte vor 13 Jahren die Fabrik seines Vaters übernommen und es verstanden, in verhältnismäßig kurzer Zeit das ererbte, ziemlich bedeutende Vermögen auf Kennplätzen und in „Damengesellschaft“ durchzubringen. Im Jahr 1892 mußte M. Konkurs machen und von dem Augenblick an sank er von Stufe zu Stufe. Er wurde schließlich Gewohnheitstrinker und war seit fünf Jahren Stammgast im Asyl für Obdachlose, wenn er nicht in einem Schuppen oder auf einer Bank in einem Park nächtigte. Die Weihnachtsnacht hat M. im Freien zugebracht; er ist nach dem ärztlichen Befund einem Schlaganfall erlegen.

Gehaltsfestsetzung für Turnlehrer. Auf Ersuchen der Stadtverordneten-Versammlung hat der Magistrat eine neue Gehaltsfestsetzung für die Turnwärter und Turnlehrer an den vollständigen städtischen höheren Lehranstalten beschloßen und schlägt der Stadtverordneten-Versammlung folgendes vor: Vom 1. April 1901 ab gilt für die städtischen Turnwärter und Turnlehrer unter Aufhebung der bisherigen die nachstehende Besoldungsordnung: 1. An jeder der bestehenden vollständigen höheren Lehranstalten wird ein Turnlehrer angestellt, der zur Erteilung von 26 Stunden wöchentlich an dieser verpflichtet ist. An den Anstalten, an denen eine Turnhalle vorhanden ist, wird dem Turnlehrer die Verwaltung dieser Halle übertragen; da, wo eine Halle zu mehreren höheren Lehranstalten gehört, wird die Verwaltung dieser Halle einem der an den zugehörigen Lehranstalten angestellten Turnlehrer übertragen. 2. Diejenigen Turnlehrer, die bis zu ihrer Anstellung als Turnlehrer Gemeindefullehrer gewesen sind, erhalten dieselbe Besoldung, die sie erhalten würden, wenn sie als Vorschullehrer an einer höheren Lehranstalt angestellt würden und rüden ebenso in die höheren Gehaltsstufen auf. Die Turnlehrer, die bei ihrer Anstellung als solche nicht

Gemeindefullehrer waren, fangen mit einer Besoldung von 2648 M. an und rüden von da an ebenso im Gehalt auf wie die Vorschullehrer. 3. Die Turnlehrer, denen die Verwaltung einer Halle übertragen ist, erhalten dafür eine widerrufliche, nicht pensionsfähige Remuneration von 600 M., der Verwalter der Halle in der Prinzenstraße, als der größte, eine solche von 900 M.

Daß der Feldmarschall von Flumenthal gestorben ist, wird der Bevölkerung Berlins durch folgende von der Polizei für den heutigen Tag verfügte Absperrungsmahregeln in klar gemacht: Von etwa 10 Uhr vormittags ab werden wegen des Leichentransports für den Wagen- und Fußgängerverkehr nach Bedarf gesperrt: die Neue Friedrichstraße zwischen der Rosen- und Burgstraße, die Burgstraße von der Friedrich- bis zur Kaiser-Wilhelm-Brücke, die benachbarten Teile der Spandauer-, Heiligegeist- und Kaiser-Wilhelmstraße, die Kaiser-Wilhelm-Brücke, der Lustgarten und die Schloßbrücke. Später werden die Fahrdämme der Plätze am Zeug- und am Opernhaus, sowie des Pariser Platzes, des Platzes vor dem Brandenburger Thor, der Friedens-Allee, der östlichen Seite des Königsplatzes und der östlichen Alsenstraße zeitweise dem Fahrverkehr entzogen; auch wird dieser Verkehr in der Längsrichtung der Straße Unter den Linden wahrscheinlich zeitweilig unterbrochen.

Nach Möglichkeit aufrecht erhalten soll der die bezeichneten Fahrdämme kreuzende Fahrverkehr werden.

Die Aufhebung dieser Verkehrsbeschränkungen erfolgt nach beendeter Feier beziehungsweise Räumung der Plätze und Straßen durch das Truppenpatrol.

Heber Wilhelm II. als Wohlthäter berichtet die „Potsdamer Korrespondenz“: Der Spaziergang des Kaisers am Weihnachts-Heiligabend zum Zwecke der Ausbeutung von Geldgeschenken an gerade vorüberkommende Arbeiter, ärmere Frauen und Kinder, hat auch in diesem Jahr stattgefunden. Um zu verhindern, daß wie dies früher der Fall war, geflüchteten Personen schon von mittags ab in der Nähe von Sanssouci den Kaiser erwarteten, wählte derselbe diesmal schon die Vormittagsstunden zu seinem Spaziergang.

Eine sinnige Einweihung des Weihnachtsfestes haben sich, einer Zeitungsmeldung zufolge, zwei patientierte Seiten von Thron und Altar geleistet. Die Nachricht lautet: Ein Duell zwischen einem Affessor und einem Offizier aus Berlin, die per Wogen einher-tanzen, hat kurz vor dem Weihnachtsfest am Ufer des durch den Jüdischen Gistweg weithin bekannten Teufelssee beim großen Havensberg stattgefunden. Einzelheiten über das Duell waren nicht zu erfahren, doch soll dasselbe unblutig verlaufen sein. O, du frühliche X!

Ein sinnige Einweihung des Weihnachtsfestes haben sich, einer Zeitungsmeldung zufolge, zwei patientierte Seiten von Thron und Altar geleistet. Die Nachricht lautet: Ein Duell zwischen einem Affessor und einem Offizier aus Berlin, die per Wogen einher-tanzen, hat kurz vor dem Weihnachtsfest am Ufer des durch den Jüdischen Gistweg weithin bekannten Teufelssee beim großen Havensberg stattgefunden. Einzelheiten über das Duell waren nicht zu erfahren, doch soll dasselbe unblutig verlaufen sein. O, du frühliche X!

Zum Nachfolger des verstorbenen Polizeidirektors von Meerschmidt-Hüllesien ist der Kriminalinspektor Otto Klatt ernannt worden. Er war bisher der Leiter der Kriminalinspektion A. II. Die Leiche des Herrn v. Meerschmidt-Hüllesien ist am Dienstag unter zahlreicher Beteiligung auf dem alten Jerusalemer Friedhof in der Volkalianstraße begraben worden.

Ein Schurkenreich ist an dem in der Putzbrunnstr. 45 wohnenden Händler Max Luther verübt worden. Er hatte in der Reimendorferstraße am Weihnachtsmarkt eine kleine Bude errichtet, in welcher er selbstverfertigte Rauchschalen feilbot. Die Luther gestern die Bude abschlagen lassen wollte, fand er dies völlig demollert. Das Segeltuch war zerstückelt und die Gerätschaften mutwillig zerstört. Der sich auf etwa 25 M. belaufende Schaden trifft den Armen um so härter, als er gelähmt und daher einzig auf das Einkommen durch den Handel angewiesen ist.

„**Bayestraße**“, nicht „**Anhalt-Ring**“, heißt nunmehr definitiv die neue Ringbahnstation zwischen Tempelhofer und Schöneberg, welche im Januar 1901 eröffnet werden wird und im Bau bereits vollständig fertig ist.

Den Tod auf den Eisenbahnschienen suchte und fand am Heiligabend eine 82 Jahre alte Marianna Lawröschek aus Pleschen bei Ostrowo, indem sie sich unter der Ueberführung am Humboldt-hain vor einen Vorortzug der Nordbahn warf. Das linke Bein wurde ihr abgefahren, und sie starb infolgedessen an Verblutung.

Die Rolle eines Vermittlers zwischen streitenden Eheleuten ist dem Steinseher Heinrich Lumbblatt schlecht bekommen. Der Holzhändler Walske aus der Görtschstr. 2 zu Pantow geriet am ersten Feiertag mit seiner Frau inhaltlich zusammen. Lumbblatt, der bei ihnen wohnte, suchte die Leute auseinander zu bringen. Darüber geriet Walske so in Wut, daß er sein Messer aus der Tasche zog und es dem ungetretenen Vermittler in der Gegend der linken Schläfe in den Kopf stieß. Der Gefohlene brach benutzlos zusammen, wurde von Leuten, die dazu kamen, zu einem Arzt gebracht, der ihn verband, und dann dem Krankenhaus am Friedrichshain zugeführt. Während das Publikum sich ansah, Walske zu lynchen, kam die von dessen Sohn benachrichtigte Polizei. Genarmen nahmen den Messerhelden wegen schwerer Körperverletzung fest.

Öffentliche Hygiene-Vorträge. Die Central-Kommission der Krankenanstalten Berlins veranstaltet im nächsten Jahr wieder einen Cyclus hygienischer Vorträge, zu welchem die Stadt Berlin die Anlen von acht Gemeindefschulen unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat. An jeder Stelle werden vom 10. Januar bis 18. März 1901 von Professoren der Universität, Ärzten, Lehrern, und Beamten der königl. Gewerbe-Inspektion je acht Vorträge gehalten, zu denen der Zutritt jedermann unentgeltlich freisteht. Es kommen 14 Thematata zur Vortragung: Wohnungshygiene; Nahrungsmittel und Ernährung; Hygiene des Säuglings; Hygiene des Schulkinds; ansteckende Krankheiten (insbesondere Wundkrankheiten, Scharlach, Desinfektion usw.); die Tuberkulose und ihre Verhütung; Geschlechtskrankheiten; Frauenkrankheiten; Gewerbe-Inspektion und Arbeiter-Hygiene; Hautpflege; Mund- und Zahnhygiene; Hygiene des Auges, Hals, Nase und Ohr. Die Vorträge beginnen abends 8 1/2 Uhr, sie finden teils Donnerstags, teils Freitags in allen Stadtbezirken und zwar so statt, daß jeder, der dies wünscht, es ermöglichen kann, alle Thematata zu hören. Bei der großen Bedeutung, die eine hygienische Lebensweise für die Erhaltung der Gesundheit hat, sollte niemand diese Gelegenheiten verpassen, sich hierüber von sachverständigster Seite die notwendige Belehrung erteilen zu lassen.

Ueber sehr befreundliche Vorgänge im Passage-Theater schreibt uns ein Leser: Am Mittag des zweiten Feiertags lösten wir an der Kasse des Passage-Theaters mehrere Karten für reservierte Plätze. Die Billets trugen den Vermerk: „Reservierter Platz, 26. Dezember 1900.“ Als wir nun am Abend unsere Plätze in Benutzung nehmen wollten, mußten wir zu unserem großen Erstaunen erfahren, daß sie besetzt waren. Als alle Bemühungen, unsere reservierten Plätze zu erhalten, vergebens waren, verlangten wir natürlich unser Geld zurück. Doch auch diese Bemühungen bei der Kasse, Direktion etc. blieben resultatlos. Man antwortete uns, daß wir an einem andren Tage das Theater besuchen möchten; Geld gebe es nicht retour. — Nun ging es uns nicht etwa allein so, sondern viele andre mußten dieselben Erfahrungen machen, welches natürlich zu heftigen Ausbrüchen führte. Was aber besonders noch das Erstaunen der Betreffenden erregte, war die Thatsache, daß an der Kasse immer weiter Billets ausgegeben wurden, trotzdem wohl Hunderte, die schon Karten in Händen hatten, keinen Eintritt fanden. — Mehrere Personen, welche auf die geschilderte Weise um ihr Geld kamen, drabstigten gegen die Leitung des Theaters weiter vorzugehen. Sämtliche hierbei interessierten Personen werden dieserhalb gebeten, ihre Adresse bei W. Wagner, Berlin W., Eisenacherstraße 64, abzugeben.

Aus Anlaß des bevorstehenden Neujahrsbriefverkehrs empfiehlt das Reichspostamt wiederum, den Einkauf der Freimarcken für die Neujahrsbriefe nicht bis zum 31. Dezember zu verschieben, sondern schon früher zu bewirken, damit der Schalterverkehr am Tage vor Neujahr sich ordnungsmäßig abwickeln kann. Auch sind die Neujahrsbriefe möglichst frühzeitig zur Ablieferung zu bringen.

Das Karl Weich-Theater hat abermals den Zeitgeist bei der Skizze gefaßt und ist mit der Dramatisierung des Gistmüblers vom Teufelssee dem schönen Beruf der Schaubühne, als Erziehungs-institut das Volk zu erheben und zu bereichern, in bewährter Tradition gerecht geworden. Wenn solche Kräfte sich entfalten, wie der Verfasser dieses dramatischen Prachtwerks, ist es da ein Wunder, daß das ehrsame Gewerbe der Vantelwäger vom Erdboden verschwindet? Wenn nun erst der Sternberg-Prozess seinen dramatischen Niederschlag gefunden hat! — Die Minderzahl der Gäste, welche mehr verlangt, als dramatische Schauromane, einschädigt Herr Weich durch eine lustige Parodie: „Die kalte Hand“ oder „Der Prozess ohne Ende“. Es ist eine tolle Poffe in der Art, wie sie auf englischen Bühnen vielfach aufgeführt werden. Selbstverständlich muß der Sternberg-Prozess weder herhalten, dem Stücke einen aktuellen Reiz zu geben.

Feuerbericht. Eine größere Zahl Weihnachtsbrände, die zum großen Teil auf brennende Christbäume in Wohnungen zurückzuführen waren, führte zu Klärungen der Wehr, doch waren die Brände ausnahmslos nur von geringem Umfang, jedoch sie mit Leichtigkeit abgelöscht werden konnten. Wohnungsbrände erfolgten Elbingerstr. 28, Drehsstr. 16, Christburger-Str. 14, Zimmerstr. 56, Reanderstr. 31, Chausseest. 30 und Wilsdaderstr. 58. Pflanzblende umhüllte Schützenstr. 13, Holmarstr. 28, Neue Johannisstr. 8 und Greifswalderstr. 228 abgelöscht werden. Kellerbrände wurden aus Vartelstr. 11, Viesenstr. 4 und Blumenstr. 70 gemeldet. Außerdem wurde die Wehr nach Kurfürstenstr. 73, Remelerstr. 44, Pringenstr. 48 und Müllenerstr. 22 gerufen, trat jedoch nirgends in Thätigkeit. Donnerstagsabend 7 Uhr kam Kurfürstenstr. 38 in einem Droguen-geschäft ein Schuppenfeuertbrand aus, der von der Wehr abgelöscht wurde, bevor er die in der Nähe stehende Droguen erfaßte.

Aus den Nachbarorten.

Die Weberkolonie Nowawes hat nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung 10 975 Einwohner, gegen 1895 wehr 920 Personen.

Die Rigdorfer Stadtverordnetenwahlen, die durch die Nichtbestätigung von sieben socialdemokratischen Stadtverordneten notwendig geworden sind, werden auch im nächsten Monat noch nicht beendet sein. Jetzt hat einer der leghin gewählten Vertreter der bürgerlichen Parteien, der Bierverleger Müller, bürgerlichen Blättern zufolge, die Annahme der Wahl verweigert, so daß eine Neuwahl erforderlich wird.

Zur Spandauer Schießscharte wird weiter berichtet: Noch vor Weihnachten ist der Grenadier Gille vom Garde-Grenadier-Regiment Nr. 5 in Spandau, der infolge eines fehlgeschlagenen Versuches einen Kameraden auf Posten erschossen hat, aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Es war ihm auch gestattet worden, dem Begräbnis des unglücklichen Kameraden beizuwohnen, auch befaß der Oberst, daß dem Soldaten der Weihnachtsurlaub gewährt würde, den dieser denn auch angetreten hat, um zu seinen Eltern nach Magdeburg zu reisen.

Dieser Ausgang war eigentlich wohl selbstverständlich, nachdem in früheren Fällen Soldaten, welche auf Wachposten einen Mitmenschen getölet haben, sogar durch Beförderungen geehrt worden sind!

Zum Bau einer Brücke über die Havel bei Sakow hat der Reichstag von Ostpreußen einen Betrag von 15 000 Mark bewilligt. Die Errichtung dieser Brücke, die auf Veranlassung der Regierung erfolgt, ist eine der hauptsächlichsten Vorbedingungen der Weiterführung der projektierten Eisenbahn Spandau—Mladow nach Potsdam.

Vermischtes.

Ein Wachposten überfallen und getölet. Aus Kiel wird gemeldet: Einbrecher überfielen nachts einen Wachposten an der Kaiserwerft, den Musikleiter Tumsorde aus dem Hannoverischen. Sie stürzten denselben von der Quaimauer in das Meer. Tumsorde extrant. Die Verbrecher flüchteten; die Verhaftung eines Verdächtigen ist gelungen.

Ein Eisenbahnunfall hat sich am ersten Weihnachtsfeiertag früh 1 1/2 Uhr bei Rauhheim ereignet. Drei Bahnbearbeiter wurden verletzt, der Materialschaden ist bedeutend.

Der katholische Pfarrer Tillmont, Grünauer und Leiter einer Anaben-Erziehungs- und Vorsehrungsanstalt in Oberginningen bei Rehr, wurde nach der „Rehrer Zeitung“ unter dem Verdacht der Vornahme unethischer Handlungen mit Pöglingen verhaftet und nach Rehr ins Gefängnis eingeliefert.

Im Eisenbahngang bei Freiberg ermordete der Bergarbeiter Hegenwald aus Brand den Bergarbeiter Raps durch Messerschläge. Die Ursache ist in einem Streit bei einer Hochzeit zu suchen. Der Mörder wurde verhaftet.

Erdbeben in Frankreich. In der Umgegend von Chambéry wurde, einer Pariser Meldung zufolge, Dienstagabend ein heftiges Erdbeben verspürt. In mehreren Häusern stürzten Möbel um. Sonst ist kein Unfall zu verzeichnen.

Dampferunfälle. Der spanische Dampfer „Marie“, von Hamburg nach Philadelphia unterwegs, ist in Gravesend eingetroffen mit einer bedeutenden Beschädigung am Vorderdachter oberhalb der Wasserlinie, die er bei einem Zusammenstoß mit dem Dampfer „Woodfield“ erlitten hat. — Nach einer bei Lloyd's in London eingegangenen Depesche ist der Hamburger Dampfer „Armenia“ in Philadelphia mit beschädigter Steuermaschine eingetroffen. — Aus Essen a. d. Ruhr wird von gestern gemeldet: Die erste Post von London über Biffingen vom 26. d. M. ist ausgeblieben. Grund: Beschädigung des Schiffs.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementsquittung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die nächsten juristischen Sprechstunden finden am Freitag, den 28. Dezember, von 7—9 Uhr abends, sowie am Montag, den 31. Dezember, von 3—5 Uhr nachmittags statt.

W. J. An Verbindungsanstalten sind zu nennen: 1. Die königliche Universitäts-Bibliothek, Artilleriestraße 20. Direktor Professor Oshausen. Vier Klassen a 10, 7, 50, 6 und 2 M. täglich für einen Monat voraus zu zahlen, für jede Verbindungsstelle mit nachfolgender Pflege ohne tageweise Berechnung 36 M. 2. Das Wächterinnenheim, Urbanstraße 38, nimmt unter Umständen unentgeltlich befristete Gefrauen 10 bis 18 Tage auf. Meldungen schriftlich oder mündlich von 3—4 Uhr. Außerdem werden Wächterinnen verlost in der Caritas und im jüdischen Krankenhaus Roabit. — In dem zweiten Fall wissen wir außer etwa einer Unterbringung in der für das Leiden besonders geräumten Heilanstalt keine Hilfe. Wünschenswertes hier in Betracht kommenden Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke ist Herr Geh. Medizinalrat Dr. Sander, Direktor der städtischen Irrenanstalt zu Potsdam.

Berlin. Derartige amerikanische oder österreichische Zeitungen giebt es nicht. Einbanddecken 40 Pf. von Neujahr ab durch unsere Buchhandlung.

